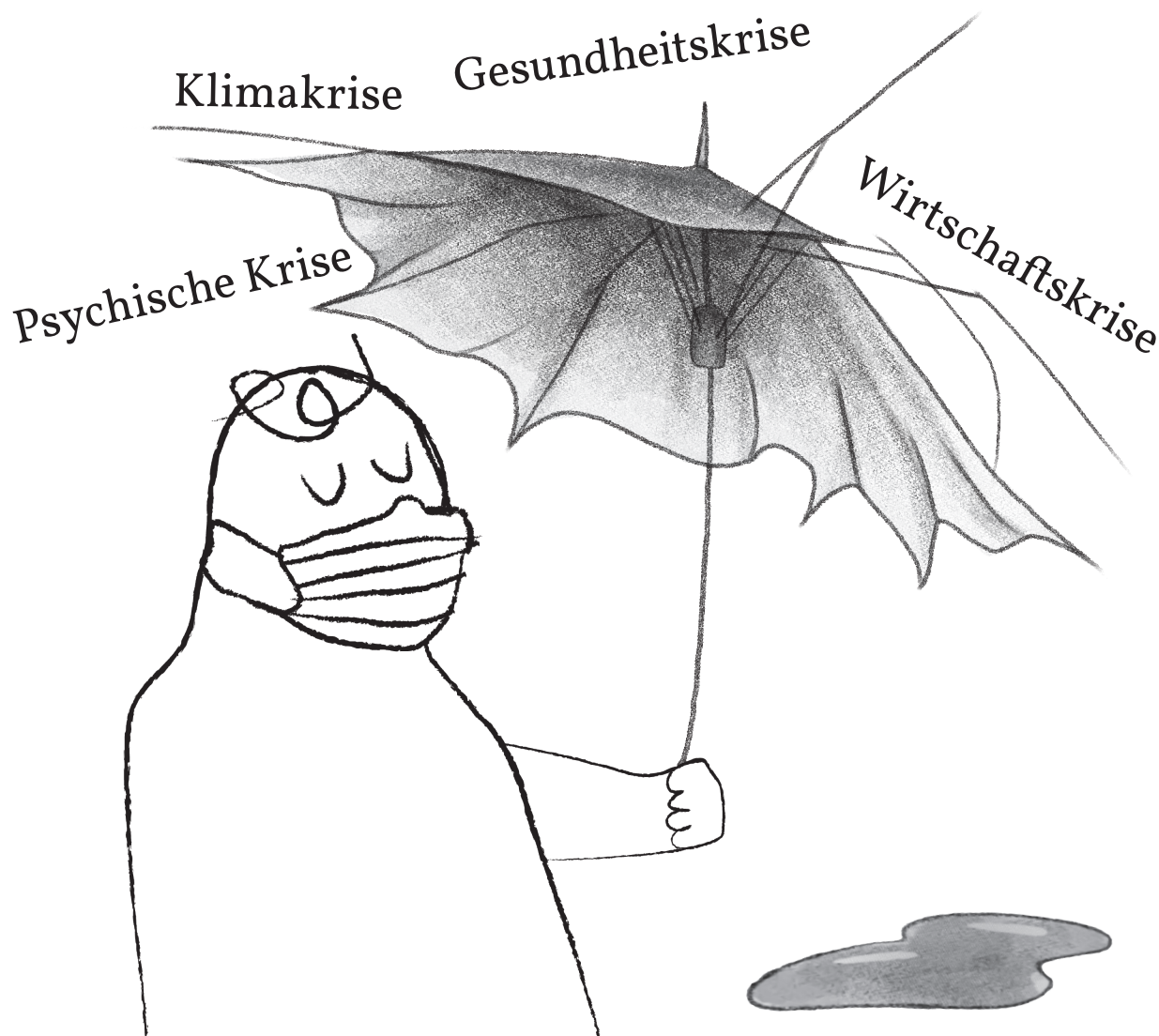


politix

Ausgabe 47 | 2021



Krise – überall nur Krise?

ipw

Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft an der Universität Wien
Institut für Politikwissenschaft an der Universität Wien, Universitätsstraße 7, A-1010
Wien
ISSN 1990-4630

Inhalt

Dauer- und Vielfachkrise

4 Studieren in der Krise: Entfremdung und E-Learning

Nora Hansl

7 Studierende vor Gericht – Eine Anklage, eine Verteidigung und ein Urteil

Christoph Poschner

13 Das Märchen von der außergewöhnlich niedrigen Wahlbeteiligung

Elias Weiss

16 Dient Wissenschaft als Legitimation politischer Entscheidungen?

Anna-Katharina Wintersteller

19 Krise der Öffentlichkeit?

Das komplexe Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie in der aktuellen Situation einer weltweiten Pandemie!

Lina Schmid & Kyra Schmied

25 Eine Nation in der Krise

Die USA, Donald Trump und das Kapitol – Inside Trump's Nation

Jana-Sophie Heumader

30 Privatisierte Verantwortung

Melvin Tricoire

Wege aus der Krise

39 Die aktuelle Krise der Linken

Agnes Loidl

43 Krise als Neuanfang?

Über konstruktive Elemente einer destruktiven Situation

Valentin Kasagrande

46 Die (Corona-) Krise – eine Chance für einen ökonomischen Paradigmenwechsel?

Franca Nagl

51 Warum wir uns nicht aus der Klima- und Umweltkrise „herausinvestieren“ können

Samuel Kempf

55 Degrowth by design – Wege aus der multiplen Klimakrise hin zur Postwachstumsgesellschaft

Josef Mühlbauer, BA

**58 Real ≠ Ideal: „Inseratenkorruption“ und die Zukunft
der Medien in Österreich**

Mag. Barbara Sommerer

Rezension

**65 Die kleinste gemeinsame Wirklichkeit der
wissenschaftlichen Allgemeinbildung**

Rezension von Carla Maria Friederike Diem, Droemer Verlag, 2020

-Editorial-

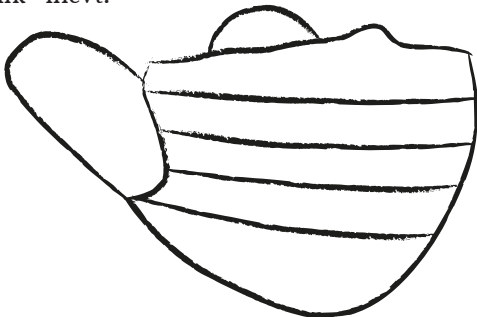
Corona-, Klima-, Wirtschaftskrise. Um nur einige zu nennen. Nichts als Krise, Krise überall. Spätestens seit März vergangenen Jahres bezeichnet der Begriff „Krise“, entgegen dem ursprünglichen Wortsinn, keinen Ausnahme-, sondern einen Dauerzustand. Krise, das ist quasi Alltag, ganz gewöhnlich.

Was diese Dauer- und Vielfachkrise mit uns als Gesellschaft, als Studierende, als politische Menschen macht – dieser Frage wollen wir uns in dieser Ausgabe widmen. Denn „Krise“ war schon vor „Corona“. Die Wurzeln jener Entwicklungen und Tendenzen, die sich derzeit krisenhaft verdichten, liegen Jahrzehnte, teils Jahrhunderte zurück – und werden derzeit in radikalisierte Form sichtbar.

So etwa die Krise öffentlicher, demokratischer Auseinandersetzung, wie Kyra Schmied & Lina Schmid auf Seite 19 und Anna-Katharina Wintersteller auf Seite 16 analysieren. Die Krise einer ganzen Nation, namentlich jener der USA, nimmt Jana-Sophie Heumader auf Seite 25 unter die Lupe.

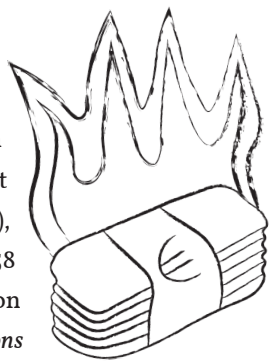
Als Quellen wie Symptome dieser krisenhaften Tendenzen können auch ein hegemonial gewordener Diskurs der „privatisierten Verantwortung“ und eine seit Jahrzehnten anhaltende „Krise der Linken“ benannt werden, wie Melvin Tricoire (Seite 30) und Agnes Loidl (Seite 39) aufzeigen.

Selbstverständlich ist auch das universitäre Leben, von Studierenden wie Lehrenden, nicht erst seit Corona krisenhaft. Darauf wirft Nora Hansl auf Seite 4 einen Blick, während Christoph Poschner die Studierenden in seinem Essay auf Seite 7 „auf die Anklagebank“ hievt.



Außerdem geht Elias Weiss auf Seite 13 der vermeintlich desaströsen Wahlbeteiligung der ÖH-Wahlen vom Mai diesen Jahres auf den Grund, besser gesagt: Dem „Märchen von der außergewöhnlich niedrigen Wahlbeteiligung“.

Was tun? Darum geht's im zweiten Teil dieser Ausgabe: Wege aus der Krise? Die Krise als Chance? Ob die EU dieses *window of opportunity* für einen „ökonomischen Paradigmenwechsel“ nutzt, das hat sich Franca Nagl auf Seite 46 genauer angesehen. Und die Mär vom „Herausinvestieren“ aus der Krise hat Samuel Kempf auf Seite 51 als solche entlarvt. Was danach kommen kann oder soll, dieser Frage widmet sich Valentin Kasagranda (Seite 43), während Barbara Sommerer auf Seite 58 anhand einer kritischen Relektüre von *Propaganda – Die Kunst der Public Relations* erläutert, was ebendem mutmaßlich im Wege steht: ein mit Regierungsinseraten übersättigter, schier übermächtiger Boulevard.



Last but not least skizziert Josef Mühlbauer auf Seite 55, wie die multiple Krisensituation den Weg in eine „Postwachstumsgesellschaft“ ebnen könnte.

Etwas umfangreicher als gewohnt fällt in dieser Ausgabe unsere Buchrezension aus. Aus gutem Grund: Denn Carla Diem zeigt darin eindrucksvoll, warum *Die kleinste gemeinsame Wirklichkeit* der deutschen Wissenschaftsjournalistin Mai Thi Nguyen-Kim ein Buch ist, das man vor dem nächsten Verwandtschaftstreffen gelesen haben sollte.

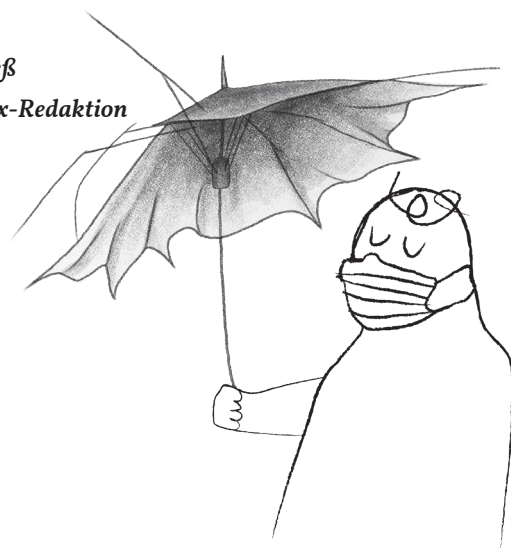
Zuletzt noch in eigener Sache: Mit etwas Bammel ging ich an diese Sache heran. Im März hatten mir Eva Wackenhuth und Christian Berger die redaktionelle Verantwortung für *politix* übergeben. Der Bammel war unbegründet – dank der grandios organisierten Übergabe von Eva und Christian. Und vor allem dank der großartigen Arbeit von Anna Wintersteller,

Christina Walchenberger, Franca Nagl, Jana-Sophie Heumader, Katharina Prielinger, Madeleine Kirner und Melvin Tricoire, die als Redaktionsteam lektorierten und korrigierten. Und – wie auch in den vergangenen Ausgaben – dank Claire Kardas, die für Layout, Illustrationen und Gestaltung zuständig ist.

Einen herzlichen Dank an euch sowie allen Autor*innen!

Und allen anderen darf ich im Namen der Redaktion eine spannende Lektüre wünschen!

Johannes Greß
Für die politix-Redaktion



Studieren in der Krise: Entfremdung und E-Learning

Nora Hansl

Aufgrund der Covid-19-Pandemie wurde das Studieren vor Ort an österreichischen Universitäten auf Zeit ausgesetzt und die Lehre im März 2020 auf sogenanntes Distance-Learning umgestellt. Diese Neugestaltung des Studienalltags brachte für die Studierenden an österreichischen Hochschulen neue Erfahrungen mit sich, welche auch wissenschaftlich noch eingehend beforscht werden müssen. Vor Ende des Sommersemesters 2021 wird der reguläre Präsenzlehrbetrieb vermutlich nicht wieder aufgenommen, und so verbringen die Studierenden mindestens drei Semester, also ein halbes Bachelorstudium bei Mindeststudienzeit, mit der neuen Art des Lernens und Lehrens.

Mit Hinblick auf diese Veränderungen führe ich in meiner Doppelrolle als Studentin und Mitarbeiterin des Instituts für Politikwissenschaft eine explorative qualitative Interviewstudie durch. Sie ist Teil eines größeren Forschungsprojektes für meine Masterarbeit, das ich gemeinsam mit meiner Kollegin Alena Eller im laufenden Semester erarbeiten werde. Darin beschäftigen wir uns eingehend mit dem Themenkomplex rund ums Studieren in Zeiten von Krise, Digitalisierung der Hochschule und damit verbundenen bildungspolitischen Maßnahmen.

Im ersten Schritt für dieses Projekt befragte ich Studierende der Politikwissenschaft aus dem Bachelor- sowie Masterstudium zu ihren Erfahrungen während der Pandemie. Mich interessierten neben den Erfahrungen meiner Interviewten an der Universität insbesondere auch solidarische Praktiken unter Studierenden. Denn gegenseitige Unterstützung und Hilfe stellen wesentliche Aspekte für ein erfolgreiches Studium dar und mussten sich ebenfalls den neuen Gegebenheiten der Distanzlehre anpassen. Die ersten Ergebnisse dieser explorativen Studie,

die sich auf das Wintersemester 2020/21 beziehen, bieten einen Einblick in die Lebensrealität und die Bedürfnisse von Studierenden während der Covid-19-Pandemie. Zusätzlich erzielt die Studie Einsichten, die für die Gestaltung der Lehre an österreichischen Hochschulen von Relevanz sind. Was haben wir bisher gefunden?

Veränderungen im Leben der Studierenden

Generell zeigt sich, dass Studierende unter der Krisensituation psychisch leiden. Nicht nur die soziale Isolation, sondern auch die Sorge um Angehörige, die wirtschaftliche Lage und die fehlende Zukunftsperspektive zehren an den psychischen Ressourcen der Studierenden und führen unter den Befragten beispielsweise zu Konzentrationsproblemen oder Motivationslosigkeit. Damit einher gehen ebenso Gefühle von Entfremdung, die die Befragten das eigene Studium infrage stellen lassen. Einer der Studierenden beschreibt die Situation folgendermaßen: "Es ist schon sehr befremdlich, wenn man den ganzen Tag am Laptop sitzt und man hört nur eine Hiobsbotschaft nach der anderen und man denkt sich auch wirklich so, was mach ich hier eigentlich? Also da draußen ist so viel los und ich schotte mich irgendwie ab in dieser akademischen Welt und fokussiere mich so auf was ganz anderes."

Schwierig gestaltet sich unter den aktuellen Umständen unter anderem die Suche nach Praktika, welche für den späteren Berufseinstieg ausschlaggebend sein können. Hinzu kommt die Mehrfachbelastung aus Studium und Berufstätigkeit sowie die prekäre finanzielle Lage, welche eine große Zahl an Studierende betrifft. Eine Studierende sprach

von der "ständigen Existenzangst im Genick, dass du jederzeit deine Kündigung kriegen kannst, weil die Firma einfach in Konkurs geht".

Gewichtige Veränderungen finden in der Organisation des Alltags der Studierenden statt. Das Leben, Arbeiten und Studieren ist nun auf einen Ort – die eigenen vier Wände – konzentriert. Ein Studierender beschrieb das so: "Ich stehe auf und verbringe den ganzen Tag in meiner Wohnung und eigentlich verbringe ich wirklich den ganzen Tag am Laptop. Von morgens bis abends sitz ich nur am Tisch und bin am Lesen und Lernen und Sachen machen für die Uni."

Dies führt unter anderem zu fehlender Abgrenzung zwischen den verschiedenen Bereichen des Lebens und beeinflusst das Zeitmanagement und die Tagesstruktur. So entfallen beispielsweise Wegzeiten, aber damit auch Bewegung und Zeit zum Verarbeiten von Lerninhalten, wie ein Befragter ausführt: "Dieses ganze Online-Ding liegt mir überhaupt nicht. Ich bin schon jemand, der gerne in Seminare geht, um einfach dort zu sein, weil dieser Anfahrtsweg, der Nachhauseweg, alles das dazwischen, das ist auch Zeit, die man hat, um mental zu verarbeiten."

Studienspezifische Veränderungen

Im Studium spielt das soziale (Er-)Leben der Universität, also der Austausch und Diskurs mit anderen Studierenden sowie Lehrenden, für viele eine große Rolle. Die Studienerfahrung geht also über das Sammeln von ECTS-Punkten hinaus. Diese zentrale soziale Komponente fehlt den Studierenden in Zeiten der Pandemie und kann durch das Distance Learning nur bedingt ersetzt werden. Die Lehrveranstaltungen im Online-Modus funktionieren für die Interviewten als temporärer Ersatz zwar gut, können aber nur bis zu einem gewissen Grad den Austausch vor Ort ersetzen, da beispielsweise Diskussionen im Online-Modus weniger flüssig möglich sind als im Seminarraum. Eine Studierende drückte es so aus:

"Es fehlt dieser persönliche Austausch, wo man ein bisschen besser durch Empathie verstehen kann, was jemand sagen will. Online redet man so schnell aneinander vorbei (...) Was eben auch, glaub ich, an dieser ganzen Unsicherheit liegt, ich seh nicht die

anderen, ich fühle nicht die Atmosphäre, die im Raum ist, ich weiß nicht, wie die Leute reagieren, auf das, was ich sage. Man fühlt sich so stehen gelassen ein bisschen einfach."

Die befragten Studierenden stellen allerdings eine Verbesserung der Organisation der Online-Lehre vom Sommersemester 2020, welches abrupt auf Distanz-Lehre umgestellt werden musste, auf das Wintersemester 2020/2021 fest. Lehrveranstaltungen und Prüfungen im Online-Modus konnten für das Wintersemester über den Sommer vorbereitet und ordnungsgemäß abgehalten werden. Dadurch wurde die Planungssicherheit auf Seiten der Studierenden erhöht, wie eine der Befragten beschreibt: "Das Sommersemester war pures Chaos und man hat gemerkt, kein Mensch war darauf vorbereitet und man war total überfordert. Deswegen find ich jetzt schon im direkten Vergleich, dass es im Wintersemester um einiges besser funktioniert."

Es fehlt der Austausch

Jedoch bringt die weiterhin bestehende Online-Lehre neue Herausforderungen für Studierende mit sich. Darunter fallen technische Aspekte und infrastrukturelle Probleme, wie fehlende Ausstattung oder zu schwache Internetverbindungen, aber auch Hemmschwellen bei der Teilnahme an Online-Lehrveranstaltungen. Denn Studierende empfinden die Kommunikation über Online-Tools teilweise als befremdlich und entmenslicht: "Es fehlen diese nonverbalen Zeichen, die man in einem Seminarraum hat. (...) es ist einfach irgendwie nicht dasselbe. Du bist da ein Kopf im Bildschirm und du bist nicht da."

Durchwegs verhalten Studierende sich zurückhaltender als bei Seminaren vor Ort. Insgesamt beschreiben die befragten Studierenden eine veränderte Lernerfahrung durch die Umstellung auf Distance Learning, da viele Lerninhalte nicht mehr in Diskussionen, sondern allein zu Hause erarbeitet werden müssen. Einer der Studierenden beschreibt seine optimale Lernerfahrung folgendermaßen: "Das richtige Verstehen passiert ja immer erst, wenn man sich dann mit anderen auseinandersetzt und sieht, wie die das verstehen und dann sieht, wo die Differenz liegt."

Dagegen muss auch erwähnt werden, dass die befragten Studierenden Vorteile in der Online-Lehre erkennen, wie eine erhöhte zeitliche Flexibilität, Ortsunabhängigkeit und die bessere Vereinbarkeit von Studium und Beruf. Eine Studierende erklärt: "Ich bin ja nebenbei berufstätig und für mich ist es natürlich einfacher meinen Alltag zu strukturieren, wenn ich Online-Lehre hab, weil dann hab ich die Wegzeiten nicht (...), bin auch theoretisch online und erreichbar, falls in der Arbeit irgendetwas sein sollte."

Solidarität unter Studierenden

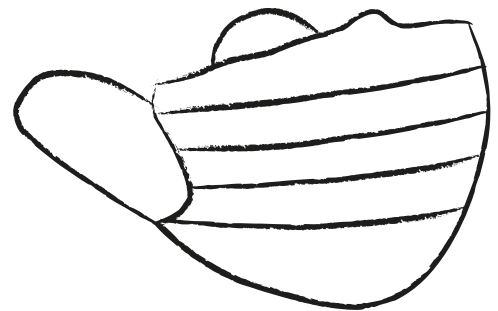
Diese explorative Studie deutet an, dass Solidarität von den Studierenden während der Pandemie weiterhin gelebt und geschätzt wird. Obwohl sich der Austausch zu Prüfungen oder einzelnen Hausarbeiten ebenso zum Großteil in den virtuellen Raum verschoben hat, etwa in Facebook- oder WhatsApp-Gruppen, gelingt es Studierenden nach wie vor, sich zu vernetzen und gegenseitige Hilfe zu leisten. Um auf diese Netzwerke zurückgreifen zu können, müssen die Studierenden auch die Social Media Dienste nutzen, was nicht auf alle Studierenden zutrifft. Und auch auf diesen Plattformen kommen Hemmschwellen bei der Teilnahme am Austausch zum Tragen, da die Beiträge der Studierenden teilweise für eine große virtuelle Öffentlichkeit sichtbar sind. Dazu meint eine der Interviewpartnerinnen: "(...) aber ich hab da auch wieder eine gewisse Hemmschwelle, da was reinzuschreiben. Aber es ist gut zu sehen, dass vielleicht andere Leute ähnliche Probleme haben, die ich auch hab, und ich weiß, wenn alle Stricke reißen, kann ich mich an diese 100 Leute, die in dieser WhatsApp-Gruppe sind, wenden. So ein bisschen Rückhalt und Verständnis bringt mir das."

Fazit

Neben den Herausforderungen, mit denen Studierende in der Covid-19-Krise konfrontiert waren und sind, nannten die Befragten in dieser explorativen Studie jedoch auch eine Reihe von Vorteilen der neuen Situation. So vermissen sie zwar vor allem den außerunterrichtlichen Austausch mit Kolleginnen

und Kollegen und Lehrenden vor Ort, schätzen jedoch die bessere Vereinbarkeit von Studium und Beruf durch die Online-Lehre sowie die erhöhte Flexibilität im Alltag. Dagegen gaben meine Interviewten auch an, psychisch unter der Krisensituation sowie der sozialen Isolation zu leiden, was sich beispielsweise in Form von Konzentrationsschwierigkeiten auf ihr Verhalten im Studium auswirkt. Diese Problemstellungen müssen von Seiten der Universität und der Politik bei der künftigen Ausgestaltung der Online-Lehre unbedingt berücksichtigt werden. Darüber hinaus ist die Durchführung von weiteren wissenschaftlichen Untersuchungen notwendig, um die Gesamtheit der Bedürfnisse von Studierenden während der Pandemie zu erfassen. Es ist davon auszugehen, dass insbesondere Studierende mit Sorgeverpflichtungen oder Drittstaatsangehörige, die bürokratische und logistische Hürden zu überwinden haben, besonders betroffen sind. Weiterführende Forschung sollte sich auch mit der besonderen Belastungssituation dieser Gruppen beschäftigen.

Nora Hansl ist Masterstudentin, Studienassistentin für den Bereich Studienprogrammleitung und Hochschullehrende und Tutorin für digitale Lehre sowie qualitative Methoden am Institut für Politikwissenschaft und Mitglied der Forschungsgruppe Zeitgenössische Solidaritätsstudien.



Studierende vor Gericht – Eine Anklage, eine Verteidigung und ein Urteil

Christoph Poschner

Anklage

Kritik ist das Mittel der politischen Opposition. Doch was, wenn der Krisengeist der Pandemie selbst die Mindestansprüche der Kritik an Freiheit, Gleichheit und Geschwisterlichkeit weltfremd wirken lässt? Ist dann schon jeder Funke einer Hoffnung auf Veränderung wortwörtlich im Keim erstickt und die letzte Möglichkeit, eine Alternative zu jenem zu denken, was ist, bereits verspielt? Wenn die Aufklärung zum Mythos wird und sich selbst zerstört, dann, so wissen wir aus der kritischen Theorie, muss diesem Vorgang durch radikale Selbstkritik Einhalt geboten werden.

Seit nun über einem ganzen Jahr schweigt sich die StudentInnenschaft bezüglich der Corona-Frage aus ihrer politischen Verantwortung als Intellektuelle. Schon letzten Frühling zeichnete sich die Bedeutung bzw. Relevanz der StudentInnen, besser gesagt ihre Nicht-Relevanz für das gesamtgesellschaftliche System ab. Viele wussten sehr bald, dass es die Universitäten sind, die als erstes schließen und als letztes wieder öffnen würden. Allerdings war von Anfang an kein einziges Anzeichen von Widerstand vernehmbar. Nicht, dass das erwartbar gewesen wäre. Noch konnten viele die Situation für ihre persönlichen Studienfortschritte nutzen, noch profitierten sie von den technischen Mängeln des digitalen Lernangebotes und der Unbeholfenheit der ProfessorInnen im Umgang damit. Dies kann zwar für jede authentische und qualitative Studienerfahrung allerhöchstens einen notdürftigen Ersatz bieten, lässt sich jedoch sehr gut in Einklang mit den herrschenden Leistungsgeboten bringen. Als allerdings kurz nach dem Semesterstart im Herbst ein zweites Mal

die Meldung die Runde machte, dass wieder von Präsenz- auf Distanzbetrieb umgestellt werden würde, war auch da keine Gegenreaktion seitens der StudentInnen zu erkennen. Im Gegenteil: viele jener, die von Außerhalb kamen, fuhren wieder zurück ins Elternhaus und blieben dort bis auf weiteres. Unter den StudentInnen herrscht nach wie vor ein regelrechter Eskapismus. Als eine auf die bloße Erfüllung ihrer technischen Funktionen reduzierte Institution trägt die Universität zumindest eine Teilverantwortung für die Desintegration der studentischen Gemeinschaft in eine abstrakte, arbeitende *Studierenden*-schaft. Der digitalisierte Kontakt und das Fehlen persönlicher Begegnungen unter den StudentInnen – in der Vereinzelung versagt die Stimme des Unmuts.

Das fundamentalkritische und fundamentaloppositionelle Bewusstsein der StudentInnen hat sich, sofern es davor überhaupt noch vorhanden war, während der Coronakrise endgültig verabschiedet und ist in einem Pathos allgemeiner Akzeptanz übergegangen. Der Meinungsdiskurs war längste Zeit bestimmt von den Maßgaben dessen, was sich als politisch erwünscht und sozial verträglich etabliert hatte. Damit war der Idealismus, dass der StudentInnenschaft eine revolutionäre, gesellschaftsverändernde Kraft innewohnt, vollends erschöpft. Hat es einmal geheißen, dass das, was in den Universitäten passiert, sich später in der Gesellschaft ereignen wird, sehen wir, dass es sich heute genau andersrum verhält: die AG sitzt in der Bundesvertretung und winkt die Hochschulreformen der Regierung kommentarlos durch und der RFS bewirbt derzeit im Kampf um die nächste ÖH-Wahl einen Anti-Lockdown-Reaktionismus.

Die hochschulpolitische Landschaft spiegelt sich in jener der Bundespolitik wider. So wie sich die parlamentarische – sowohl die Grünen in der Koalition als auch die sozialdemokratische Opposition – Linke zurzeit vor den Karren der neoliberalen Krisenpolitik der ÖVP spannen lässt, genauso ist bei der linken StudentInnenschaft von keiner In-Gang-Setzung einer politischen Gegenbewegung auszugehen.

Wie das passieren konnte, ist erklärbar. Der linke Mainstream hat es sich schon lange vor der Pandemie in seiner Rolle der Pseudosubversivität allzu sehr bequem gemacht. Wer gegen das System argumentiert, hat von vornherein bessere Karten, weil er oder sie stets das Privileg genießt, nicht innerhalb der herrschenden Denkgesetze denken zu müssen. Dadurch kann man KontrahentInnen leicht der Engstirnigkeit oder der Kurzsichtigkeit überführen. Wenn ich als Apologet des Kapitalismus beispielsweise sage, dass statistisch betrachtet der globale Wohlstand insgesamt wächst und immer weniger Menschen unterhalb der Armutsgrenze leben, stehe ich gegen einen Systemkritiker oder eine Systemkritikerin der Überzeugungskraft der Empirie zum Trotz ziemlich dumm da. Denn für ihn oder sie ist es dann immer noch eine leichte Übung, das Konzept der Armutsgrenze als Mittel zur Bestimmung der Armen durch die Reichen selbst infrage zu stellen ohne sich mit den problematischen Details des gegnerischen Arguments groß herumschlagen zu müssen. Links zu sein hatte (und hat) oft den großen Vorteil, dass man sich nicht den Argumentations- und Gesinnungszwängen des Systems unterwerfen muss, wodurch man sich sowohl argumentativ als auch moralisch auf der sicheren Seite weiß. Doch diese rein theoretische, in den *Safe space* hypothetischer und abstrakter Weltverbesserungsfantasien zurückgeworfene Antihaltung hat den Härtestest der Realität offenbar nicht bestanden. Sie ist vor ihren eigenen Ansprüchen zurückgeschreckt, als der Zeitpunkt gekommen war, da sie sich angesichts der Anforderungen der Welt unter Beweis zu stellen hatte. Das moralische und kritische Bewusstsein verlor in seiner argumentativen Komfortzone an radikaler Schärfe und wurde im Namen einer abgehalfterten

Solidarität und für den scheinbar einzig guten Zweck von einem Polit- und Sozialkonformismus der hartnäckigeren Sorte besetzt.

Was ist also nur daraus geworden, was im sogenannten ersten Lockdown geweckt wurde, dieser Krisenoptimismus, geradezu ein Katastrophenutopismus: die Schicksalsgewissheit von der unbedingten Notwendigkeit eines von Grund auf zu erfolgenden Systemwechsels, die in die Köpfe vieler junger Menschen gefahren ist? Für eine ganz kurze Zeit war ein Beben in den Gedanken einiger junger progressiver StudentInnen zu spüren, dessen Epizentrum in den Lockdown-Maßnahmen zu verorten ist. Diese trugen die Vorstellungen des Machbaren und Umsetzbaren ins Grenzenlose. Man stelle sich nur vor, wie leicht die Weltprobleme gelöst wären, wenn man sie nur mit derselben Entschiedenheit angehe, wie das Corona-Problem. Aus vielen Informationskanälen strömte ein unverbesserlicher und unbelehrbarer Handlungsdrang, der aber seine mediale Präsenz genauso schnell wieder verlor, wie er sie gewann und nur eine leise, heimliche Skepsis gegenüber der Probation der Legislativstrukturen und Exekutivfunktionen demokratischer Systeme innerhalb des Verhängnisses des Ausnahmezustandes hinterließ.

Die linke, politische StudentInnenschaft befindet sich in keiner Schockstarre, wie es oft entschuldigend behauptet wird. Sie war von Anfang an in den Bewegungen medialer, diskursiver, sozialer und politischer Subsysteme zur Etablierung und Stabilisierung des neuen Konsenses und der neuen Normen mit inbegriffen. Man folgte lethargisch allen Verordnungen, die vor allem der Selbsterhaltung des Systems dienen, mögen sie noch so repressiv sein. Für manche können sie sogar nicht repressiv genug sein. Vom „grünen Pass“ über rigide Testregime überboten sich die Maßnahmen bis hin zum „solidarischen Lockdown“ gegenseitig an Martialität. Weil das ursprüngliche, hehre Ziel der Rettung menschlicher Leben mit der Zeit in die moralische Verabsolutierung des virologischen Standpunktes führte, bleibt die politisch linke Kritik an den Maßnahmen hauptsächlich auf Fragen nach deren

Effizienz und Effektivität beschränkt, sodass mit dem Auftrag ihrer grundsätzlichen Infragestellung angesichts der negativen Auswirkungen auf sämtliche Lebensbereiche nur vereinzelte politische und journalistische QuergängerInnen überlastet wurden.

Verteidigung

Wenn die Sache es erfordert, dann hat das Handeln Vorrang gegenüber dem Denken und die Affirmation gegenüber der Negation; dann hat das Bewusstsein sich selbst dessen zu vergewissern, was wirklich wichtig ist, d.h. was das Allererste im Denken als Grund- und Leitsatz des individuellen und kollektiven Handelns ist. Politische Kritik ist eine Sache des menschlichen Lebens und wenn dieses bedroht ist, dann gilt es diesen höchsten aller Werte mit aller Tatkraft von der Kritik des Todes zu beschützen. Denn die Reflexionen aus dem beschädigten Leben sind selbst Beschädigungen des Lebens, wenn der Handlungsbedarf bereits so groß ist, dass er nicht mehr weggedacht werden kann.

Als sich im Februar letzten Jahres die Medienberichte von einem ominösen, neuen Virus, der in China sein Unwesen treiben soll, zu verdichten begannen, wussten wir alle nicht so recht, was uns dabei erwarten würde. Zwar konnten rückblickend die einen die Entwicklungen ein bisschen besser einschätzen als die anderen. Auch reagierten die einen schneller und entschlossener als die anderen auf die Geschehnisse, doch eines hatten wir gemeinsam – die Angst jener Tage, in denen diese unbekannte, nie dagewesene Gefahr über die Landes- und Stadtgrenzen hineinfällt. Wir hatten das Gefühl, dass irgendetwas immer näher und näher rückt und wir diesem Etwas restlos ausgeliefert waren. Allesamt wussten wir nicht, womit wir rechnen mussten. Es versteht sich von selbst, dass man im Hinblick auf diese gigantische Ungewissheit und vor allem Unwissenheit den Ernst der Lage über jeglichen Zweifel erhebt und das tut, was intuitiv das Richtige ist. Dazu drängt die Demut, die Tugend der Vernunft. Wir reduzierten also Kontakte, blieben zu Hause, trugen Masken, hielten Abstand, wuschen unsere Hände, stellten uns um auf Home-Office und Distance-Learning. Mit

der Lernfreude und Anpassungsfähigkeit unserer technikgeübten und -gewöhnten Generation deuteten wir in der für uns typischen Art die Probleme um zu Herausforderungen, die es kraft unserer gelernten Kompetenzen und vererbten Fähigkeiten siegessicher anzunehmen gilt. Unser Optimismus ist es, der in Zeiten des großen Pessimismus buchstäblich unsere Überlebensbedingung stellt.

Mit aller Vehemenz wollen wir also den Anklagepunkt, Werte von Demokratie und Aufklärung im Zuge des letzten Jahres an die Regierungspolitik verkauft zu haben, von uns weisen. Denn wie gerade dargelegt, haben wir uns sehr wohl gefragt, wie man als solidarische Gesellschaft mit der gesamten Situation umgehen soll. Auch verwehren wir uns des Vorwurfs, dabei nicht kritisch verfahren zu sein. Denn das Gegenteil ist der Fall. Während wir privat das taten, was wir in einer medizinischen Notsituation für wichtig und richtig erachteten, weil es die Logik der Medizin nun einmal notwendigerweise nach sich zieht, wandten wir uns so oft an die Öffentlichkeit, wie es die MinisterInnen von uns abverlangten. An gesellschaftspolitischer Front arbeitete sich unser kritisches Organon unermüdlich an den unzähligen einzelnen Skandalen und Debakeln des letzten Jahres ab. Und das taten wir sowohl in praktischer als auch in theoretischer Vereinbarung mit unseren alltagsmedizinischen Überzeugungen. Uns kam also eben nicht, wie uns vorgeworfen wird, die Kritik abhandeln. Denn es waren ja gerade wir, die entgegen unseren KlägerInnen zwischen der medizinischen und der politischen Situation zu unterscheiden wussten und unsere Energien auf jene Probleme bündelten, die der Kritik auch wirklich würdig waren. Medizinische Vor- und Rücksicht und politische Unnachgiebigkeit bedingen sich gegenseitig, weil sich die Freiheit zur Kritik ja nur in einer Moral des Vitalismus abspielen kann. Ein gesunder Geist braucht eben einen gesunden Körper und vice versa. Um theoretisch denken zu können, muss man praktisch am Leben sein. In diesem Sinne waren unsere Handlungen immer im Sinne des Erhalts unserer Demokratie qua Solidaritätsgemeinschaft und gleichzeitig immer entgegen der Gesinnung jener Politiker, die die Krise zur Befriedigung ihrer Geld- und Machtgelüste bis

dato schamlos ausnutzen. Kritik am Selbstverständnis der Medizin? Nein, danke. Kritik an kapitalistischen Selbstverständlichkeiten? Ja, bitte. Ob es nun der systemische Rassismus ist, die Erwärmung der Erde, die Geflüchteten in Griechenland oder andere von dem globalen Wirtschaftssystem direkt oder indirekt verursachten Krisen – jedes Mal fand man uns trotz Corona auf den Straßen, freilich unter Einhaltung der Hygienevorschriften, unseren Protest gehörig Ausdruck verleihend. Und auch heuer lässt unser Wille zur Veränderung uns nicht ruhen und lässt auch das politische Paradigma nicht unangetastet. Weder die Umetikettierung von Masken aus chinesischer Produktion in österreichische Produkte noch der Eklat rund um die Impfstoffbeschaffung ging spurlos an uns vorbei. Doch ließen wir uns bei aller gerechtfertigten Kritik nicht von unserem Weg abbringen, von dem wir überzeugt sind, dass er der einzige ist, der uns als Gesellschaft geeinigt und gestärkt aus der Pandemie herausführen wird. So versammelten wir uns sogar unter mehreren, unterschiedlichen Themen zu ein und derselben Demonstration. Wir forderten, dass die Kosten für die Pandemiebekämpfung sich auf keinen Fall in Form von Einsparungen im Sozialbereich bemerkbar machen dürften. Und damit die Kosten für die Pandemiebekämpfung so gering wie nur irgend möglich ausfallen, sprachen wir uns für konsequentere Maßnahmen aus. Das Motto „Gudi bleibt“ und das Motto „Zero-COVID“ fielen hierfür programmatisch in eins. Die Stärke des politisch linken Ansatzes liegt also darin, dass die Utopie in der Formulierung der Kritik schon immer mitformuliert ist. Wer uns mangelnde Radikalität im Denken vorwirft, dem werfen wir mangelnde Radikalität im Handeln vor.

Eine mögliche Utopie also kann lauten: Zero-COVID und sie ist Optimismus und Realismus zugleich. Das beweisen einige Staaten, die es mit dieser Strategie wieder zurück in die Normalität geschafft haben und dadurch so geringe Todeszahlen wie möglich verzeichnen konnten. Und das sind nicht nur Inselstaaten und auch nicht nur Diktaturen im klassischen Sinne. Nach Australien, Neuseeland und China dürfen auch Vietnam, Südkorea und die Provinzen an der kanadischen Atlantikküste der Liste an Erfolgsgeschichten hinzugefügt werden. Wir

erkennen alle die viel besprochenen Kollateralschäden an, die der über Monate hinweg stumpfgeschnittene, permanente Lockdown anrichtet. Wir sehen die sozialen Ungleichheiten, die sich verschlimmern; die Verschuldung des Klein- und Mittelstands; die Umverteilung von Vermögen hin zu den Reichen und den Mächtigen. Und wir wissen auch, wer im Endeffekt für die Krise zahlen wird. Alle Argumente gegen einen gemäßigten, langwierigen Lockdown, sind gleichzeitig Argumente für einen radikalen, kurzfristigen Lockdown. Es kann nicht sein, dass das private Leben unter Einschränkungen leidet, während das öffentliche Arbeitsleben unbehelligt weiterläuft. Daher fordern wir einen europaweiten, solidarischen Lockdown, der die vorübergehende Stilllegung der Großindustrie einschließt. In ihm sehen wir die äußerste Konsequenz bzw. die konsequenteste Veräußerlichung des politisch linken Standpunktes, der sich durch den Schutz der Schwachen, Kranken, Armen und Alten definiert, weil er den Wert des Lebens, aus dem sich alles weitere ergibt, an erster Stelle setzt. Wer also meint, Solidarität stehe im Zeichen des Zwangs und der Unfreiheit, der hat sie selbst noch nicht richtig gelebt. Denn wir verzichten bewusst für eine begrenzte Zeit auf unsere individuellen Rechte, um auf lange Sicht das kollektive Recht zu wahren. Und das ist eine bewusste, d.h. aus individueller Freiheit heraus getroffene Entscheidung. Was ist denn schon Freiheit, wenn nicht die Entscheidung eines nicht entscheidbaren Dilemmas?

Urteil

Die logische Form des Urteils soll uns helfen, die Inhalte von Klage und Verteidigung zu überwinden und uns dazu ermöglichen, durch das Wort zur Tat zu schreiten. Das Urteil soll Brücken schlagen, wo Gräben klaffen; es soll versöhnen und vertöckeln und nicht Strafe oder Gnade walten lassen. Es soll kein Gerichtsspruch sein, der einer Partei Recht oder Unrecht, Schuld oder Unschuld zuspricht. Sondern es soll eine dialektische Synthese sein, die die Kritik und die Verteidigung auf ihr kleinstes gemeinsames Vielfaches bringen soll. Dies kann die Möglichkeit bieten, etwas Neues zu schaffen, an dem sich die Rolle linker, progressiver StudentInnen in der Gesellschaft

im Hinblick auf die Corona-Frage rejustieren muss, wenn sie ihre Stellung in der Gesellschaft auch in der Zukunft weiterhin geltend machen will.

Die politische Linke zersplittert an der Frage des Lockdowns sowohl bezüglich der medizinisch fachlichen Inhalte, aber auch bezüglich politischer Praxismethoden. Während sich Gruppierungen wie die „Kommunistische Jugend Österreich“ kaum bis gar nicht zu der Thematik äußert, waren es Vereine wie „Attac“ und die „Linke Wien“, die sich den bereits erwähnten friedlichen Demonstrationen anschlossen. Die „Antifa“, die sich zum solidarischen Lockdown positioniert, bedient sich angriffslustigerer Methoden, wie das Infiltrieren von Telegram-Gruppen anderer linker Gruppierungen, die dem Gesamtkonzept des Lockdowns wiederum kritisch gegenüberstehen, wie die „Freie Linke“. Erschwerend zu der gespaltenen Grundsituation kommt hinzu, dass innerhalb der Lager, auf der einen Seite das Sortiment an Spielarten von „Zero-COVID“ bis „No-COVID“ betreffend und auf der anderen Seite die generelle Grundhaltung zum Lockdown, alles andere als Einigkeit herrscht. Die Schnittspuren am Körper der linken Politgemeinschaft sind so zahlreich wie Ideen zum richtigen Umgang mit dem Virus im linkspolitischen Geist herumschwirren.

Wenn wir an die StudentInnen und ihre Stellung in der Gesellschaft denken und die gesellschaftlichen Schmerzpunkte definieren wollen, an welchen sie sich aufzustellen hat, dann müssen wir sagen, dass es zum einen ihre Einstellungen zum System und zum anderen ihre Einstellungen zur Normalität sind. Systemkritiken, die der Immanenz des Systems verhaftet bleiben, können keine neuen Lösungen und keine echten Alternativen sein. Die Kritik der „VSStÖ“ an den Hochschulreformen bleibt im Kontext des Bologna-Systems verfangen, so wie die typisch junglinke Biden-Sympathie als Folge der ebenso typisch junglinken Trump-Antipathie das Nein-Sagen zur Fortsetzung der US-imperialistischen Außenpolitik erschwert. Wie man also sehen kann, hat sich die Logik des Zurück-in-die-Normalität, die sich im Kontext Corona nackt gezeigt hat, auch in anderen antisystemischen Argumentationsstrukturen bedeckt gehalten. So ist es nur natürlich, dass die linke Utopie in der allesverschlingenden Corona-Frage in die

Konservierung der Vergangenheit als alte Normalität verschwunden ist. Aber was bedeutet Normalität? Im Diskurs des vergangenen Jahres sind wir zwei Begriffen der Normalität begegnet, der alten und der neuen Normalität. Diese zwei Begriffe haben sich im selben Maße, wie sich der Diskurs verändert hat, selbst verändert und Bedeutungen gewechselt.

Erinnern wir uns: Derselbe Satz, man werde lernen müssen, mit dem Virus zu leben, der anfangs von den SkeptikerInnen als pauschaler Einwand gegen sämtliche Lockdown-Maßnahmen im Tausch gegen Andere, Alternative genutzt wurde, diente später den MaßnahmenbefürworterInnen als spezifisches Argument für die als alternativlos behaupteten Lockdown-Maßnahmen. Mit dem Virus leben lernen hieß dann nicht mehr Investitionen in ein flexibles, reservekapazitives Gesundheitssystem, das die Durchseuchung einer frei lebenden Gesellschaft mittragen könne. Sondern mit dem Virus leben lernen hieß ab sofort eine totale Durchlogifizierung der Gesellschaft mit rigiden Hygienemaßnahmen, die das freie Leben der Gesellschaft in dem Maße einschränkt, wie sie von ihr mitgetragen werden. Diese und andere Bedeutungsverschiebungen stifteten heillose Verwirrungen und Verwechslungen nicht nur der Vorstellungen dessen, was normal und abnormal, sondern sogar auch dessen, was gegenwärtig und vergangen ist. Was medial und politisch als neue Normalität propagiert wird, das ist die Rückkehr in den nationalstaatlich verwalteten sowie medizin- und hygienetechnisch hochgerüsteten, konsumistisch und touristischen, präcoronialen Status quo – also einfach nur die alte Normalität im neuen Design. Die imaginative, die ideengebende Gewalt einer linksprogressiven StudentInnenschaft hat sich demnach über das System, die Frage nach der alten oder der neuen Normalität und den Zwiespalt zwischen solidarischer und freier Linke hinwegzusetzen.

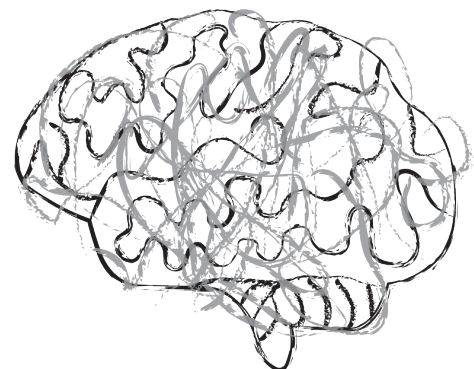
Doch was machen mit den kontaminierten Begriffen, der eine neoliberalistisch und neonationalistisch (Freiheit), der andere neokollektivistisch und neomoralistisch (Solidarität)? Soll man sie zur irreversiblen Kontaminierung genau ihren jeweiligen AkteurInnen überlassen? Der Umstand, dass die selbsterklärten Rechten ständig von Freiheit sprechen

müssen, um sich glaubhaft zu machen, entspricht jenem, dass es sich die selbsterklärten Linken gar nicht mehr erlauben, von ihr zu sprechen, um vertrauenswürdig zu bleiben. Genauso verhält sich die Ersetzung des Begriffs der Solidarität durch den der Souveränität seitens Rechter zur inflationären Verwendung des ersteren Begriffs seitens Linker. Weder Verwertung noch Verwerfung der Begriffe wird uns also weiterbringen. Sie müssen aufgehoben werden in der Solidarität *der* Freiheit und der Freiheit *zur* Solidarität, dem Begriff der *Liebe*, der an die StudentInnenbewegung der 68er-Jahre erinnern lässt. Dem abstrakten Begriff der Liebe wird somit die konkrete Vorstellung der Revolution verliehen.

Was bedeutet es für StudentInnen, links zu sein? Was bedeutet es für sie, progressiv zu sein? Es bedeutet in erster Linie aufgeklärt zu sein, dessen Bedingung ihre eigene Selbstkritik ist, und in zweiter Linie aufzuklären, dessen Bedingung die Selbstkritik der Aufklärung ist. Freiheit und Solidarität sind beides aufklärerische Begriffe, die im Banne eines unreflektierten Fortschrittsglauben sich sowohl miteinander als auch ineinander in eklatante Widersprüche verstrickt haben. Wenn die linke Utopie nur noch die Konservierung der Vergangenheit in Form der alten Normalität ist, dann kann das nur ein Symptom einer reaktionär gewordenen Linke sein, die sich ihrer eigenen Paradoxien nicht mehr bewusst ist. Es herrscht in ihr ein falsches Bewusstsein darüber, dass zuerst die Welt gerettet werden müsse, bevor man sich wieder daran machen kann, sie zu verändern. Denn es leitet uns doch genau die Art und Weise, wie wir mit der Pandemie umgehen, uns auf genau die Bahnen, auf denen wir überhaupt erst in diese so prekäre Lage gekommen sind. Diese Progressivität verkehrt sich in ihr eigenes Gegenteil; sie dient letzten Endes nur der Selbsterhaltung des globalen, neoliberalen Wirtschaftssystems und muss daher dem Geist der Subversivität weichen. Die Forderung einer radikalen Umwälzung der materiellen Produktionsverhältnisse hin zu Formen der Nachhaltigkeit und der Gemeinwohlorientierung ist für sich noch nichts neues, doch im Lichte eines historischen Ereignisses globaler Tragweite, eröffnen diese Ideen Aussichten einer freien und

sicheren Koexistenz mit dem Coronavirus. Ein lebenspraktisches Beispiel dazu kann Aufschluss geben. Es ist bekannt, dass die infektiologisch problematischen Bereiche im Handel vor allem die großen Textilkaufhäuser sind. Die linkslogische Schlussfolgerung daraus lautet: die Boutiquen öffnet bedingungslos; H&M, C&A, Peek&Cloppenburg, etc. bleiben unbedingt geschlossen. So würde man zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: die Zerschlagung globaler Produktions- und Lieferketten und die Eindämmung des Infektionsgeschehens. Was es also braucht, ist einen fundamentalen Perspektivenwechsel. Falls es einen Konsens gibt, der in Bezug auf das Corona-Problem behauptet werden darf, dann ist es der, dass Corona kein neues Problem ist, sondern die alten systemischen Probleme wie durch eine Lupe in einem Brennpunkt vereint. Warum sollte man also dieses Problem derart hypostasieren, als sei es losgekoppelt von allen sozialen Beziehungen, und als könne man darauf nur noch mit der Endlösung einer hypothetisch erfolgreichen Eindämmung des globalen Infektionsgeschehens reagieren? Sollte man es dagegen nicht eben systemisch bzw. strukturell angehen? Die progressive Linke müsste dafür wieder dialektisch denken können und endlich anfangen, die einzelnen Probleme im globalen Gesamtzusammenhang des Corona-Problems zu erkennen, um von da aus ihre revolutionären, die materiellen Produktionsverhältnisse radikal umwälzenden Lösungsvorschläge einbringen zu können. Nur entlang dieser Revolutionierung des Bewusstseins kann auch jene Revolutionierung des Seins voranschreiten.

Christoph Poschner ist 27 Jahre alt und studiert Psychologie & Philosophie und Biologie & Umweltkunde auf Lehramt.



Das Märchen von der außergewöhnlich niedrigen Wahlbeteiligung

Elias Weiss

Alle zwei Jahre finden die Wahlen zur Österreichischen Hochschülerschaft (ÖH) statt, und alle zwei Jahre pfeift es von allen Dächern: die Wahlbeteiligung unter den Studentinnen und Studenten ist zu niedrig. Daraus ziehen dann libertäre und rechtsextreme Kräfte Legitimation für ihre Forderungen nach einer Entmachtung der politischen Vertretung der Studierenden, entweder durch die Aufhebung der Pflichtmitgliedschaft, die der ÖH ein gewisses Maß an finanzieller Unabhängigkeit verschafft, oder durch die Abschaffung des allgemeinpolitischen Mandats, das es erst möglich macht, den multifaktoriellen Lebensumständen der Studierenden auch gerecht zu werden.

Dabei ist die Aussage, die Wahlbeteiligung, die sich seit einigen Jahren wieder im Steigen befindet, sei mit 26 Prozent erschreckend niedrig, nichts weiter als ein politischer Spin, ein Framing, eine Aussage, die einfach auf einer falschen Prämisse und einer schlechten Interpretation der Datenlage beruht. Dieses Märchen hat sich so tief in der österreichischen Gesellschaft etabliert, dass selbst die Studierendenparteien alle zwei Jahre vor die Kameras und Mikrofone treten und ihre eigene politische Aufgabe durch die ungeprüfte Wiederholung dieser Behauptung unterminieren: die Studierenden bestmöglich in allen politischen Belangen, insbesondere gegenüber der uns zunehmend feindlich gesinnten Bundesregierung, zu vertreten und sich für unsere Rechte mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln einzusetzen.

Doch wie sieht es mit der Wahlbeteiligung unter Studierenden wirklich aus? 26 Prozent klingt niedrig, wenn man bedenkt, dass in Österreich die Wahlen zum Europäischen Parlament mit knapp 60 Prozent Wahlbeteiligung die Niedrigste

von allen allgemeinpolitischen Wahlen hat. Bei Nationalratswahlen kann diese auch schon mal 80 Prozent betragen. Ein Vergleich mit diesen Zahlen ist allerdings nicht sehr hilfreich, denn die ÖH ist als Institution damit beauftragt, bestimmte Partikularinteressen einer sozialen Gruppe zu vertreten.

Die ÖH ist die politische Vertretung einer äußerst heterogenen sozialen Gruppe: den Studierenden. Auch wenn legalistisch nur AK, WKO und LKO von den Kammern mit Pflichtmitgliedschaft zur Sozialpartnerschaft gerechnet werden, hat die ÖH im politischen Betrieb eigentlich immer eine gleichwertige Rolle übernommen. Bis zu den UG-Novellen des 21. Jahrhunderts, die das Mitspracherecht der politischen Vertretung der Studierenden sowohl in der Bildungspolitik als auch in der internen Universitätsverwaltung massiv beschnitten haben, wurde die Autonomie der Höheren Bildungseinrichtungen in einer ähnlichen Weise respektiert wie die der Tarifverhandlungen der Sozialpartner. Dementsprechend sollte die Wahlbeteiligung, wenn man sie denn schon unbedingt mit irgendwas vergleichen muss, mit der Wahlbeteiligung bei AK- und WKO-Wahlen vergleichen. Sonst vermischt man nur Äpfel mit Birnen.

Und hier sieht der Vergleich gleich nicht mehr so vernichtend aus. Die Arbeiterkammer, die auch die bei weitem Mitgliederstärkste der drei ist, vertritt sie doch über 3,5 Millionen unselbstständige Arbeitnehmer:innen, weist eine (sinkende) Wahlbeteiligung von 38,5 Prozent auf. Die Wirtschaftskammer wiederum, die als Finanzstärkste der drei zirka eine halbe Million

selbstständige „Unternehmer:innen“ bei einem Jahresbudget von mehreren Hundert Millionen bis zu einer Milliarde Euro vertritt, weist eine (ebenfalls sinkende) Wahlbeteiligung von genau einem Drittel (33,7 Prozent) auf.

Auch wenn diese beiden Institutionen von ähnlichen Angriffen bezüglich ihrer politischen Legitimation aufgrund der sinkenden Wahlbeteiligung betroffen sind, stellt niemand ernsthaft ihr politisches Mandat im Kontext von Tarifverhandlungen und der Ausgestaltung österreichischer Wirtschaftspolitik in Frage. Denn Legitimation ziehen diese Institutionen nicht nur aus ihrer Vertretungsmacht, sondern ebenso aus ihrer offensichtlichen Expertise, wenn es um Fragen der Tarifgestaltung und vor allem der Interessen der eigenen Mitglieder geht. Genauso wenig stellt irgendwer in Frage, dass sowohl WKO als auch AK gerade eben massiv in die österreichische Gesundheitspolitik involviert wurden, sprich, niemand stellt deren Aktivitäten, die sich ebenso aus einem allgemeinpolitischen Mandat ergeben, in Frage.

Politikfelder können so und so niemals glasklar voneinander getrennt werden, weshalb jeder Versuch einer politischen Vertretung, sich nur in bestimmten Fragen zu Wort melden zu dürfen, die gesamte Arbeit dieser politischen Vertretung erschwert. Manche Stimmen fordern, dass sich die ÖH mehr als Serviceeinrichtung für Studierende verstehen sollte. Mal abgesehen davon, dass die ÖH bereits jetzt ein riesiges Service-Angebot für Studierende hat, und auch in der Coronakrise bewiesen hat, dass sie sich um ihre Mitglieder kümmert, sollte man eine politische Interessensvertretung niemals darauf reduzieren. Diese Forderung ist meiner Ansicht nach sogar kontraproduktiv, denn je mehr Services die ÖH anbietet, desto eher können sich Universitäten aus der Affäre ziehen, indem sie ihre Aufgaben, wie ein ordentliches Angebot an inhaltlicher Unterstützung oder Zugang zu den notwendigen Materialien, einfach an die Studierenden selber in Form der ÖH abschiebt.

Zurück zu unserer eigentlichen Frage, ist die Wahlbeteiligung bei ÖH-Wahlen wirklich so katastrophal niedrig? Immerhin wirken 26 Prozent doch äußerst niedrig. Als Erstes möchte ich zu

bedenken geben, dass bei ÖH-Wahlen all die Personen wahlberechtigt sind, die ihren ÖH-Beitrag fristgerecht einbezahlt haben (ein Pflichtbeitrag von zirka 20€ pro Semester, den man zahlen muss, um seinen Status als Student:in zu behalten). Übrigens ist es genau dieser Beitrag, der durch die Pflichtmitgliedschaft erhoben werden kann, der der ÖH die von mir erwähnte finanzielle Unabhängigkeit von der Regierung und dem Steuertopf garantiert. Es ist derselbe Mechanismus, der hinter allen unabhängigen Institutionen des österreichischen Sozialstaats und des politischen Systems steht: um zu verhindern, dass Regierungen zu viel politischen Einfluss auf grundlegende Institutionen, wie das Sozialversicherungssystem, die öffentlich-rechtliche Medienlandschaft oder hier eben die ÖH, nehmen, garantieren Pflichtbeiträge die finanzielle Unabhängigkeit. Wenn man diesen Mechanismus abschafft, erhöht man die politische Erpressbarkeit.

Im letzten Wahljahr 2019 (vgl. [unidata.gv.at](https://www.unidata.gv.at)) haben um die 340.000 Menschen österreichweit ihren ÖH-Beitrag eingezahlt. Im selben Jahr wurden aber nur 268.300 „prüfungsaktive“ Studierende gezählt. Unter Prüfungsaktiven versteht man die Personen, die auch tatsächlich Prüfungen und andere Leistungen ablegen und somit ihr Studium aktiv betreiben und nicht nur eingeschrieben sind. Diese Diskrepanz ergibt sich aus dem Umstand, dass das sogenannte Scheinstudieren mit möglichen Vorteilen in bestimmten (oftmals prekären) Lebenssituationen verbunden ist. Nimmt man nun die Anzahl der prüfungsaktiven Studierenden als Vergleichsbasis, erhält man bereits eine Wahlbeteiligung von 31 Prozent, die schon nahe an die 33 Prozent der WKO kommen.

Zusätzlich gibt es Erasmus-Studierende (inklusive aller anderen Mobilitätsprogramme), die sich gar nicht im Land befinden, aber weiterhin ÖH-Beitrag zahlen müssen und als prüfungsaktiv gewertet werden, und somit technisch gesehen auch wahlberechtigt sind, aber durch mangelnde Briefwahlmöglichkeiten (heuer wurden so viele Wahlkarten für die Briefwahl wie nie zuvor gedruckt: 30.000 Stück, also nicht einmal für 10 Prozent der offiziell wahlberechtigten Personen) und wohl auch Unwissen, davon eher

nicht Gebrauch machen können. Umgekehrt müssen auch Erasmus-Studierende (inklusive aller anderen Mobilitätsprogramme), die aus dem Ausland nach Österreich kommen, ebenfalls ÖH-Beitrag zahlen, und sind somit wahlberechtigt. Zugegeben, diese befinden sich bei den Wahlen dann auch im Lande und können theoretisch gesehen daran teilnehmen, aber wie viele machen das dann wirklich? Alle Fachhochschulen und öffentlichen Universitäten (Studierende an privaten Universitäten sind inzwischen ebenfalls wahlberechtigt) schicken jährlich um die 10.000 Studierenden ins Ausland, umgekehrt kommen 10.000 Studierende über Mobilitätsprogramme aus dem Ausland zu uns. Zieht man nun diese Zahlen ab, erhält man bereits 33 Prozent (bei – 10.000) beziehungsweise 34 Prozent (bei – 20.000). Womit die ÖH eine zur WKO vergleichbare Wahlbeteiligung aufweist. Und immerhin verwaltet die WKO ein vielfach höheres Budget: Jede Stimme bei WK-Wahlen könnte über zirka 2000 Euro entscheiden, während eine Stimme bei ÖH-Wahlen „nur“ über 47 Euro entscheidet.

Doch warum spreche ich plötzlich über finanzielle Mittel? Beim Budget heißt es immer, es sei in Zahlen gegossene Politik. Das gilt auch hier, jede Interessensvertretung ist nur so mächtig wie das Budget, das sie dafür zur Verfügung hat. Die WKO ist die Finanzstärkste von allen, und dennoch befindet sich deren Wahlbeteiligung im Sinken, ist effektiv genauso hoch wie die der ÖH, und das obwohl jedes Mitglied über 42 Mal so viel finanzielle Mittel bestimmen könnte und die WKO offensichtlich von der Politik mehr eingebunden wird. Natürlich fordern hier dieselben Leute eine Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft, doch wie ich bereits erwähnt habe, hätte das nur zur Folge, dass solche Institutionen in ihrer Selbstständigkeit geschwächt werden.

Die Parteien, die um die Stimmen der Studierenden von 18. bis 20. Mai kämpfen, sollten aufhören, um mehr Wahlbeteiligung zu betteln. Politik soll die Interessen der Wähler:innen vertreten, und nicht die Wähler:innen den Interessen und Wünschen der Politik nachkommen. Eine niedrigere Wahlbeteiligung sollte daher als Ansporn dienen, einen größeren politischen Fußabdruck zu hinterlassen.

Die UG-Novelle, die unsere Regierung mitten in einer Pandemie gegen den lautstarken Protest der Betroffenen durchdrückt, schwächt die ohnehin schon geringen politischen Möglichkeiten der ÖH weiter ab. Während sich WKO und AK in Österreich quasi die Wirtschaftspolitik und die tarifliche Ausgestaltung der Lohngesetze im Hinterzimmer ausschnapsen dürfen, kann die ÖH nicht einmal in den eigenen Universitätsgremien ordentlich mitbestimmen.

Anstatt über niedrige Wahlbeteiligung zu sprechen und dabei indirekt die eigene Legitimität zu unterminieren, sollten wir stattdessen über das Recht auf politische Mitbestimmung in der Ausgestaltung der Bildungspolitik und dem Tagesgeschäft der Universitäten sprechen. Liebe ÖH-Parteien, stellt Forderungen nach einem höheren Budget und mehr Gestaltungsrechten an die Politik. Nehmt euch das Machtbewusstsein von AK und WKO, die sich auch nicht von sinkenden Wahlbeteiligungen davon abhalten lassen, die Politik Österreichs, auch in Zeiten der Pandemie, maßgeblich mitzubestimmen, zum Vorbild. Kommt eurem Auftrag nach, die Interessen der Studierenden zu vertreten, anstatt euch selbst zu sabotieren. 15 Prozent Wahlbeteiligung mag nach wenig klingen, es ist aber der ideale Anlass, um die Rechte einzufordern, die einem zustehen.

Elias Weiss ist Master-Student der Politikwissenschaften an der Universität Wien. Er forscht unter anderem zu Solidarität und Zukunft der Arbeit als Teil der CeSCos Gruppe. Seine Bachelorarbeit hat er zur Dauer von Wahlperioden geschrieben.

Dient Wissenschaft als Legitimation politischer Entscheidungen?

Anna-Katharina Wintersteller

Die erste Hälfte der Corona-Pandemie wäre die „Sternstunde der Wissenschaft“ in der Politik gewesen, so der Soziologe Alexander Bogner (2021: 20). Ausgehend von dieser Aussage möchte ich in diesem Essay auf die Wechselwirkung von Politik und Wissenschaft insbesondere in Bezug auf die Covid-19-Pandemie eingehen.

Die Corona-Pandemie als „Sternstunde der Wissenschaft“ darzustellen, spiegelt meines Erachtens gut die öffentliche Wahrnehmung der Wissenschaft in diesem Zeitraum wider. Es galt, so schnell wie möglich ein akutes Problem zu lösen, für welches die Wissenschaft unumgänglich war. Sucht man in der Google-Suchmaschine beispielweise die Stichwörter „Covid-19, Politik und Wissenschaft“, so finden sich mit ca. 30.200.000 „News“-Einträgen derzeit deutlich mehr Ergebnisse als bei den Stichwörtern „Klimakrise, Politik und Wissenschaft“ mit ca. 373.000 Einträgen. Dies lässt darauf schließen, dass Covid-19 im Kontext mit Politik und Wissenschaft in den Medien deutlich häufiger thematisiert wird als die Klimakrise.

Betrachtet man jedoch andere Probleme wie den Klimawandel, der von vielen Gesellschaftsgruppen nicht als in selber Weise dringlich wahrgenommen wird und dessen wissenschaftliche Problemlösung lange nicht als das Hauptproblem in der Öffentlichkeit und den Medien angesehen wurde, so lässt sich meines Erachtens nicht sagen, dass die Zusammenarbeit von Politik und Wissenschaft in irgendeiner Weise weniger eine „Sternstunde der Wissenschaft“ darstellen würde. Ich vermute eher, dass die Zusammenarbeit zwischen Politik und Wissenschaft hier nicht so intensiv medial thematisiert wird wie bei der sehr akuten Bekämpfung der Corona-Pandemie. Darauf wird aber später noch eingegangen.

Vor allem bei der Auseinandersetzung mit der Entscheidung, nach dem Rücktritt der nunmehr ehemaligen Arbeits- und Familienministerin Christine Aschbacher, Wirtschaftsprofessor Martin Kocher zum neuen Arbeitsminister zu benennen, ist die Vermutung nicht weit hergeholt, dass man gerade jetzt in der Corona-Krise versucht, Wissenschaft mehr in den Politikprozess zu involvieren. Wissenschaftliche Expertise als Voraussetzung für faktenbasierte Politik. Nur muss man erwähnen, dass es auch in der Wissenschaft, insbesondere in den Sozialwissenschaften, keine klar zu bestimmenden ultimativ richtigen Entscheidungen gibt.

Davon ausgehend ist zu betonen, dass im medialen Diskurs vermehrt von einer einzigen Wissenschaft ausgegangen wird, welche eine einzige Lösung anbietet. Wissenschaftliche Expert*innen lägen hier per se richtig, denn Wissenschaft biete die unumstößliche Wahrheit. Beschäftigt man sich aber näher mit der Thematik, so muss man deutlich betonen, dass es auch in der Wissenschaft verschiedene Meinungen und Interpretationen von Studienergebnissen gibt und die einzige Wahrheit insbesondere in den Sozialwissenschaften auch von Forschenden nicht bestimmt werden kann. Eine politische Entscheidung ist von vielen sozialen und wirtschaftlichen Einflüssen abhängig. Die richtige Entscheidung aus Sicht eines/r Soziolog*in kann die falsche Entscheidung aus Sicht eines/r Mediziner*in oder Wirtschaftsforschenden sein, da eben diese Fachbereiche in der Gesellschaft miteinander wechselwirken und sich gegenseitig beeinflussen. Selbst innerhalb einer Disziplin gibt es unterschiedliche Meinungen zu Methodik und wissenschaftlicher Herangehensweise. Die einzig richtige und klare politische Entscheidung existiert also nicht, sondern nur ein Abwägen der Vorteile

und Nachteile. Für dieses Abwägen hilft es zwar, die verschiedenen Expert*innen-Meinungen zu hören, die tatsächliche Entscheidung muss aber dennoch von der Politik getroffen werden.

Besonders im neoliberalen Zeitalter wird oft auf die Vorteile von sogenannten Expert*innen-Regierungen eingegangen. Expert*innen sind dabei Profis auf ihrem Feld und übernehmen Entscheidungen für die – überspitzt formuliert – „unwissende“ Bevölkerung. Von meiner Annahme ausgehend, dass politische Entscheidungen abzuwägende und komplizierte Beschlüsse sind, lässt sich hinterfragen, ob es wirklich möglich ist, auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse in einem Fachgebiet losgelöst von anderen Fachgebieten zu entscheiden. Lösch kritisiert, dass Expert*innen-Regierungen im Sinne des Neoliberalismus dazu führen, dass das Volk so nicht mehr aktiv in den Prozess des Politikmachens involviert ist und dies so zu einer „Entdemokratisierung“ führt. (vgl. Lösch 2007: 241) Eine Art Technokratie entsteht. Eine Herrschaft der wenigen Wissenden über viele Unwissende. Besonders auf Ebene der EU wird das Öfteren kritisiert, dass die einzelnen politischen Institutionen in Form von Expert*innengremien aufgebaut sind, die im Sinne ihrer Sache entscheiden. (vgl. Eberhardt 2012: 118) So kann auf die verschiedenen Ansichten und Lebensumstände der Bevölkerung und vor allem von Minderheiten nicht mehr eingegangen werden.

Demnach bedeutet ein zu großer Einfluss der Wissenschaft, ausgehend von der Gleichsetzung von Expert*innen mit Wissenschaftler*innen, eine Art „Entdemokratisierung“. Die Perspektive der Bevölkerung wäre so nicht mehr von Nöten. Ohne die Einbeziehung von Wissenschaftler*innen müsste man Entscheidungen nur mehr auf Basis von den Meinungen und Befindlichkeiten der Bevölkerung treffen. Nach meinem Empfinden: beides keine idealen Lösungen. Viel sinnvoller wäre es, eine Balance zwischen Demokratie und Wissenschaft herzustellen: Das heißt ein Grundverständnis für die Vorteile von wissenschaftlichem Erkenntnisgewinn in der Bevölkerung zu verbreiten und so das Ansehen von Wissenschaft zu erhöhen, der Politik

wissenschaftlich beratend zur Seite zu stehen und gleichzeitig die Lebensrealitäten der Bevölkerung in die Wissenschaft zu integrieren bzw. dem Volk oder den vom Volk gewählten Vertreter*innen die Entscheidungsvollmacht zu überlassen. In diesem Sinne kann man sich fragen: Ist eine demokratische Politik mit Wissenschaft überhaupt zu vereinbaren? Aus meiner Sicht nur dann, wenn Wissenschaft nicht die einzige entscheidende Instanz ist. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse einzelner Fachgebiete sind zwar notwendig, um politische Entscheidungen zu Gunsten der Bevölkerung zu treffen, Wissenschaft alleine kann aber nicht als einziger Entscheidungsfaktor dienen. Dafür sind politische Entscheidungen zu komplex und betreffen zu viele Lebensrealitäten und Fachbereiche.

Betrachtet man die Interviews des derzeitigen Bundeskanzlers Sebastian Kurz (ÖVP) der letzten Monaten, so hat man oft den Eindruck, als gäbe es nur *eine* Wissenschaft und diese biete die bereits thematisierte „eine wahre Lösung“. Zur Veranschaulichung dient im Folgenden ein Zitat des Bundeskanzlers aus dem *Standard* vom 10. Dezember 2020:

„Diese eindeutigen und mutigen Aussagen der Wissenschaft“, sagte Kurz, „sind hilfreich und unterstreichen die Notwendigkeit, dass die Politik konsequent handeln muss. Jeder, der uns damals für harte Maßnahmen kritisiert hat, sollte die Empfehlungen der deutschen Wissenschaft endlich zur Kenntnis nehmen und die richtigen Lehren daraus ziehen.“

(*Standard online*, 2020)

Hier betont der Bundeskanzler wie so oft die Bedeutung der Wissenschaft in der Corona-Politik. Es stellt sich mir nur die Frage: Was ist denn diese sagenumwobene Wissenschaft, welche die Lösung für alle politischen Fragen in der Corona-Krise bietet. Ist nur Medizin Wissenschaft? Gehören nur Naturwissenschaften zur Wissenschaft? Sind nur quantitative Methoden bestimmend für Wissenschaft? Wissenschaft wird hier als vereinfachender Begriff zur Lösungsmöglichkeit für

jedes Problem verwendet. Sie wird hier aber meines Erachtens mit Medizin gleichgesetzt. Sicherlich ist es in den Naturwissenschaften leichter, zu eindeutigeren Ergebnisse zu kommen. Die Medizin ist aber nicht losgelöst von anderen wissenschaftlichen Feldern, welche sie beeinflussen.

Es wirkt so, als könnte man auf diese Weise in der Politik die Wissenschaft als populistisches Instrument missbrauchen. Wird ein Fehler gemacht, ist es nicht mehr die Verantwortung des/der Politiker*in, sondern Schuld sind die faktenbasierten Ergebnisse der Forschung. Wissenschaft ist immer wahr, so der Trugschluss, welcher so auch der Bevölkerung vermittelt werden kann. Mein Eindruck ist, dass persönliche Fehler, aber auch Rechtfertigungen der Politiker*innen die Möglichkeit bieten, auf diese Weise leicht beantwortet zu werden. Vermeintlich absolute Fakten sind in der Lage, Kritik zu relativieren.

Um die Frage zu klären, ob die Wissenschaft zu Zeiten der Corona-Pandemie wirklich Höchstleistungen in der Politik vollbracht habe, möchte ich den derzeitigen wissenschaftlichen Stand zur Klimakrise bezogen auf Wissenschaft und Politik beleuchten. Hier möchte ich herausfinden, ob sich wirklich ein höherer Einfluss der Wissenschaft auf Politik in der Corona-Krise zeigt.

Tony Hermann et al. (2012: 21) kommen zur Erkenntnis, dass es durchaus diverse Akteur*innen gibt, welche die Politik im Feld der Umweltpolitik in Österreich beraten und Erkenntnisse mit der Politik teilen.

Die „neo-korporatistischen Interaktionsmuster“ werden hier betont. Das heißt, dass Sozialpartnern und der Verwaltung eine maßgebliche Rolle im Prozess zukommt. Außerdem wird auf den großen Einfluss von „informellen Kontakten“ eingegangen. (vgl. Tony Hermann et al. 2012: 21) Bei der Betrachtung der Ergebnisse des Diskussionspapiers zeigt sich, dass bereits im Jahr 2012 die Wissenschaft in Form der Klimapolitik Eingang in die Politik gefunden hat. Jetzt zu behaupten, die Corona-Pandemie wäre die „Sternstunde der Wissenschaft“ in der Politik, würde aus meiner Sicht die bereits erzielten Einflüsse der Wissenschaft wie zum Beispiel in der Klimapolitik schmälern.

Zusammenfassend kann man sagen, dass der Einfluss der Wissenschaft in der Corona-Pandemie in der Politik meiner Ansicht durch die in den Medien vereinfachte Darstellung von Wissenschaft in der Politik „überbetont“ wird. Der Einfluss von Wissenschaft in der Politik hat, wie die Studie von Tony Hermann et al (2012: 21) beweist, bereits 2012 auf Ebene der Umweltpolitik in Österreich stattgefunden. Unterschied ist nach meinem Ermessen die unterschiedliche mediale Aufmerksamkeit, welche den Themen in Bezug auf Wissenschaft geschenkt wird. Der Eindruck entsteht, dass Wissenschaft vereinfacht und absolut von Politiker*innen dargestellt wird, um politische Entscheidung „faktenbasiert“ zu rechtfertigen.

Anna-Katharina Wintersteller studiert im Bachelor Politikwissenschaft an der Universität Wien und Lehramt für die Primarstufe an der KPH Wien.

Literatur

Bogner, Alexander (2021): *Die Epistemisierung des Politischen. Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet: [Was bedeutet das alles?]*, Stuttgart, Germany: Reclam.

Eberhardt, Pia (2012): Lobbyismus und europäische Postdemokratie, in: Forschungsgruppe

Staatsprojekt Europa (Hrsg.), *Die EU in der Krise: Zwischen autoritärem Etatismus und europäischem Frühling*, 1. Aufl., Münster, Deutschland: Westfälisches Dampfboot, S. 102–122.

Lösch B. (2017) Die neoliberale Hegemonie als Gefahr für die Demokratie. In: Kritik des Neoliberalismus. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden. https://doi.org/10.1007/978-3-531-20006-4_4

Müller, Walter (2020): Wissenschaft zur Pandemiebekämpfung: Des Kanzlers neue Freunde - derStandard.at, in: DER STANDARD, [online]

<https://www.derstandard.at/story/2000122397782/> [14.02.2021].

Tony Hermann, Andrea/Anja Bauer/Michael Pregnering/Sabine Reinecke/Karl Hol/Till Pistorius (2012): Die Interaktion von Wissenschaft und Politik in der österreichischen Klimapolitik, in: *boku.ac.at*, [online] https://boku.ac.at/fileadmin/data/H03000/H73000/H73200/ReSciPI/Diskussionspapier_ReSciPI_Klimapolitikberatung_in_Österreich.pdf [14.02.2021].

Krise der Öffentlichkeit?

Das komplexe Verhältnis von Öffentlichkeit und Demokratie in der aktuellen Situation einer weltweiten Pandemie

Lina Schmid & Kyra Schmied

Im Frühjahr 2021 wird der vierte Lockdown in Österreich verordnet – zumindest gilt er für Wien und Niederösterreich. Aufgrund der pandemischen Situation wird der Zugang zu öffentlichem Raum eingeschränktⁱ. Treffen zwischen Personen aus mehr als zwei Haushalten sind untersagt, Lokale haben geschlossen, genauso Orte für Kunst- und Kulturveranstaltungen wie Clubs, Theater, Museen. Versammlungen sind grundsätzlich gestattet, allerdings nur unter Einhaltung der Schutzmaßnahmen – so zumindest die Theorie. Im Kontext dieser epidemiologischen Krise wollen wir untersuchen, was diese Veränderung des Zugangs zu Öffentlichkeit mit Politik und Demokratie macht. Für konkrete Beispiele beziehen wir uns in diesem Artikel hauptsächlich auf die Situation in Österreich, die theoretischen Perspektiven, die wir heranziehen, sind stark europäisch geprägt. Dabei wollen wir zunächst den Begriff der Öffentlichkeit aufarbeiten und zugleich darauf hinweisen, dass, nur weil etymologisch „offen“ in ihr steckt, Öffentlichkeit keinesfalls für alle gleichermaßen zugänglich ist. In diesem Sinne nehmen wir auch die vergeschlechtlichte Komponente von Öffentlichkeit in den Blick. Des Weiteren gehen wir der Frage nach, was mit Öffentlichkeit während der Corona-Pandemie passiert, wer sich wie Zugang zu Öffentlichkeit verschafft und was es für das Verhältnis von Körper und Raum sowie Körper und Politik bedeutet, wenn der öffentliche Raum aus virologischer Perspektive als Gefahr dargestellt wird.

Ein Begriff von Öffentlichkeit

Was ist also diese Öffentlichkeit, die wir als krisenhaft beschreiben? Wir gehen davon aus, dass Öffentlichkeit aus dem komplexen Zusammenspiel

dreier Komponenten erwächst. Diese Dimensionen sind ineinander verschränkt und bedingen sich gegenseitig, dementsprechend nehmen wir hier nur eine analytische Trennung vor, welche nie ganz trennscharf sein kann.ⁱⁱ Zum einen besteht sie aus dem öffentlichen Raum in seinem wörtlichen Sinne – also aus Straßen, Plätzen, Gebäuden, die einer Allgemeinheit zugänglich sind – oder eben sein sollten. Zum anderen (eine) diskursive Öffentlichkeit(en), die Austausch, Streit und in der idealistischen und idealisierten Vorstellung (etwa Rousseaus) die Bildung eines allgemeinen Willens ermöglichen. Die dritte Komponente vereint die beiden Sphären durch eine inhaltliche Stoßrichtung: Die *res publica* bezeichnet die öffentliche Sache, also den Stoff, der offenbar alle etwas angeht. So sehr sich Öffentlichkeit auf Ausverhandlung richtet, ist sie selbst Ergebnis und Prozess einer zeit-räumlich spezifischen Aushandlung und somit einerseits inhärent politisch und andererseits machtvoll strukturiert. Was öffentlich ist, ist nicht *per se* gegeben, sondern es werden Räume geöffnet (und auch wieder geschlossen), Diskurse geführt und Inhalte thematisiert. Diese Ausverhandlung kann dabei unter demokratischen Bedingungen stattfinden, unter Einschluss eines sich immer wieder konstruierenden *Demos*. Sie kann auch das Produkt von Widerstand gegen illiberale bis totalitäre Tendenzen sein. Insofern kann Öffentlichkeit nicht als ahistorisches Konzept verstanden werden. Vielmehr wird sie sozial hervorgebracht und ist dementsprechend in gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet. Was öffentlich ist – räumlich, diskursiv und inhaltlich –, ist also immer schon von Ein- und Ausschlüssen geprägt. Wer und was in welcher Weise überhaupt zur Sprache kommen kann, ist demnach das prekäre Produkt

gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse. Feministische Analysen haben dabei einen wesentlichen Anteil an einer differenzierten Perspektive auf Öffentlichkeit geleistet. Während in eurozentristischen liberalen Theorien, unter anderem mithilfe von Vertragstheorien, individuelle Freiheit und aus dieser resultierende grundsätzliche Zugänglichkeit zu Öffentlichkeit postuliert werden, verweist beispielsweise Birgit Sauers (2001) Begriff des liberalen Trennungsdispositivs auf den androzentristischen blinden Fleck. Die Zuschreibungsketten von weiblich*-reproduktiv-privat-sozial und männlich*-produktiv-öffentlich-politisch materialisieren sich in vielfältiger Weise: etwa in Gesetzen, welche die Abhängigkeit von (Ehe-)Frauen* reguliert haben, in der kapitalistischen Arbeitsteilung, welche Frauen* aufgrund der ihnen zugeschriebenen affektiven Biologie vor allem Reproduktionsarbeit zuweist (neben unterbezahlter Produktionsarbeit), oder im ungleichen, sogenannten „allgemeinen“ Wahlrecht, welches tatsächlich lange Zeit nur für Männer* galt.ⁱⁱⁱ Als solches muss der Begriff und die Bedeutung von Öffentlichkeit in der europäischen Moderne als historisch konträr zum Privaten gewachsen verstanden werden. Auch wenn sich die konkrete Form und Ausverhandlung im Neoliberalismus verändert hat, so werden Öffentlichkeit und Privatheit weiterhin in dieses binäre, dichotome und vergeschlechtlichte Verhältnis zueinander gesetzt.

Dieses abstrakte Herantasten an das, was Öffentlichkeit eigentlich ist oder sein sollte, leitet uns nun zu der Frage über, wie Öffentlichkeit im Kontext der Corona-Pandemie ausverhandelt wird: Was passiert mit Öffentlichkeit während der Pandemie?

Pandemie und Öffentlichkeit: Versuch einer Problematisierung

Wir wollen uns also im Folgenden anhand der drei ausgemachten Aspekte von Öffentlichkeit (öffentlicher Raum, diskursive Öffentlichkeit, *res publica*) mit ihrem Verständnis in der Pandemie beschäftigen.

Ausgangsbeschränkungen, Lockdown von Kultur, Gastronomie und sozialem Zusammenkommen: Im Versuch der Bekämpfung der Pandemie spielt die Regulierung der räumlichen Ordnung eine ganz wesentliche Rolle. Ganz explizit wird der Zugang zum öffentlichen Raum beschränkt und dieses Zugänglichkeitsregime polizeilich durchgesetzt. Dabei wird sichtbar, was sonst oft unsichtbar bleibt: Der öffentliche Raum ist ganz grundsätzlich von einer ungleichen Zugänglichkeit geprägt, die immer eine politisch Ausverhandelte ist. In der konkreten Situation der Pandemie wird der öffentliche Raum als Ort und Hort der Gefahr (des Infektionsgeschehens) dargestellt und verkommt so zu einer Art Passage, indem er auf den reinen Durchgang reduziert wird. Diese Reduktion ist jedoch nicht einfach als epidemiologische Notwendigkeit zu erklären, sondern muss, wie wir es bereits in Bezug auf die Kontingenz von Öffentlichkeit weiter oben angesprochen haben, in ihrem konkreten historischen Kontext, in ihrem Verhältnis zur Gesellschaft gesehen werden. Eingebettet in kapitalistische Verhältnisse fungiert der öffentliche Raum als Schleuse, die gewisse Mobilitäten ermöglicht und erleichtert sowie andere erschwert oder verunmöglicht. Um „die Wirtschaft“ aufrechtzuerhalten werden neben Kapitalfluss in Milliardenhöhe Richtung Privatwirtschaft auch Wege zu Lohnarbeit und Konsum im Sinne der Befriedigung von als notwendig erklärten Bedürfnissen ermöglicht beziehungsweise erzwungen.^{iv} Der öffentliche Raum wird auf einen Passagenort für Arbeits- und Konsumkraft reduziert. Dass diese Mobilitäten politisch reguliert werden, zeigt sich in aller Deutlichkeit etwa daran: Die Flüge, die stattgefunden haben, waren einerseits die für als wichtig erachteten Geschäftsreisen und andererseits diejenigen, mit denen Personen an unsichere Orte abgeschoben wurden.

Wird der öffentliche Raum in der Pandemie zum Gefahrenraum erklärt, wird gleichzeitig der private Raum als vermeintlich sicherer Raum konstruiert. Dieses prekäre und nach wissenschaftlichen Erkenntnissen auch nur vermeintliche Sicherheitsregime misst sich dabei lediglich an der Eindämmung des Virus. Was abseits davon gerade

in Unsicherheit gerät, bleibt weitgehend unsichtbar: psychische Gesundheit, mehrfache körperliche und emotionale Aus- und Belastung, ökonomische und soziale Sicherheit und Absicherung, Schutz vor häuslicher Gewalt, zunehmende Beschwerden durch verschobene Behandlungen langfristiger Krankheiten, etc. Auch hier wird deutlich: Das (neo-)liberale Trennungsdispositiv von Öffentlichkeit und Privatheit verortet das Soziale als Reproduktionskategorie im Privaten und daher in Eigenverantwortung.

Trotz dieser Erklärung des öffentlichen Raums zum Gefahrenraum zeigt sich in gewisser Weise eine (Wieder-)Aneignungsbewegung öffentlicher Plätze durch und für die Allgemeinheit. Die Schließung vieler Konsumräume wie etwa Restaurants und Bars haben im Zusammenspiel mit der Beengtheit des Wohnraums und der geringeren Infektionsgefahr in Außenräumen dazu geführt, dass vermehrt Plätze, Straßen und Parks für das alltägliche Leben genutzt wurden und werden. Der Wunsch nach einer räumlichen Umverteilung wird gemeinsam mit dem Wunsch nach konsumfreien, sozial-ökologisch verträglich umgestalteten Räumen lauter. Doch auch hier zeigt sich, dass diese Nutzungen politisch und repressiv unterbunden werden. In Graz wurden beispielsweise skateboardfahrende Jugendliche von der Innenstadt an den Stadtrand verbannt.^v Auch die drohende polizeiliche Repression und hohen Strafen bedingen die Art, wie und von wem öffentlicher Raum genutzt wird und welche Aneignungsversuche torpediert werden: Gerade Parknutzer*innen und darunter besonders Mädchen* wurden stärker aus dem öffentlichen Raum verdrängt.^{vi} Selbst wenn also widerständige Aneignungsformen aus unhaltbaren Zuständen (beengten Wohnverhältnissen) oder als logische Konsequenz (geringere Infektionsgefahr im Außenraum) erwachsen, wird der Zugang zu öffentlichem Raum strukturiert und kontrolliert.

Alternativlose Öffentlichkeit?

Zugänglichkeit spielt auch in Bezug auf die diskursive(n) Öffentlichkeit(en) eine Rolle. Wer worüber in welcher Weise sprechen kann (und dabei auch gehört wird), unterliegt genauso machtvollen Verhältnissen. In der Pandemie zeigt sich das auf

vielfältige Weise. Die Pandemie beherrscht nicht nur die soziale und gesundheitliche Situation, sondern beinahe den gesamten öffentlichen Diskurs. Paradox ist dabei die oft unzulängliche und unhinterfragte (Informations)Vermittlung zwischen wissenschaftlichem, politischen und gesellschaftlichen Diskurs.^{vii} Der Diskurs verliert so in gewisser Weise seine Diskurshaftigkeit im Sinne einer konsequenzhaften und tatsächlich auseinandersetzen Kommunikation und dient somit nur mehr der Legitimation einer bestimmten Politik. Er verliert also seinen politischen Charakter, das heißt seine konfliktreiche Auseinandersetzung. Deutlich wird das auch im Hinblick darauf, welche Vorschläge im Umgang mit der Pandemie gehört werden. Die Stilisierung der Pandemie als rein objektive Gesundheitskrise verlangt nach einer vermeintlich ebenso technokratisch-wissenschaftlichen Antwort. Dabei wird eine Alternativlosigkeit im Umgang mit der Krise postuliert, die die dahinterstehende Politik entpolitisiert. Dem unterliegt nicht nur ein stark verkürztes Krisenverständnis, sondern auch die Annahme einer völlig objektiven und undebattierbaren Wissenschaft. Das Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik ist damit ein von Widersprüchen Geprägtes. Dem gegenüber stehen teilweise zivilgesellschaftliche Wünsche nach einer Expert*innenregierung, die als fehlerlose Alternative zur fehlerhaften Regierungspolitik imaginiert wird. Solche Vorstellungen laufen nicht nur der Demokratie zuwider, sondern ganz grundlegend dem Politischen selbst, das an sich als immer Experimentell-Offenes, sowie aus radikaldemokratischer Perspektive Offen-zu-Bleibendes und somit immer potentiell Fehlerhaftes zu begreifen ist.

Aus_verhandelt?

Im Anschluss an dieses Verständnis von Öffentlichkeit und seinem Verhältnis zu Politik stellt sich also auch ganz grundsätzlich die Frage der Zugänglichkeit von Öffentlichkeit – also in gewisser Weise: Wie öffentlich ist die Öffentlichkeit? Die pandemische Krise verlangt oft unmittelbare politische Reaktion. Dabei wird das schnelle Setzen von Maßnahmen zur Eindämmung des Virus oft einem langwierigen öffentlichen Aushandlungsprozess übergeordnet. Nach über einem

Jahr Krise wird jedoch klar: Das was eigentlich *qua* ihrer Sache nach Öffentlichkeit und demokratischer Ausverhandlung verlangt – die *res publica*, die Regelung des allgemeinen Daseins und Zusammenlebens – ist nicht so öffentlich und zugänglich, wie sie zu sein scheint. Unter den veränderten gesellschaftlichen Bedingungen der Pandemie wird auf der einen Seite wieder sichtbar, dass dieses Zusammenleben der Ausverhandlung und gesellschaftlichen Regelung unterliegt und nicht einfach natürlich gegeben ist. Auf der anderen Seite wird durch das Brennglas der Krise auf ganz plastische Weise deutlich, dass erstens die Allgemeinheit – und teils nicht einmal das Parlament, als zumindest in der liberaldemokratischen Vorstellung dafür legitimierte Instanz – wenig davon mitbekommt, was wie und unter welchen Bedingungen ausverhandelt wird. Zweitens ist sie schon gar nicht daran beteiligt – weder in der Gestaltung konkreter Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie noch, wenn es darum geht, wie dieser Aushandlungsprozess überhaupt aussehen soll.

Paradoxerweise können wir hier also fragen: Wo steckt das Demokratische der Demokratie – wo das Öffentliche an der Öffentlichkeit?

Öffentlichkeit – Demonstration – Demokratie?

Abseits von dem soeben genannten Verhältnis von (Regierungs)Politik und Öffentlichkeit gibt es alternative Verständnisse von Letzterer, welche etwa in Demonstrationen erprobt werden. Anhand dieses Beispiels wollen wir nun auf zwei unterschiedliche Demonstrationsformen eingehen, denen wiederum unterschiedliche Perspektiven auf Öffentlichkeit zugrunde liegen. Bereits der Begriff der Demonstration, als öffentliche Kundgebung, scheint sowohl linguistisch als auch inhaltlich (wenn auch etymologisch inkorrekt) an der Schnittstelle von *demos* und *demonstrare* zu liegen. Insofern verstehen wir die Demonstration als Performanz eines *Demos*, welche zugleich die Frage nach eben diesem *Demos* aufwirft: Welcher *Demos* wird dargestellt? Und welches Verständnis von Demokratie geht damit einher? Am Beispiel einerseits der Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen, andererseits der

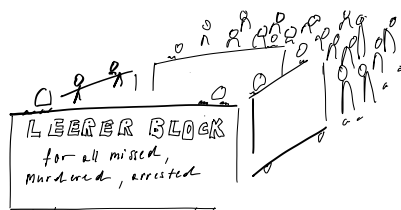
Praxis des „leeren Blocks“ wollen wir unterschiedliche Gegenentwürfe zur Nutzung und zum Umgang mit Öffentlichkeit darstellen.

Demonstrationen wirken als Interventionen in den öffentlichen Raum und können *per se* als Zeichen von Demokratie gedeutet werden. Zugleich muss aber ebenso darauf hingewiesen werden, dass ihre demokratische Andeutung keinesfalls anti-demokratische Ausführungen sowie anti-demokratische Inhalte ausschließt. Insofern ist, wenn auch Öffentlichkeit für Demokratie einen zentralen Stellenwert hat, ihre Nutzung nicht gleich demokratisch. Im Gegenteil ließe sich vielleicht auch die These aufstellen, dass gerade so ein instrumentelles Verständnis von Öffentlichkeit den demokratischen Gehalt unterminiert. Dieses widersprüchliche Verhältnis von Demokratie und Öffentlichkeit offenbart sich in den Demonstrationen der selbsternannten Querdenker_innen. Dabei wird der öffentliche Raum durch eine explosive Mischung aus Bürger_innen mit verschwörungstheoretischen bis rechtsextremen Positionen eingenommen und stark durch ebendiese rechtsextremen Gruppen organisiert, strukturiert und angeführt.^{viii} Sowohl die Durchführung der Demonstrationen als unsolidarische Öffentlichkeit als auch die transportierten Inhalte verweisen auf eine antidemokratische Stoß- und Ausrichtung. Wenn wir auch zuvor den widersprüchlichen Zugang zu Wissenschaftlichkeit und ihrer vermeintlichen Objektivität und Fehlerfreiheit beanstandet haben, so ist derzeit davon auszugehen, dass sowohl das Einhalten physischer Abstände als auch das Tragen von Masken maßgeblich zur Eindämmung des Infektionsgeschehen beitragen.

Doch weder das eine noch das andere wird auf diesen Demonstrationen beachtet. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall: Bewährte wissenschaftliche Erkenntnisse werden als diktatorische Maßnahmen und in einem umfassenderen Narrativ als Teil einer weltweiten Verschwörung, die einen Bevölkerungsaustausch oder Ähnliches plane, imaginiert. So wird zwar kritisiert, dass die Maßnahmen der Regierung nicht demokratisch sind, doch die Antwort ist nicht mehr Demokratie im Sinne von mehr Solidarität, indem der Zugang zum öffentlichen Raum und

öffentlichen Diskurs allen ermöglicht oder diese Ermöglichung zumindest eingefordert wird, sondern diese öffentliche Raumnahme produziert im Gegenteil Ausschlüsse. Ebenso sind die Inhalte von solchen Ausschlussmechanismen geprägt. Gerade gruppenbezogene Diskriminierungen und Menschenfeindlichkeit, wie sie sich im Zerreißen der Regenbogenflagge am 5. September 2020 am Wiener Karlsplatz^{ix} besonders anschaulich zeigte, verweisen auf die antidemokratische Ausrichtung. Die öffentliche, allgemeine Sache, die *res publica*, verkommt so zu einer Sache der Wenigen, die für sich mehr Rechte, mehr Freiheit oder Mitsprache einfordern, im selben Moment aber ein unsolidarisches Verhalten an den Tag legen. Gerade in der vergleichenden Betrachtung der Praxis der sogenannten Querdenker*innen und der Praxis der „leeren Blöcke“ wird deutlich, wie unterschiedlich mit der Schaffung von oder dem Intervenieren in Öffentlichkeiten umgegangen werden kann. Während die eben beschriebenen Praxen zwar nach Freiheit und Demokratie schreien, verschließen sie in ihrem Verhalten den Raum dafür und unterminieren somit ihre eigenen Forderungen. Im Nicht-Anerkennen (oder -Erkennen) der ganz grundsätzlich (und nicht nur in Zeiten der Pandemie) unterschiedlich verteilten Vulnerabilität und der damit einhergehenden unterschiedlichen Zugänglichkeit zu öffentlichem Raum wird jede Forderung nach mehr Gleichheit, Freiheit und Selbstbestimmung in Unsolidarität verwirkt.

Die Praxis „leerer Blöcke“ versucht genau diesen den öffentlichen Raum ganz grundlegend strukturierenden Aspekt der unterschiedlichen und dennoch geteilten Vulnerabilität sichtbar zu machen. Innerhalb von Demonstrationen werden dabei ganz bewusst Abschnitte leer gehalten, um einen symbolischen Raum für diejenigen zu schaffen, die nicht an der Demonstration teilnehmen können.



„Leerer Block“ (Grafik: Schmid & Schmied)

Wer sich der Exponiertheit des öffentlichen Raums aussetzen kann, hängt wesentlich von der konkreten, immer machtvollen und oft gewaltsamen Formierung des öffentlichen Raums ab. Mit dem Bilden eines leeren Blocks wird genau jenen Personen und Inhalten explizit Raum gegeben, die aus unterschiedlichen Gründen in der hegemonialen Öffentlichkeit sonst keinen Platz finden. Das „Wir sind nicht alle!“ verweist dabei auf die inhärente Verknüpfung von Öffentlichkeit und Vulnerabilität. Das darauf folgende „es fehlen die Gefangenen“ deutet dabei auf inhaftierte Personen, die ganz plastisch und gewaltsam räumlich gebunden werden, wodurch ihre Präsenz im öffentlichen Raum und ihre Mitwirkung im öffentlichen Diskurs unterbunden werden.

Im Verlauf des letzten Jahres haben sich im Sinne eines solchen Verweises auf jene, die fehlen, zwei Praxen in Wien etabliert, auf die wir hier exemplarisch eingehen wollen. Genau wie die Demonstrationen gegen die Corona-Maßnahmen formulieren und stellen diese Praxen ein alternatives Verständnis von Öffentlichkeit dar, jedoch ist sowohl die Ausformung und Ausrichtung als auch die inhaltliche Füllung eine strikt Konträre. In Anlehnung an lateinamerikanische Kämpfe gehen seit knapp einem Jahr Feminist*innen in Wien nach jedem verübten Femizid auf die Straße, um der hegemonialen Öffentlichkeit, die Femizide – die herrschenden patriarchalen Verhältnisse leugnend – als „Beziehungsdramen“ oder „Eifersuchtsmorde“ der Privatheit zuschreibt, entgegenzuwirken.

Im Zuge der Demonstration des 8. März 2021 wurde auch dort ein leerer Block gebildet, also eine Öffentlichkeit für jene Frauen*, Lesben, inter, nicht-binäre und trans Personen (F*LINTs), welche aufgrund ihrer Ermordung nicht mehr in der Öffentlichkeit stehen können. Statt das liberale Trennungsdispositiv also zu reproduzieren, findet durch die Sichtbarmachung der unsichtbar gemachten F*LINTs und Femizide ein Bruch mit dieser Anordnung statt: Die strikte Trennung zwischen privat und öffentlich sowie ihre vergeschlechtlichten Zuschreibungen werden hinterfragt. Ein weiteres Beispiel sind die 24-Stunden-Betreuer*innen. Die Darstellung ihrer Abwesenheit verweist auf die prekären Verhältnisse ihrer Beschäftigung, aufgrund welcher sie wenige Möglichkeiten haben, die vermeintlich private Sache

der Care-Arbeit in die Öffentlichkeit zu tragen. Leere Blöcke für illegalisierte Migrant*innen haben sich bis jetzt noch nicht als Praxisform in Österreich etabliert, sie haben allerdings das Potential auf deren Vulnerabilität angesichts der drohenden Gefahr von Repression und/oder Abschiebung zu verweisen. Durch das Repräsentieren deren Exklusion wird die räumliche Ordnung unterbrochen und deren Machtförmigkeit sichtbar. Insofern ermöglichen solche Praxen, alternative Ideen von Öffentlichkeit zu performen, denn sie wehren sich einerseits gegen das Trennungsdispositiv von Produktion-männlich*-öffentlich und Reproduktion-weiblich*-privat. Andererseits befüllen sie das Demonstrieren mit Demokratie. Im Kontext von Demonstrationen während einer Pandemie bedeutet das, dass die demokratischen Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Selbstbestimmung in Form von solidarischen Praxen durch den Verweis auf Vulnerabilitäten (sowohl indem Personen, die nicht da sein können, in die Öffentlichkeit hereingeholt werden, als auch durch das Tragen von Masken und Maßnahmen zur Eindämmung des Virus) forciert werden. Durch diesen Verweis wird das machtvollte Verhältnis zwischen Öffentlichkeit und einer geteilten und doch ungleich verteilten Vulnerabilität sichtbar, die sich historisch-spezifisch in der Intersektion von beispielsweise Kapitalismus, Rassismus und Patriarchat darstellt. Die alternativen und demokratischen Herangehensweisen an Öffentlichkeit verdeutlichen dabei ihre Verwobenheit mit gesellschaftlichen Verhältnissen und ihre Kontingenz. Insofern greift die ausschließliche Rede einer Krise der Öffentlichkeit – wie sie der Titel dieses Artikels suggeriert – zu kurz. In diesem Sprech manifestiert sich nur ein bestimmter Umgang mit ihr, jedoch bleiben demokratische Versuche, alternative Vorstellungen von Öffentlichkeit zu etablieren und zu erproben – wie wir sie am Beispiel der leeren Blöcke probiert haben aufzugreifen –, damit zunächst verdeckt. Was krisenhaft ist, ist also nicht *per se* Öffentlichkeit. Vielmehr führt der hier thematisierte Umgang mit Öffentlichkeit einerseits als Reaktion auf eine spezifisch verstandene Bedrohung, andererseits als antidemokratischer Versuch der Instrumentalisierung, zu ihrer Krisenhaftigkeit. Jedoch, und das gilt es in dieser Analyse zu betonen, ist Öffentlichkeit zu keinem Zeitpunkt selbst fix oder

ahistorisch, sondern immer ein Produkt konkreter gesellschaftlicher Verhältnisse. So ist es auch möglich, in einer demokratischen Demonstration, das heißt in einem radikaldemokratischen Versuch der Etablierung und Ausverhandlung von Freiheit, Gleichheit, Solidarität und Selbstbestimmung, Alternativen zu dieser Krisensituation herauszubilden.

Lina Schmid studiert Politikwissenschaft im Master. Sie setzt sich besonders mit dem politischen Verhältnis von Raum und Körper auseinander.

Kyra Schmied studiert ebenfalls Politikwissenschaft im Master. Derzeit beschäftigt sie sich mit einer feministischen Relektüre der Commune de Paris (1871).

Quellenverzeichnis

Raunig, Gerald / Wuggenig, Ulf (Hg.; 2005): PUBLICUM. Theorien der Öffentlichkeit. Wien: Turia + Kant.

Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt a. M. / New York: Campus

Endnoten

i Siehe dazu bspw. die Berichterstattung des ORF: <https://orf.at/corona/stories/3206653/>, letzter Zugriff 24.5.2021.

ii Wir wollen hier noch anmerken, dass wir eine Trennung aufmachen, um ein bestimmtes Phänomen und ein bestimmtes Verständnis von Öffentlichkeit im Kontext dieser Pandemie zu untersuchen. Diese Trennung ist zwar nicht willkürlich, insofern sie aus einer bestimmten Analyse von Raum entspringt, sie ist aber dennoch nur eine mögliche Analyse. Für weitere Auseinandersetzungen mit Öffentlichkeit verweisen wir bspw. auf den Sammelband PUBLICUM. Theorien der Öffentlichkeit, herausgegeben von Gerald Raunig und Ulf Wuggenig.

iii Wir verwenden das Sternchen (*) nach geschlechtlichen Kategorien wie "Frauen" und "Männer", "weiblich", "männlich", um darauf aufmerksam zu machen, dass es sich dabei um soziale Konstruktionen handelt, welche sowohl materiell festgeschrieben als auch reproduziert werden. Der Unterstrich (.) soll auf die Bandbreite von Geschlecht und geschlechtlicher Identifikation verweisen, insofern wird Geschlecht nicht als binär verstanden.

iv Im Rahmen bundesweiter Hilfspakete wurden rund 50 Milliarden Euro für die Unterstützung der Privatwirtschaft bereitgestellt. Siehe dazu etwa: <https://www.bmdw.gv.at/Themen/International/covid-19/Unterstuetzung-fuer-Unternehmen.html>, letzter Zugriff 24.5.2021.

v Siehe dazu bspw. hier: <https://www.derstandard.at/story/2000126420746>, letzter Zugriff 24.5.2021.

vi Siehe dazu bspw. hier: <https://www.derstandard.at/story/2000122911207/>, letzter Zugriff 24.5.2021.

vii Siehe dazu bspw. hier: <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2102177-Die-blinden-Flecken-der-Pandemie.html>, letzter Zugriff 24.5.2021.

viii Siehe hierzu etwa die Berichterstattung des freien Journalisten Michael Bonvalot: <https://www.bonvalot.net/ein-jahr-corona-aufmaersche-in-oesterreich-984/>, letzter Zugriff 24.5.2021.

ix Siehe hierzu bspw. die Berichterstattung des ORF: <https://wien.orf.at/stories/3065516/>, letzter Zugriff 24.5.2021.

Eine Nation in der Krise

Die USA, Donald Trump und das Kapitol – Inside Trump's Nation

Jana-Sophie Heumader

Am 6. Jänner 2021¹ kurz vor Mittag versammeln sich tausende Menschen bei der Ellipse in der Nähe des Weißen Hauses. Die Veranstaltung läuft unter dem Namen „Save America“. Dort tritt Donald Trump auf und hält eine Rede. (BBC 2021) Es handelt sich um den Tag, an dem der Wahlsieg des zukünftigen US-amerikanischen Präsidenten formell bestätigt werden soll. Donald Trump, als noch amtierender Präsident, hat versucht, seine republikanischen Parteikolleg:innen davon zu überzeugen, das Wahlergebnis nicht anzuerkennen. (Bracholdt et. al. 2021)

Die Anwesenden der Veranstaltung fordert Donald Trump auf, über die Pennsylvania Avenue zum Kapitol zu gehen. Um kurz vor 13 Uhr Ortszeit versammelt sich die Menge auf beiden Seiten des Kapitols, wobei es zu Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstrierenden kommt. Es werden auch Tränengas und Pfefferspray eingesetzt. Da an mehreren Stellen versucht wird vorzurücken, gelingt es den Beamt:innen nicht, die Situation unter Kontrolle zu behalten. Schließlich dringen die Anwesenden am östlichen und später auch am westlichen Eingang in das Gebäude des Kapitols ein.

In Videoaufzeichnungen werden Personen dargestellt, die sich durch die Gänge bewegen und „USA“ oder „Stop the Steal“ rufen. Es werden Aufnahmen öffentlich, die Einzelpersonen zeigen, wie sie beispielsweise am Speaker's Chair oder in Nancy Pelosis Büro sitzen. (BBC 2021) Donald Trump äußert sich via Twitter in einer Videobotschaft zu den Geschehnissen und fordert mit den Worten „Go home. We love you. You're very special“ die Demonstrierenden auf, nach Hause zu gehen. Representative Ted Lieu, der im Rahmen des 2. Amtsenthebungsverfahrens für Trumps Schuldigkeit plädiert, meint dazu, dass eben diese Worte für Trumps Befürwortung der Geschehnisse sprechen und nicht für seine Ablehnung. Ein paar Stunden später tweetet Trump, es handle sich beim

Eindringen ins Kapitol um eine Folge davon, dass der Wahlsieg groß(artig)en Patriot:innen weggenommen worden sei. (Booker 2021)

Nachdem er sich zu den Ereignissen des 6. Jänners äußerte, hat Twitter seinen Account zuerst vorübergehend und dann langfristig blockiert. Weiteres Eskalationspotential bringen Donald Trumps 1781 Tweets mit sich, in denen er davon spricht, dass die Wahl manipuliert oder verfälscht worden sei. Auf verschiedenen Wegen schürte Trump im Vorhinein ein sehr hohes Aggressionspotential. All dies führte dann schlussendlich zu den Geschehnissen des 6. Jänners, wo Trump die Anwesenden mit seiner 71 Minuten langen Rede anspornte.

In der Rede waren die Worte „illegal“, „illegally“ und „fight“, „fighting“, „fights“ mitunter die am häufigsten Verwendeten. Zentral war also die Botschaft, dass der Wahlausgang zugunsten Joe Bidens nicht rechtens gewesen sei und um diese Wahl gekämpft werden müsse. Dies wird sowohl im Vorfeld online als auch vor Ort auf der Veranstaltung „Save America“ von Trump befeuert. (Fuchs 2021:247 ff.)

Im Folgenden soll spezifisch Donald Trumps Definition von Nation in seiner Rede am 6. Jänner beleuchtet werden. Das Wort „nation“ selbst kommt in der Rede von Donald Trump dreimal vor, ebenfalls dreimal in der abgewandelten Form „nation's“ und zweimal als „national“, 43-mal wird „country“ und fünfmal der Plural „countries“ angesprochen (Trump 2021). Hierfür bietet die von Reisigl und Wodak (2001: 48) beschriebene rhetorisch-linguistische Strategie „Collectivisation“ (folgend übersetzt mit Kollektivierung), um Nation zu beschreiben, einen wichtigen Bezugspunkt für die folgende Betrachtung. Es werden Wörter wie „we, us they, them“, etc. verwendet, die Personengruppen zusammenzufassen (ebd.: 48). Die Umschreibung sozialer Akteur:innen

als Entität wird dabei allerdings ohne Präzisierung der Größe beziehungsweise des Umfangs dieser Gruppe gemacht (ebd.: 53). In Trumps Rede wird dies beispielsweise sichtbar durch die 198-malige Verwendung des Wortes „they“ oder der 181-maligen Verwendung des Wortes „we“. Die Zahlen des Wortaufkommens zeigen, dass nicht zwingend explizit vom Begriff der Nation gesprochen wird, sondern kollektivierende Strategien in dieser Analyse zentraler sind.

Grundlegend lassen sich drei große Abgrenzungsstrategien feststellen, worüber der „nation“-Begriff von Donald Trump sich definieren lässt: (1) über jene Akteur:innen, die Teil seines Begriffs von Nation sind, (2) über jene Akteur:innen, die es nicht sind, und (3) die Abgrenzung der eigenen Nation von einer anderen Nation. Diese Abgrenzungen und deren Untergliederung sollen folgend näher beschrieben werden.

Von Freund:innen...

In seiner Rede spricht Donald Trump von und mit jenen sozialen Akteur:innen, die sich größtenteils dadurch auszeichnen, dass sie glauben, der Wahlausgang zugunsten Joe Bidens sei illegitim. Sie wollen sich gegen Korruption aussprechen sowie die Demokratie und somit Amerika retten. Zu diesen Akteur:innen zählen Trump und seine Administration selbst, starke Republikaner:innen (es gibt auch schwache, jene zählen nicht dazu), die Exekutive, amerikanische Patriot:innen und die Anwesenden der Veranstaltung „Save America“, vor denen die Rede gehalten wurde.

Die Trump-Administration wird dahingehend als Teil der Nation gesehen, als dass sie meist dieses kollektivierte „we“ darstellt. Donald Trump schildert an mehreren Stellen seiner Rede die Errungenschaften, die dieses „we“ erreicht hat. So meint er beispielsweise, „Our country has been under siege for a long time. Far longer than this four-year period. [...] We've created the greatest economy in history. We rebuilt our military. We get you the biggest tax cuts in history. Right? We got you the biggest regulation cuts“ (Trump 2021). Außerdem wird hier der ‚nation‘-Aspekt eingangs sehr

gut sichtbar, da mit dem Vergleich einer Belagerung klar wird, dass es sich um eine Bedrohung von außen handelt.

Ein weiterer Teil der Nation Donald Trumps Abgrenzung zufolge sind Republikaner:innen. Allerdings nicht alle Republikaner:innen, sondern jene, die er immer wieder als stark bezeichnet. Diese starken Parteikolleg:innen zeichnen sich dadurch aus, dass sie sich für Trump und seine Wiederwahl aussprechen. Trump bezieht dies in seiner Rede beispielsweise wie folgt mitein: „But we're going to try and give our Republicans, the weak ones because the strong ones don't need any of our help. We're going to try and give them the kind of pride and boldness that they need to take back our country“ (Trump 2021). Reisigl und Wodak (2001: 53) beschreiben „Somatisation“ (folgend übersetzt mit Somatisierung): Hierbei handelt es sich um eine Form von „physical identification“, die Akteur:innen charakterisieren sollen.

Eine weitere Gruppe, die für die Abgrenzung von Trumps ‚nation‘-Begriff benutzt wird, ist die Exekutive. Er erwähnt, wie später veranschaulicht, Soldat:innen, für die er beziehungsweise seine Administration sich eingesetzt haben, und er erwähnt seine Errungenschaften für Veteran:innen. Einmal spricht Trump von verschiedenen Exekutivkräften: „And I'd love to have if those tens of thousands of people would be allowed. The military, the secret service. And we want to thank you and the police law enforcement. [...] But I'd love it if they could be allowed to come up here with us“ (Trump 2021). Ihre Arbeit wird als Dienst am Volk gewertet, wofür ihnen im Zuge der Rede gedankt wird. Dies passt laut Fuchs (2018: 246f.) zu seiner auch sonst sehr patriotischen und nationalistischen Ideologie. Dies deutet unter anderem darauf hin, dass militärische Auseinandersetzung für ihn ein legitimes Mittel zur Konfliktlösung darstellt.

Amerikanische Patriot:innen sind ebenfalls ein Teil von Donald Trumps Narrativ von Nation. Sie lieben ihm (2021) zufolge ihr Land und bestehen auf den einzig legitimen Ausgang der Wahl zugunsten Trumps und der damit einhergehenden Integrität der Republik. „It's just a great honor to have this kind of crowd and to be before you and hundreds of thousands of American

patriots who are committed to the honesty of our elections and the integrity of our glorious republic“ (Trump 2021).

Die letzte festzustellende Abgrenzung von Zugehörigen zur Nation sind die Anwesenden der Veranstaltung „Save America“ am 6. Jänner 2021. Trump (2021) spricht sie direkt an und es wird aufgrund der thematisierten Örtlichkeit oder der zeitlichen Begrenzung bestimmt, dass es sich um die „crowd“ handelt: „We're gathered together in the heart of our nation's capital for one very, very basic and simple reason: To save our democracy.“

...und Feind:innen

Donald Trump sieht in verschiedenen sozialen Akteur:innen eine Gefahr für Amerika, eine Gefahr für die amerikanische Demokratie, Bevölkerung und Zukunft. Diese gehören nicht zu seiner Definition von ‚nation‘ und dazu zählen schwache Republikaner:innen, Demokrat:innen, radikale Linke, die Medien, große Technikunternehmen und Black-Lives-Matter-Aktivist:innen.

Wie bereits vorhergehend beschrieben unterscheidet Trump zwischen starken und schwachen Republikaner:innen, wobei Erstere zur Nation zählen und Letztere nicht. Donald Trump (2021) beschreibt sie wie folgt: „The weak Republicans, and that's it. I really believe it. I think I'm going to use the term, the weak Republicans. You've got a lot of them. [...] They've turned a blind eye, even as Democrats enacted policies that chipped away our jobs, weakened our military, threw open our borders and put America last.“ Diese als schwach charakterisierten Republikaner:innen erkennen Fehler, welche die Demokrat:innen nicht machen. Außerdem erkennen sie den von Trump propagierten Wahlbetrug nicht an und stimmen somit nicht zu seinen Gunsten über die Rechtmäßigkeit des Wahlsiegs ab. Außerdem besitzen sie nicht die Stärke Amerika zu führen und zu einem Besseren zu entwickeln.

Demokrat:innen selbst werden ebenfalls nicht zur Nation selbst gezählt. Dies zeigt sich beispielsweise an dieser Stelle: „In every single swing state, local officials, state officials, almost all Democrats, made illegal and unconstitutional changes to election

procedures without the mandated approvals by the state legislatures. That these changes paved a way for fraud on a scale never seen before. I think we go a long way outside of our country when I say that“ (Trump 2021). Demokrat:innen zeichnen sich dadurch aus, dass sie die Präsidentschaftswahl zu ihrem Vorteil manipuliert haben sollen und Entscheidungen, die für Amerika schädlich sind, treffen. Es handelt sich hierbei nach Reisigl und Wodak (2001: 53) um „party political alignment“, da ein Parteiname als Beschreibung einer Personengruppe gewählt wird.

Bei der Bezeichnung „radical left“ handelt es sich dann um ein „rough political alignment“, was der Polarisierung dient. Es werden Anthroponyme auf die extreme politische Richtung einer Person bezogen und ein negatives Ideologonym verwendet. In seiner Rede spricht Donald Trump (2021) ebenfalls in Bezug auf den Wahlausgang davon: „[...] they want to steal the election. The radical left knows exactly what they're doing. They're ruthless and it's time that somebody did something about it.“

Die Medien sind ein sehr zentraler Akteur und nicht Teil von Donald Trumps ‚nation‘-Begriff. Sie agieren Trumps Argumentation zufolge „unfrei“, „unterdrücken die freie Meinungsäußerung“ und leisten zusätzlich ihren Beitrag zur „Manipulation“ der Wahl. „We don't have a free and fair press. Our media is not free, it's not fair. It suppresses thought, it suppresses speech and it's become the enemy of the people. [...] It's the biggest problem we have in this country“, sagt Trump (2021) in seiner Rede. Konstruiert als Feindbild der Nation und des Volkes werden die Medien nicht als Teil der USA dargestellt.

Dies trifft ebenfalls auf große Technikunternehmen zu: „The media is the biggest problem we have as far as I'm concerned, single biggest problem. The fake news and the Big tech. [...] by surprise and this year they rigged an election. They rigged it like they've never rigged an election before“ (Trump 2021). Nichtsdestotrotz kommt Christian Fuchs (2018: 250) nach seiner Auswertung von 1815 Tweets Donald Trumps zum Schluss, dass dieser sich selbst auf Twitter gerne als „boss, strong leader and authority“ präsentiert, wobei er sich sehr selbstbezogen und

narzisstisch äußert. Obwohl er in seiner Rede die „Big tech“ im Freund:innen-Feind:innen-Schema Letzterem zugeordnet hat, kooperiert er mit ihnen.

Eine einzelne Stelle in der Rede konstruiert Black-Lives-Matter-Aktivist:innen und deren Unterstützer:innen als Nicht-Teil der Nation. Trump (2021) sagt: „You know they wanted to get rid of the Jefferson Memorial. Either take it down or just put somebody else in there. I don't think that's going to happen. It damn well better not. Although, with this administration, if this happens, it could happen.“ In Portland wurde im Herbst 2020 die Statue von Abraham Lincoln und Theodore Roosevelt umgeworfen. Im Zuge der BLM-Proteste kam es landesweit immer wieder zu Forderungen, dass Statuen, die im Zusammenhang mit Versklavung stehen, entfernt werden sollen. (Baker 2020) Es wird zwar nicht direkt ausgesprochen, aber es handelt sich hierbei Reisigl und Wodak (2001: 53) zufolge um „political actionalisation“ also Anthroponyme, die sich auf die politische Aktivität von Personen beziehen. Luvena Kopp (2016: 261) schreibt, dass es sich bei „politische[r] [und] sozialer Ausgrenzung“ Schwarzer Amerikaner:innen um die eugenische Idee handelt, dass das Nationale geschützt werden müsse. Dies kann in diesem Fall auch auf die Kultur bezogen werden. Donald Trump spielt darauf an, dass Personen wie Washington und Jefferson oder Lincoln so zentral für die nationale Identität seien, dass der Personenkult um sie keinesfalls hinterfragt werden dürfe. Weiters werden Ansprüche der Schwarzen-Community und ihre Kultur nicht als Teil der Nation gesehen.

So sind wir (nicht) – Abgrenzung der eigenen Nation zu anderen Nationen

Donald Trump nutzt die Unterscheidung der USA von anderen Nationen einerseits, um auf die „gestohlene“ Wahl hinzuweisen. Andererseits nimmt er diese Differenzierung in Bezug auf die „unfairen“ und „unfreien“ Medien in den USA vor. Hierbei werden zwei Argumentationslinien verfolgt: Eine Abgrenzung zu „third-world countries“ und die Unterscheidung der USA von einem „communist country“.

Ersteres ist sehr von einem post-kolonialen Blick geprägt. So sagt Trump über die ihm zufolge unglaublichen 80 Millionen Computerstimmen von Joe Biden: „It's a disgrace. There's never been

anything like that. You could take third-world countries. [...] Their elections are more honest than what we've been going through in this country. It's a disgrace. It's a disgrace“ (Trump 2021). Es wird in der Rede nicht spezifiziert, um welche Staaten es sich handelt, aber es wird eine grundlegend asymmetrische Beziehung zwischen „third-world countries“ und den USA angenommen. Die Vereinigten Staaten haben dabei eine hegemoniale Vormachtstellung. Dieser Logik folgend ist es eine Schande, schlechter zu sein als jene „third-world“-Staaten. Es schwingt mit, was Edward Said (2003) als Orientalismus beschrieben hat: In diesem Fall geht es allerdings nicht um den konstruierten Orient an sich, sondern eben um die nicht definierten „third-world countries“. Der Mechanismus dahinter scheint allerdings der Gleiche zu sein: Das Irrationale, Zurückgebliebene, Kindische und Andere wird mit diesen Ländern der „third-world“ gleichgesetzt. In Sais Theoretisierung von Orientalismus entsprechen diese Zuschreibungen dem Orient. Das Rationale, Virtuose, Zurechnungsfähige und Normale trifft für gewöhnlich auf Amerika zu. Bei Said entsprechen diese Attribute dem Okzident beziehungsweise Europa. Said schreibt außerdem in der Einleitung von „Orientalism“, dass die Motivation, dieses Buch zu schreiben, seine persönliche Erfahrung war. Als arabischer Palästinenser in Amerika ist es ein unausgesprochenes Übereinkommen, dass er politisch nicht existiert. Wenn er von Relevanz ist, dann in einem schädlichen Zusammenhang oder als ein „Orientalischer“. Zentral hierfür ist „[t]he web of racism, cultural stereotypes, political imperialism, dehumanizing ideology“.

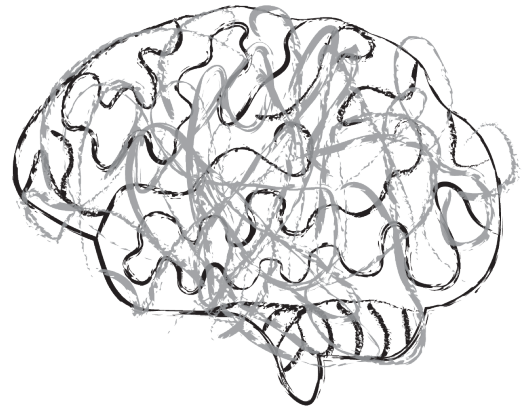
Einmalig nimmt Trump eine Abgrenzung Amerikas zu kommunistischen Ländern vor. Er spricht davon, dass die „corrupt, fake news media“ den Austausch und Diskurs mit ihm unterdrücken würden. „You know, they had their point of view, I had my point of view, but you'd have an argument. Now what they do is they go silent. It's called suppression and that's what happens in a communist country“ (Trump 2021). Der Konservatismus in den USA hat nach Kriegsende und in der Eisenhower-Ära sehr vom Antikommunismus profitiert. Der Antikommunismus

konnte in allen westlichen Demokratien, also auch in Amerika, grundlegend „das bürgerlich-konservative Parteienspektrum“ vereinen. Es pathologisierte sich damit einhergehend allerdings das tiefe Misstrauen und die Angst vor dem Kommunismus. (Lütjen 2016: 26ff.) Schlechtes, in diesem Fall die Medien, wird auch von Trump aufgrund des „wie in kommunistischen Ländern“ mit Kommunismus gleichgesetzt. Es bedarf also des antikommunistischen Konsenses zwischen den Zuhörer:innen (den Anwesenden der Veranstaltung „Save America“) und dem Sprecher (Donald Trump).

Trumps Nation – männlich, weiß, militant, rassistisch, psychisch und physisch gesund

Abschließend lässt sich feststellen, dass Donald Trumps „nation“-Begriff sehr exklusiv ist. Darin eingeschlossen sind seine Unterstützer:innen, alle, die ihm nützen und die seiner politischen Agenda entsprechen. Ausgeschlossen werden Kritiker:innen und alle, die nicht Subjekt seiner Politik sind. Die Unterscheidung von schwachen und starken Republikaner:innen hat mehrere problematische Dimensionen: Einerseits legt eine stark-schwach-Dichotomie immer eine Geschlechterperspektive nahe. Männern/Männlichkeit wird in dieser binären Differenzierung Ersteres und Frauen/Weiblichkeit Zweiteres zugeschrieben. Andererseits werden beispielsweise Menschen ausgeschlossen, denen scheinbar körperliche oder mentale Stärke fehlt – alte Menschen, Menschen mit Behinderung oder Menschen mit psychischer Erkrankung. Wenn die grundlegende Konfliktlösungsstrategie außerdem die militärische Auseinandersetzung ist, bleibt die Teilnahme daran all diesen Gruppen explizit und systematisch verwehrt. Das bewusste Ausklammern von Black-Lives-Matter-Aktivist:innen und das Abwerten sogenannter „third-world countries“, legt ein exklusiv als weiß propagiertes Regime nahe.

Jana-Sophie Heumader studiert Politikwissenschaft und Publizistik und schreibt außerdem für klammerauf.at.



Literaturverzeichnis

¹ Auf eine Begriffsdiskussion, ob es sich hierbei um einen Ansturm, einen Aufstand oder Ähnliches gehandelt hat, kann im Rahmen dieses Beitrags nicht eingegangen werden. An anderer Stelle wäre die Analyse des Machtpotentials dieser Vorkommnisse aber lohnenswert.

Baker, Mike (12.10.2020): Protesters in Portland Topple Statues of Lincoln and Roosevelt. New York Times, <https://www.nytimes.com/2020/10/12/us/portland-lincoln-statue-roosevelt.html>, (Zugriff: 03.05.2021).

BBC (07.01.2021): Capitol riots: A visual guide to the storming of Congress. BBC, <https://www.bbc.com/news/world-us-canada-55575260>, (Zugriff: 03.05.2021).

Booker, Brakkton (11.02.2021) House Democrats Use Trump's Own Words To Argue He Showed No Remorse After Attack. NPR, <https://www.npr.org/sections/trump-impeachment-trial-live-updates/2021/02/11/967034292/house-democrats-use-trumps-own-words-to-argue-he-showed-no-remorse-after-attack>, (Zugriff: 01.05.2021).

Bracholdt, Claudia et al. (07.01.2021): Die Rede, der Mob und die Erstürmung. Die Zeit, <https://www.zeit.de/politik/ausland/2021-01/sturm-us-kapitol-ausschreitungen-ereignisse-grafiken-video-karte>, (Zugriff: 29.04.2021).

Fuchs, Christian (2018): Digital demagogue: authoritarian capitalism in the age of Trump and twitter. London: Pluto Press.

Fuchs, Christian (2021): How Did Donald Trump Incite a Coup Attempt?. In: TripleC, 19(1), S. 246-251.

Kopp, Luvena (2016): Der Fall Michael Brown: (Symbolische) Polizeigewalt und kollektive Fantasie. In: Michael Butter et al.: Von Selma bis Ferguson - Rasse und Rassismus in den USA. Wien, S. 261-268.

Lütjen, Torben (2016): Partei der Extreme. Die Republikaner über die Implosion des Amerikanischen Konservatismus. Bielefeld: Transcript.

Reisigl, Martin / Wodak, Ruth (2001): A context-sensitive, discourse-historical approach, in: Discourse and Discrimination. London: Routledge, S. 31-85.

Said, Edward (2003): Orientalism. (Twenty-fifth anniversary ed.), New York: Vintage Books.

Trump, Donald (14.01.2021): Transcript of Trump's speech at rally before US Capitol riot. The Associated Press, <https://apnews.com/article/election-2020-joe-biden-donald-trump-capitol-siege-media-e79eb5164613d6718e9f4502eb471f27>, (Zugriff: 01.02.2021).

Privatisierte Verantwortung

Melvin Tricoire

“The crisis consists precisely in the fact that the old is dying and the new cannot be born; in this interregnum a great variety of morbid symptoms appear” (Gramsci 1991: 354)

Abstract

Der folgende Essay versucht über den Tellerrand der einzelnen Krisen hinaus zu blicken. Eine Betrachtungsweise, die es uns erlaubt, die krisenhaften Entwicklungen auf die Krise der neoliberalen Hegemonie selbst zurückzuführen, bietet die Chance, sich alternativen Gesellschaftsformen zu widmen und deren dialogische Ausformulierung voranzutreiben. Im Besonderen soll hierbei auf die Rolle der Linken eingegangen werden. So wird argumentiert, dass eine wesentliche Problematik, die sich in der gegenwärtigen Situation für die Linke ergibt, eben das ist, was im folgenden Essay als die *Privatisierung von Verantwortung* bezeichnet wird. Diese Dimension anzuerkennen, zeugt von der Wandelbarkeit, die der Neoliberalismus als Gesellschaftsform vorzubringen weiß und wie sich diese als Krisenbearbeitungsmodi der bestehenden Hegemonie äußern. Ein solch kritisches Bewusstsein ist letztendlich notwendig, um die sozial-ökologische Transformation unserer Gesellschaftsform einzuleiten.

Diskursverschiebung in der Hegemoniekrise

Der gesellschaftspolitische Tenor der letzten Dekaden ist klar: Wenn man etwas in der Welt verbessern möchte, so solle man das doch tun. Allen BürgerInnen stehe es frei, sich vegetarisch zu ernähren, mit den Öffis in die Arbeit zu fahren oder beim Greißler im Grätzl die Tupperware aufzufüllen. Es steht außer Frage, dass sich diese individuellen Maßnahmen lohnen und im Kleinen einen wertvollen Beitrag zur

Verbesserung unserer Lebensumstände beitragen, solange sie auch für den Einzelnen umsetzbar sind (vgl. Brand 2017/20; Prainsack 2020; Dimmel/Noll 2021). Ein notwendiger Aspekt der sozial-ökologischen Transformation, die es heute mehr denn je braucht, gerät durch das Prinzip eines ‚bewussten Konsumenten‘ jedoch entscheidend abhanden: Die der Marktlogik folgende Individualisierung kollektiver Probleme ermöglicht es eben jenen Akteuren, die die Rahmenbedingungen eines solchen Wandels schaffen müssen, sich bewusst aus der Verantwortung zu ziehen, um entlang derselben Paradigmen fortzufahren (vgl. Brand 2020). Im folgenden Essay wird dieses gesellschaftspolitische Phänomen daher als die *Privatisierung von Verantwortung* bezeichnet.

Dies ist natürlich kein neues Phänomen. Die Externalisierung von Problemen auf ein äußeres Feindbild ist wohl mit eine der ältesten Taktiken politischer Hegemonie. Doch sie trifft uns im Neoliberalismus in einem neuen Modus. In zugespitzter Form würden wahre VerfechterInnen des Thatcherismus wohl in demselben Wortlaut argumentieren, wenn es um Beschäftigungsverhältnisse geht. Arbeitslosigkeit ist im Neoliberalismus letztendlich immer auf individuelles Versagen zurückzuführen, ganz zu schweigen von den neo-nationalistischen Differenzlogiken, die in einem solchen Diskurs in der rechten Mitte mitzuschwimmen scheinen (vgl. Atac/Rosenberger 2019). Die Lösung ist auch hier klar und eindeutig: Hat man keine Arbeit, so sucht man sich eben eine.

Doch was, wenn das eigentliche Versagen in der Logik des Arbeitsmarkts und ihrer wirtschaftspolitischen Ausrichtung selbst liegt? Eine solche Infragestellung bestehender Macht- und Herrschaftsverhältnisse wird innerhalb der politischen Elite höchstens mit einem Lächeln abgetan, um anschließend entlang derselben kapitalistischen Logiken weiterzumachen (vgl. Brand 2020; Dimmel/Noll 2021).

Doch es sind gerade eben jene Fragen, die es zu stellen gilt. Die der Gegenwartsgesellschaft inhärente Denkweise des Thatcherismus verunmöglicht es letztendlich, sich alternativen Modellen anzunähern. Sie verschleiert die eigentliche Krise inmitten welcher wir uns befinden, jene der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnung (vgl. Oberndorfer 2019).



Um dieses Ausblenden und der damit einhergehenden Anpassung aller Individuen an die kapitalistische Logik in anderen Worten auszudrücken:

„Vergnügt sein heißt Einverstanden sein [...]. Vergnügen heißt allemal: nicht daran denken müssen, das Leiden vergessen, noch wo es gezeigt wird. Ohnmacht liegt ihm zugrunde. Es ist in der Tat Flucht, aber nicht [...] vor der Realität, sondern vor dem letzten Gedanken an Widerstand [...].“ (Adorno/Horkheimer 1944: 167, zit. nach Flatscher 2021: 37)

Die Umwälzung von Krisen und ihren Missständen von der kollektiven Ebene auf das Individuum muss deshalb als dem Neoliberalismus inhärentes Prinzip analysiert werden. Nikolaus Dimmel und Alfred J. Noll schreiben in ihrem im *Tagebuch* (5) erschienen Artikel „Wie wir untergehen“ etwa: „[...] als vergesellschaftete Individuen halten sie durch ihre Reproduktion (Konsum) den Zyklus der Kapitalverwertung am Leben und Laufen.“ (Dimmel/Noll 2021: 28). Die Privatisierung von Verantwortung ist, so wird argumentiert, eine strukturelle Bedingung zur Aufrechterhaltung der Hegemonie des globalen Kapitalismus selbst.

Recycling, Kurz, Orban und die imperiale Lebensweise

Der Grundkonsens um das Thema Recycling ist ein solches Beispiel privatisierter Verantwortung. Unternehmen wie Coca-Cola oder Nestlé rühmen sich im Lichte ihrer Corporate Social Responsibility-Strategien und fordern im Akkord mit der politischen Elite den oder die EndkonsumentIn zum Recycling ihrer PET-Flaschen auf. Durch die Strategie der Abwälzung von Verantwortung auf die BürgerInnen und KonsumentInnen können sich die Unternehmen einerseits in ihren Werbespots als besonders umweltfreundlich inszenieren.



Während andererseits die Produktion von Verpackungsmaterial ungebremst weitergeht und letztendlich als Mikroplastik im Pazifik verendet. Um jedoch nicht dem Trugschluss zu verfallen, beim nächsten Mal Müllgehen den Nachbarn anzuschreiben, warum er seinen Plastikmüll nicht in die richtige Tonne wirft, ist es notwendig sich vor Augen zu führen, dass nicht jede Art von Plastik recyclebar ist. Von den durch Greenpeace (USA) in einem Rapport vorgestellten sieben Arten sind lediglich zwei

tatsächlich recyclebar, bei welchen es sich allerdings meist auch nur um ein 'downcycling' handelt (vgl. Greenpeace 2020).

Langer Rede kurzer Sinn: Die EndkonsumentInnen sind eben nicht in der Verantwortung, denn sie können es de facto nicht sein. Sie sind in dieser Hinsicht frei in ihrer Unfreiheit. Die Freiheit, das persönliche Konsumverhalten zu verändern, endet letztendlich in der Unfreiheit, immer KonsumentIn zu bleiben.



Dies bedeutet im Umkehrschluss natürlich nicht, dass wir nun nie wieder Mülltrennen müssen, weil es sich auf gut Österreichisch ‚eh nix bringt‘. Auch das gegenüberliegende Extrem des kompletten Verzichts ist, selbst wenn es auf individueller Ebene Positives hervorbringen weiß, gesamtgesellschaftlich nur bis zu dem Grade umsetzbar, wo der Profit an einer anderen Stelle wieder einzusetzen anfängt. Letztendlich ist Verpackungsmaterial nur ein Teil der Gesamtproduktion von Plastik und der Verzicht auf dieses wird in den kapitalistischen Zentren keine revolutionäre Post-Wachstumsideologie à la Degrowth auslösen. Vielmehr müssen demnach eben jene in die Verantwortung zurückgeholt werden, die es tatsächlich in den Händen haben, etwas zu verändern: Die Konzerne, die für die Produktion verantwortlich sind und die Politik, die die Rahmenbedingungen für Erstere vorzugeben hat. Wenn die Politik nicht die Anreize und Maßnahmen auf gesamtglobaler Ebene schafft, werden auch individuelle Maßnahmen im Nichts verhallen.

In diesem Zusammenhang sollte zudem nicht unterschätzt werden, inwiefern sich die Umwälzung von Verantwortung auf den Polarisierungsgrad unserer Gegenwartsgesellschaft auswirkt. Es verwunderte nicht, als Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) bei einer Pressekonferenz am 2. Dezember 2020 die steigenden Infektionszahlen in der Coronakrise auf Folgendes zurückzuführen versuchte:

„Wir hatten im Sommer sehr, sehr niedrige Ansteckungszahlen nach dem Lockdown und haben dann durch Reiserückkehrer und insbesondere durch Menschen, die in ihren Herkunftsländern den Sommer verbracht haben, uns Ansteckungen wieder ins Land hereingeschleppt“ (Kurz 2020).

Im Nachbarland Ungarn ist man bei der Umwälzung von Verantwortung noch um einiges deutlicher:

„We are fighting a two-front war, one front is called migration, and the other one belongs to the coronavirus, there is a logical connection between the two, as both spread with movement“ (Orban 2020).

In beiden Fällen wird der Virus als äußerliche Bedrohung wahrgenommen, welcher vor allem durch MigrantInnen in unseren sicheren Hafen gelangt.



Die Verantwortung für die steigenden Fallzahlen wird nur allzu deutlich durch ein äußeres Feindbild externalisiert und letzten Endes personalisiert. Das eigene Fehlverhalten im Umgang mit Krisen jeglicher Art wird durch die Verschiebung des Diskurses bewusst abgeleitet, die bestehende Hegemonie durch ein äußeres Feindbild legitimiert. Die zuvor zitierten

Statements zweier Regierungschefs bestechen zudem darin, dass sie bewusst Diskurse von rechts aufgreifen und in den Ihren integrieren, um ihre eigene Position zu stärken und den Konsens der Bevölkerung zur bestehenden Ordnung zu gewährleisten (vgl. Oberndorfer 2012a/b; Horn 2011).

Doch auch im nationalen Kontext steht vor allem das Individuum im Zentrum der Coronakrise. Besonders stark medial debattiert wurde etwa das Thema Homeschooling. Kann man sich Nachhilfe leisten, dann ist dies kein Problem. Ist man selbst gut ausgebildet und findet nach einem Achtstundentag noch Zeit, dieses Wissen an den Nachwuchs zu vermitteln, dann ist auch das noch möglich. Doch was ist mit all jenen, die weder gut ausgebildet noch wohlhabend sind? Oder all jenen, die als Beschäftigte in den wirtschaftlichen Kernsektoren keine Chance auf Homeoffice haben und sich erhöhtem Risiko aussetzen müssen?



Dass sich bestehende Ungleichheiten durch Covid-19 im nationalen wie internationalen Kontext deutlich verschärft haben, wurde in der Fachliteratur bereits mehrfach unterstrichen (vgl. Prainsack 2020; Bentley 2020).

Hier kommt eben jener Faktor zu tragen, der bereits eingangs angesprochen wurde. Viele können individuelle Maßnahmen zur Verbesserung unserer Lebensumstände nicht in Anspruch nehmen, weil sie es sich schlicht nicht leisten können, diese umzusetzen. Dies gilt sowohl im ökonomischen,

politischen wie auch sozio-kulturellen Sinn. So ist die Privatisierung von Verantwortung nicht zuletzt in den Kontext der westlichen Wohlstandsgesellschaften einzubetten. Um die imperiale Lebensweise des globalen Nordens durch die Ausbeutung des Südens aufrechtzuerhalten, wird die diskursive Legitimierung auf das Konsumverhalten der Individuen gerichtet, anstatt sich den asymmetrischen Macht- und Herrschaftsverhältnissen des globalen Kapitalismus entgegenzustellen (vgl. Brand/Wissen 2017; Brand 2020).



Die Ideologie der neoliberalen Hegemonie weiß es letztendlich für sich zu nutzen, dass sich die Lebensumstände der Menschen im globalen Norden eben nicht ändern sollen. Die Privatisierung von Verantwortung und die daraus entstehenden Konfliktlinien wie Grenzen müssen somit stets in den Kontext unserer verschiedenen sozialen wie politischen Lebensumstände gedacht werden. Übersehen wir diese wichtige analytische Ebene, so laufen wir Gefahr, uns in einer eurozentrischen und klassizistischen Debatte zu verlieren (vgl. Brand 2020; Dimmel/Noll 2021).

Hegemoniale Gegenoffensive?

Antonio Gramsci verweist in den *Gefängnisheften* wiederholt darauf, dass, wenn sich die Kluft zwischen den RepräsentantInnen und den zu Repräsentierenden in Krisen immer weiter vergrößert, der „passive consent“ (Gramsci 1992: 481) der Massen zu bröckeln beginnt.

Dieser Trend in Richtung einer polarisierten, von Identitätspolitik getriebenen Demokratie ist bereits an allen Ecken und Enden zu beobachten. In diesem Moment setzen die anfangs zitierten Krankheitssymptome ein: Autoritäre Tendenzen zur Stabilisierung eines durch den Thatcherismus geprägten Wert- und Weltbildes, welche die Formation eines von der Zivilgesellschaft wie der Politik getragenen Projekts zur Umsetzung der notwendigen Maßnahmen eines sozial-ökologischen Wandels verhindern.

Phänomen ist demnach sowohl für die Linke wie auch für ihr rechtes Gegenüber zu analysieren (vgl. Mouffe 2018; Oberndorfer 2012a/2019; Zizek 2020).

Lukas Oberndorfer verweist in diesem Zusammenhang allerdings darauf dass: „Im Gegensatz zu emanzipativen Bewegungen stellen rechtspopulistische bzw. neo-nationalistische Kräfte und Diskurse ganz überwiegend nicht den Neoliberalismus als solches, sondern ‚nur‘ seine Maßstäblichkeit in Frage“ (Oberndorfer 2019: 65). Dies lässt sich etwa deutlich am desaströsen Niedergang der FPÖ in Österreich erkennen. Denn der Rechtspopulismus hat kein Interesse daran, die Ungleichheiten, die der globale Kapitalismus in unsere Gesellschaften trägt, tatsächlich langfristig zu überkommen. Wovon würde der Rechtspopulismus in Form einer partikularen Partei sonst profitieren? In anderen Worten: Es gäbe keine Fremdenfeindlichkeit, wenn Migration nicht zuallererst zu einem Problem konstruiert worden wäre (vgl. Hadj-Abdou 2019).



Der elektorale wie zivilgesellschaftliche Erfolg der politischen Rechten speist sich wie die gegenhegemonialen Kräfte von links aus den destruktiven Tendenzen des Neoliberalismus. Dieses

Ganz abgesehen von den illiberalen Kräften von rechts, die keine tatsächliche Veränderung des Status quo in Aussicht haben, ist für eine erfolgreiche Gegenoffensive die Fragmentierung der Linken wohl

eine der größten Herausforderungen. Wie kann sich der bottom-up Widerstand von links also abseits von individuellen Protestformen organisieren?

Ein Widerstand, der die tatsächlichen Verantwortlichen in den Prozess miteinbezieht und sie zu einem Kurswechsel zwingt?

Von der Arbeiterklasse zum Individuum

In ihrem Hauptwerk „Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus“ (1985) vertreten Chantal Mouffe und Ernesto Laclau die These wonach es – kurzgefasst – für einen radikaldemokratischen Wandel notwendig sei, die verschiedenen Partikularkämpfe über Äquivalenzketten zu einem Volk zu bündeln, die die Hegemonie des Neoliberalismus herausfordern könnte (vgl. Mouffe/Laclau 1985; Mouffe 2018).



Die Hypothese, die dieser Forderung unterliegt, bezieht sich auf die weitgehend ideologische Angleichung sozialdemokratischer Parteien an die hegemoniale Ordnung des Neoliberalismus, welche

schlussendlich zu einem Erliegen linker Forderungen und damit nicht zuletzt den Rechtspopulismus selbst zu seinem elektoralen Erfolg geführt haben soll (vgl. Mouffe/Laclau 1985; Mouffe 2018). Sie verstehen den Linkspopulismus zuvorderst als eine „Diskursstrategie“ (Mouffe 2018: 20), die es den linken Kräften der Gegenwartsgesellschaft ermöglichen soll, ihre unterschiedlichen Positionen (FeministInnen, UmweltaktivistInnen, etc.) in einer Bewegung zu bündeln, um letztendlich die neoliberale hinsichtlich einer demokratischeren und sozial gerechteren Gesellschaftsordnung herauszufordern (vgl. Mouffe 2018).

Doch mit einem Blick auf die Gegenwart ist anzumerken, dass es gerade das Moment des Verharrens im Zustand der Partikularkämpfe ist, welcher unsere Gegenwartsgesellschaft durchzieht und jegliche Bewegung verhindert. Die gegenwärtige Linke findet sich daher mit dem Paradox konfrontiert, welches es den links-liberalen Kräften ermöglicht, durch eine – wenn auch tolerante – Anerkennung von Differenzen ebenjene Differenzen des globalen Kapitalismus aufrechtzuerhalten, die im Eigentlichen überwunden werden müssten. Slavoj Žižek (2006) kritisiert den neoliberalen Wandel im Subjektverständnis der Linken wie folgt:

„Far from compelling us to dismiss all kinds of antisexism, antiracism, and so on, the structuring role of class struggle functions as a device that enables us (1) to account for the very changes in focus of emancipatory struggles (in my view, the very shift from the central role of the classic working-class economic struggle to an identity politics of recognition should be explained through the dynamics of class struggle) and (2) to analyze and judge the concrete political content and stakes of different struggles.“ (Žižek 2006: 193 f.).

Die Debatte um einen Linkspopulismus als Mittel zur hegemonialen Gegenoffensive übersieht in diesem Sinne eine wesentliche Dimension: Die Partikularkämpfe der verschiedenen Akteure werden erst dadurch hervorgebracht, dass der Neoliberalismus die Privatisierung von Verantwortung als zentrales Mittel der Krisenbearbeitung bereithält, um die eigentliche Krise zu verschleiern.

Sollte sich die Befürchtung bewahrheiten, dass die Linke in ihren jeweiligen Partikularkämpfen verharrt und die Hegemoniekrise selbst unangetastet lässt, wäre das ein weiterer Erfolg für den globalen Kapitalismus. So wie der Kommunismus in der (nach Marx notwendigen) Zwischenstufe bis zur klassenlosen Utopie verharrte, genauso kann sich der Linkspopulismus vom Moment der Bildung von Äquivalenzketten bis zum endgültigen Zerfall ebenjener Strategie ziehen.

Für eine Neuformulierung des Subjektverständnisses

Betrachtet man die empirischen Entwicklungen der Parteienlandschaft Europas in den letzten Jahrzehnten, so muss in gewisser Weise festgestellt werden, dass der Populismus tatsächlich an einige Grenzen stößt, sobald er an der Macht angelangt ist, wie es etwa Žižek (2020) behauptet.



Wer garantiert letztendlich, dass sich die Äquivalenzketten entlang der Partikularkämpfe wirklich durch die gesamte Gegenwartsgesellschaft ziehen werden? Trefflich beschreiben dies Dimmel und Noll angesichts der ökologischen Krise:

„Uns allen ist bewusst, dass der Klimawandel stattfindet und fortschreitet. Ganz offenkundig aber kommt in den jeweiligen Gesellschaften keine kritische Masse zustande, um das zu tun, was doch alle Einzelnen als notwendig erachten“ (Dimmel/Noll 2021: 32).

Von links bezeugt dieses Scheitern etwa die Syriza-Partei in Griechenland, die entgegen ihres eigenen Programms eine von Austerität geprägte Wirtschaftspolitik und das, trotz gewonnenen Referendums — dem populistischen Instrument *par excellence* — durchsetzen musste, und sich somit de facto selbst ausschaltete. Mouffe behielt zwar in diesem Sinne Recht, als sie behauptete, dies sei letztendlich der stärkeren Position der Europäischen Union geschuldet gewesen (vgl. Mouffe 2018). Jedoch zeigt sich an diesem Beispiel besonders deutlich, wann ‚das Volk‘ auf nationalstaatlicher Ebene im inter- und supranationalen Kontext an seine empirischen Grenzen stößt. Ohne einer gesamtglobalen Allianz

zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren und der politischen Elite kann es zu keiner Umsetzung der Gegenoffensive kommen.

Während Neo-Gramscianische Perspektiven es erfordern, die diskursive Dimension hegemonialer Praktiken anzuerkennen, sie zu dekonstruieren und im Kontext bestehender Machtverhältnisse zu rekonstruieren, schärft eine Rückbesinnung auf den Marxismus als Methode den Blick auf die Gesamtheit des Systems. Die heutige Linke sollte sich daher einem kritischen Verständnis des Marxismus widmen, denn dessen politisches Programm konzentriert sich entgegen des Linkspopulismus á la Mouffe und Laclau nicht auf zu mobilisierende Affekte und sozialem Kapital, sondern vielmehr „auf die innere Spaltung, die jede Gemeinschaft durchzieht, und nach internationaler Solidarität verlangt, weil wir alle von dieser Spaltung betroffen sind“ (Zizek 2020: 75). Dieses Plädoyer bezieht sich damit nicht auf eine nationalstaatliche Popularisierung der Linken, sondern auf ihre Internationalisierung. Denn: „Linke Politik ist internationalistische Politik im Sinne einer Solidarität, die auch für die Verbesserung der Lebensverhältnisse von Menschen in anderen Ländern und Weltregionen einsteht“ (Brand 2020: 23).

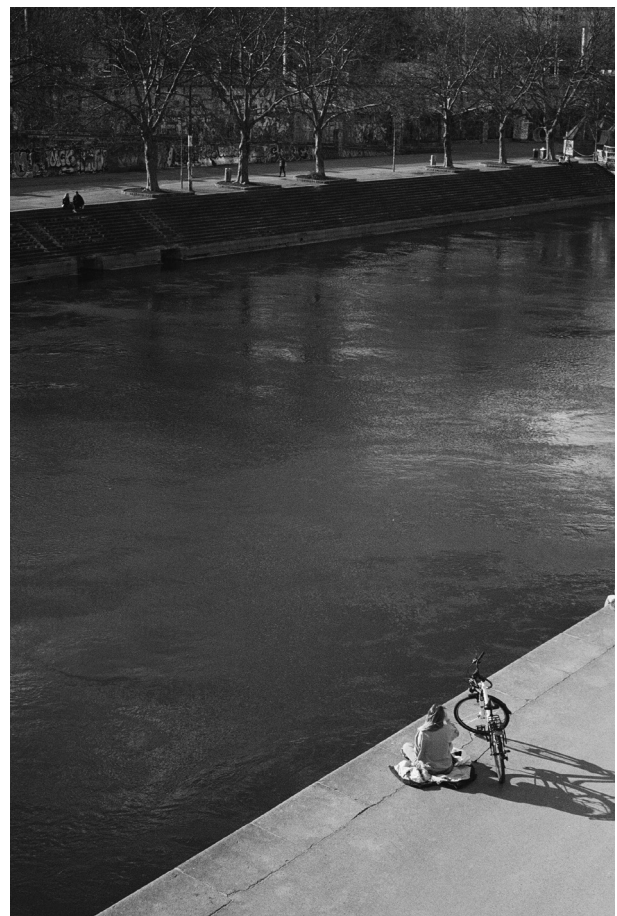
Fazit

Die große Losung des Marxismus ist es, gerade durch die Krisen das normale Funktionieren des Kapitalismus zu erkennen (vgl. Zizek 2020). Es gilt daher, die gegenwärtigen Krisen viel eher als die Symptome einer sich selbst nicht mehr aufrechterhaltenden Gesellschaftsordnung zu betrachten. Die Erkenntnis, dass wir es schließlich nicht mit einzeln isolierten Krisen zu tun haben, sondern uns inmitten der Hegemoniekrise des Neoliberalismus selbst befinden, liefert zwar keinen maßgeschneiderten Fahrplan für die realpolitische Zukunft, doch sie ermöglicht eine interdisziplinäre Sichtweise, welche die Notwendigkeit eines radikalen und sozial-ökologischen Wandels in den Vordergrund rückt.

Es geht einerseits darum, multinationale Konzerne und die Privatwirtschaft als solche wieder verstärkt in das Licht der Öffentlichkeit zu rücken, um

sie anschließend zur Bildung von Allianzen mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zu zwingen. Die Ideologie des Neoliberalismus werden wir ohne sie nicht bekämpfen können. Andererseits hat dies zur Folge, dass für einen radikaldemokratischen Wandel der Staat jene Ressourcen und Kompetenzen wiedererlangen muss, die er im keynesianischen Wohlfahrtsstaat innehatte und durch die neoliberale Wende aufgab. Allerdings mit der bedeutenden Einschränkung und Unterscheidung, dass er nicht der kapitalistischen Logik folgt, sondern sich an „Prinzipien sozialer Gleichheit, dem Zulassen von Differenzen ohne Hierarchien sowie an guten Lebensbedingungen für alle Menschen, bei Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen“ (Brand 2020: 30) orientiert.

Dieser Beitrag soll letztendlich keineswegs demselben Phänomen erliegen, welches er zu kritisieren versucht. Im Gegenteil: Die individuelle Verantwortung für das eigene Tun stellt einen Grundstein unserer politischen Gegenwartsgesellschaft dar.



Zur Bewältigung der eigentlichen Krise, jener der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsform, bedarf es ohne Einwand das Engagement sozialer Bewegungen und zivilgesellschaftlicher Akteure. Wir müssen uns jedoch im Klaren darüber sein, dass a) nicht jede und jeder dieselbe Verantwortung trägt und tragen kann und b) die IndividualbürgerInnen durch ihre unterschiedlichen Lebensumstände nicht denselben Chancen zur Veränderung unterliegen und damit c) als in bestehende Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingebettete Subjekte betrachtet werden müssen.

Das Paradox der privatisierten Verantwortung liegt gerade in der Erkenntnis, dass die diskursive Formulierung eines scheinbar alternativen Weges, welcher das eigene Konsumverhalten und den Verzicht angesichts einer ungerechten wie untragbaren Lebensweise als zentrale Protestform sieht, das bestehende System in seinem Ist-Zustand aufrechterhält. Denn:

„In dieser Verengung der Denkräume, welche die Megamaschine der Kapitalverwertung ein wenig menschlicher gestalten, aber ansonsten Privateigentum, Warenform, Markt, Wettbewerb und ‚die ganze alte Scheiße‘ [Marx] aufrechterhalten will, ist eine postkapitalistische Entwicklungslogik im Verhältnis von Natur und Gesellschaft nicht vorstellbar“ (Dimmel/Noll 2021: 35).

Dies ist der wahre Trugschluss, dem wir im Neoliberalismus erliegen. Das Subjektverständnis gegenhegemonialer Kräfte muss sich demnach gesamtglobal deutlich kollektiver definieren, um eine sozial-ökologische Transformation einzuleiten. Ein radikaler Wandel muss zwar bottom-up entstehen, doch er kann nur durch die Miteinbeziehung aller gelingen.

Melvin Tricoire ist 23 Jahre alt und studiert Politikwissenschaft & Vergleichende Literaturwissenschaft an der Universität Wien.

Quellen

Atac, Ilker/Rosenberger, Sieglinde (2019): Social Policies as a Tool of Migration Control. In: Journal of Immigrant & Refugee Studies, 17 (1), S. 1-10.

Bentley, Gillian R. (2020): Don't blame the BAME: Ethnic and structural inequalities in susceptibilities to COVID-19. In: American journal of human biology 32 (5), p. 1-5.

Brand, Ulrich (2020): Post-Wachstum und Gegen-Hegemonie: Klimastreiks und Alternativen zur imperialen Lebensweise. Hamburg: VSA Verlag, Print.

Brand, Ulrich/Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise: Zur Ausbeutung von Mensch und Natur in Zeiten des globalen Kapitalismus. München: Oekom Verlag, Print.

Dimmel, Nikolaus/Noll, Alfred J. (2021): Wie wir untergehen. In: Tagebuch: Zeitschrift für Auseinandersetzung 5, S. 28-35.

Flatscher, Matthias (2021): Die Kritische Theorie der Frankfurter Schule. Vorlesungsfolien Bak 5, LV-Einheit 21.01.2021, S. 1-44.

Gramsci, Antonio (1991-2002): Gefängnishefte. Bochmann, Klaus/Haug, Wolfgang Fritz (Hg.): 10 Bände. Hamburg: Argument Verlag, Print.

Greenpeace (2020): Circular Claims Fall Flat: Comprehensive U.S. Survey of Plastics Recyclability. (Bezogen unter: <https://www.greenpeace.org/usa/research/report-circular-claims-fall-flat/>; Zugriff am 04. 04. 2021).

Hadj-Abdou, Leila (2019): Immigrant integration: the governance of ethno-cultural differences. In: Comparative migration studies 7 (1), p. 1-8.

Horn, Laura (2011): Aufgesogen in den neoliberalen Konsensus? Trasformismo und Corporate Social Responsibility in der Europäischen Union. In: Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hg.): Gramsci global: Neogramscianische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie. Hamburg: Argument Verlag, p. 207-223.

Kurz, Sebastian (2020): Zitiert nach ORF „Auch Koalitionspartner kritisiert Kurz“ vom 3. Dezember 2020 (Bezogen unter: <https://orf.at/stories/3192288/>; Zugriff am 04. 04. 2021).

Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus. Wien: Passagen Verlag (2012), Print.

Mouffe, Chantal (2018): Für einen linken Populismus. Berlin: Suhrkamp Verlag, Print.

Oberndorfer, Lukas (2012a): Krisenbearbeitung in der Europäischen Union: Economic Governance und Fiskalpakt – Elemente einer autoritären Wende. In: Kritische Justiz 45 (1), S. 26-38.

Oberndorfer, Lukas (2012b): Die Renaissance des autoritären Liberalismus? Carl Schmitt und der deutsche Neoliberalismus vor dem Hintergrund des Eintritts der „Massen“ in die europäische Politik. In: Prokla 42 (168), S. 413-431.

Oberndorfer, Lukas (2019): Autoritärer Konsens – von der Hegemoniekrise zu einem EU-Sicherheitsregime? In: Book, Carina/Huke, Nikolai/Klauke, Sebastian/Tietje, Olaf (Hrsg.): Alltägliche Grenzziehungen: das Konzept der "imperialen Lebensweise", Externalisierung und exklusive Solidarität (1. Auflage). Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot, S. 44-73.

Opratko, Benjamin (2011): Gramsci global: Neogramscianische Perspektiven in der internationalen politischen Ökonomie. Hamburg: Argument Verlag, Print.

Orban, Viktor (2020): Zitiert nach France24 „Hungary's Orban blames foreigners, migration for coronavirus spread“ vom 13. 03. 2020 (Bezogen unter: <https://www.france24.com/en/20200313-hungary-s-pm-orban-blames-foreign-students-migration-for-coronavirus-spread>; Zugriff am 04. 04. 2021).

Prainsack, Barbara (2020): Covid-19 affects us all – unequally. Lessons from Austria. (Bezogen unter: <https://bprainsack.medium.com/covid-19-affects-us-all-unequally-lessons-from-austria-faf8398fddc1>; Zugriff am 04. 04. 2020)

Zizek, Slavoj (2020): Ein Linker wagt sich aus der Deckung: Für einen neuen Kommunismus. Berlin: Ullstein Buchverlag GmbH, Print.

Zizek, Slavoj (2006): Schlagend, aber nicht treffend! In: Critical Inquiry 33 (1), S. 185-211.

Die aktuelle Krise der Linken

Agnes Loidl

Das europäisch-politische Farbspektrum ist von links-außen bis rechts-national breit gefächert. Dies geht aus einer Kategorisierung der 28 EU-Länder des Chapel Hill Surveys von 2019 hervor. Dennoch ist eine Abschwächung der Sozialdemokratischen Parteien im bunten Spektrum zu verorten. (vgl. Bakker, et al. 2019)

Die belgische Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe begründet dies durch einen postpolitischen Konsens, durch welchen von sozialdemokratischen Parteien unzureichend auf die wachsend-differenzierte Gesellschaft eingegangen wird, sogenannte „politische Identitäten“, welche mit der Zeit auch immer mehr politischer Artikulation und Repräsentation bedürfen. Diese Identifikationsmöglichkeiten sind für die Individuen in der Bevölkerung von Bedeutung, damit sie sich in der Öffentlichkeit und auf politischer Ebene repräsentiert fühlen. Eine Gefahr sieht Mouffe in einem „Konsens-Modell“, also wenn keine deutliche Unterscheidung mehr zwischen Parteien erkennbar ist. Der Kampf verschiedener, gegnerischer Positionen und Parteien, also Agonismus, ist daher sogar notwendig, um ein pulsierendes, demokratisches Miteinander zu gewährleisten. Nach der Mouffe'schen Theorie kam es bei sozialdemokratischen Parteien zu einem Verlust der Identifikationsmöglichkeit für die Öffentlichkeit, da sie ihr Wahlprogramm und ihre politischen Interessen zu offen gestalten; in der Intention, eine möglichst große Masse zu erreichen. (vgl. Mouffe 2007)

Das 2018 von Mouffe verfasste Werk *Für einen linken Populismus* beschreibt die Autorin als politische Intervention und Strategie für linke Parteien zur Errichtung einer neuen hegemonialen Ordnung. Ihre Kritik richtet sich einerseits gegen die postdemokratische Politik, welche mit einer abnehmenden Bedeutung von parlamentarischen Institutionen und einem Verlust an Volkssouveränität

einhergeht. Die derzeitige Demokratie sei, nach Mouffe, auf ihre liberale Komponente, wie der Abhaltung von freien Wahlen und der Verteidigung von Menschenrechten, reduziert. Eine Ursache für den Prozess der zunehmenden Entfremdung von demokratischen Institutionen ist die fehlende konfrontative Auseinandersetzung zwischen gegnerischen politischen Positionen, welche durch die Postpolitik verhindert wird. Dies führt zwangsläufig zu einer Machtausübung von Parteien im mittigen politischen Spektrum (also Mitte-Links-Parteien und Mitte-Rechts-Parteien). Begrifflich ist dieses Phänomen unter dem Terminus „Konsens der Mitte“ oder auch dem „postpolitischen Konsens“ einzuordnen. Dabei werden jedoch die wachsende Fragmentierung und Vielfalt der Bevölkerung nicht genügend berücksichtigt und zu wenig repräsentiert. Die mangelnde Loyalität des Volkes der existierenden Ordnung gegenüber kann jedoch auch als eine Chance für die linkspopulistische Strategie gedeutet werden, da ein neues Subjekt des kollektiven Handelns konstruiert werden kann. Die Konstruktion eines gemeinsamen Willens kann unter Berücksichtigung der verschiedenen demokratischen Forderungen erlangt werden. In weiterer Folge kann auf diesem Weg eine Mehrheit des Volkes für die Machterlangung sichergestellt und eine progressive Hegemonie aufgebaut werden. Die Errichtung einer neuen hegemonialen Ordnung darf jedoch innerhalb des verfassungsmäßigen liberal-demokratischen Rahmens stattfinden, sodass liberal-demokratische Legitimitätsprinzipien nicht aufgegeben werden müssen. Eine zentrale Aufgabe der Linken stellt der Kampf für die Umsetzung der ethisch-politischen Prinzipien des liberal-demokratischen Regimes dar, nämlich der Freiheit und Gleichheit für alle. Um dieses Ziel zu realisieren, bedarf es einer kritischen Auseinandersetzung und Radikalisierung der bestehenden Institutionen. Durch diese immanente

Kritik kann den Prinzipien Freiheit und Gleichheit ihre zentrale Bedeutung zurückgegeben und eine radikale und plurale Demokratie sichergestellt werden. Die Politikwissenschaftlerin verortet einen fehlenden, demokratischen Pluralismus, welcher die Diversität und den Dissens aufwerten könnte. Dieser impliziert eine lebendige Streitkultur zwischen den kollektiven Identitäten, welche sich klar voneinander abgrenzen, um einem Verschwimmen der Grenzen entgegenzuwirken und eine demokratisch aufgebaute Gesellschaft zu gewährleisten. Eine Eröffnung von Räumen für konfligierende Interessen und Werte sowie Institutionen, in denen sich Dissens manifestieren kann, ist in diesem Zusammenhang von besonderer Priorität. (vgl. Mouffe 2018)

Mouffe schreibt in *Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft*:

„Pluralität fußt auf der Anerkennung der Vielheit im Selbst und der gegnerischen Positionen, die mit dieser Vielheit einhergehen. Seine Akzeptanz besteht nicht nur darin, Differenzen zu tolerieren, sondern darin ihnen Ehre zu bezeigen, weil er anerkennt, dass sich ohne Alterität keine Identität je ihrer selbst vergewissern könnte“ (Mouffe 2007: 48).

Im Zuge dessen kommt die Frage auf, wie sich die Differenz zwischen „Wir“ und „den Anderen“ in diese Überlegungen in Bezug auf politische Pluralität einbetten lässt. Mouffe beantwortet dies mit dem von ihr forcierten Agonismus. Dieser

„[...] setzt voraus, dass der „Andere“ im Reich der Politik nicht als ein Feind betrachtet wird, den es zu zerstören gilt, sondern als ein „Gegner“, das heißt als jemand, dessen Ideen wir bekämpfen, dessen Recht, seine Ideen zu verteidigen, wir aber nicht in Frage stellen [...] Ein Gegner ist ein legitimer Feind, ein Feind, der wie wir den ethisch-politischen Prinzipien der Demokratie verhaftet ist“ (ebd.: 45).

Eine agonistische Dynamik stellt für die Autorin in weiterer Folge eine Grundbedingung für eine funktionsfähige pluralistische Demokratie dar. Sie geht sogar davon aus, dass es keine Möglichkeit einer Gesellschaft ohne Antagonismus gibt. Es ist ein Kampf

um unterschiedliche Positionen notwendig, um sich gegenseitig abzugrenzen und sich daran anschließend auch selbst definieren zu können. Der Glaube, es sei möglich, ohne Kontrahent*innen Politik zu machen, ist ein großer Fehler sozialdemokratischer Parteien.

„Zunächst unabhängig davon, wie die Konflikthaftigkeit des Politischen jeweils begründet wird, bildet die normative Verschwisterung von Demokratie und Agonalität den Ausgangspunkt für die geteilte Einsicht, dass es sich bei Entpolitisierung und Re-Politisierung um zwei aufeinander bezogene Prozesse handelt“ (Sraßenberger 2020: 310).

Dennoch tendieren linke Parteien vermehrt dazu, sich zu nah an einem Konsens-Modell zu orientieren, um keine Wählergruppe mit (extremen) Positionen zu verschrecken. Dadurch wird jedoch einer größeren Menschengruppe die Identifikationsmöglichkeit entzogen. Der Kampf verschiedener, gegnerischer Positionen/Parteien ist jedoch notwendig, um ein pulsierendes, demokratisches Miteinander gewährleisten zu können. Der Antagonismus stellt somit eine essentielle Voraussetzung für einen wirksamen Pluralismus und eine lebendige Demokratie dar. Politische Identitäten und die mit ihnen einhergehenden Forderungen stellen einen zentralen Stellenwert in der Mouff'schen Theorie dar. Bürger und Bürgerinnen müssen in einer demokratischen Gesellschaft die Möglichkeit besitzen, sich in der öffentlichen Sphäre zu artikulieren und zu identifizieren. Dies geschieht durch die Repräsentation von Politikern und Politikerinnen sowie durch die Identifikation anhand von Parteien und politischen Gruppierungen. Ernesto Laclau unterscheidet zwischen Forderungen (demands) im strengen Sinn und Wünschen (requests) im schwachen Sinn.

„Die Identität oder Einheit einer (protestierenden) Gruppe stabilisiert sich auf der Basis der Artikulation von Forderungen [...] Die Einheit einer Gruppe, beziehungsweise einer Protestbewegung ergibt sich also aus der überdeterminierten Artikulation von Forderungen oder der Forderungsstruktur“ (Marchart 2017: 64).

Die partikularen Forderungen zu hegemonisieren ist sowohl im Interesse der Bevölkerung als auch in jenem der Politiker und Politikerinnen mit Repräsentationsfunktion, da die im Diskurs entstandenen Forderungen die Akteure und Subjekte bilden. Die öffentliche Repräsentation der verschiedenen Forderungen ist deshalb so essentiell, da sich die Bevölkerung eines politischen Systems in ihren Werten und Vorstellungen vertreten fühlen muss. Starke Unterscheidungen und Heterogenität im politischen Farbspektrum können damit somit sogar gewährleisten, dass ein möglichst großer Teil der Bevölkerung sich repräsentiert fühlt. Eine politische Uniformität in der öffentlichen Sphäre stellt daraus schließend eine Gefahr für eine demokratisch aufgebaute Gesellschaftsstruktur dar, da die Wahrscheinlichkeit der Ausgrenzung erhöht ist.

Mouffe kritisiert in ihren Arbeiten die Postpolitik westeuropäischer Gesellschaften, welche mit einer zunehmenden Entwicklung in eine politische Homogenität einhergeht. Die Grenzen zwischen den Parteien und deren Inhalten verschwimmen und nähern sich einem „Konsens der Mitte“. Der Wählerschaft wird demnach die Möglichkeit genommen, zwischen verschiedenen Optionen zu entscheiden. Radikale Konzepte gehen in dieser Konstellation verloren, sodass sich linke und rechte Parteien in „Mitte-links“ und „Mitte-rechts“ Parteien entwickeln. Die Wahl zwischen zwei, tendenziell mittig angesiedelten Parteien ist für Mouffe keine ausreichende Legitimationsgrundlage für eine lebendige Demokratie. Die Forderungen der politischen Subjekte eines Herrschaftssystems können in dieser Form nicht artikuliert werden. Als Alternativen für die wahlberechtigte Bevölkerung erweisen sich dann oftmals die rechtspopulistischen oder linkspopulistischen Parteien. Diese stellen sich dem Konsens der Mitte entgegen und werden als „Extremisten“ oder „Populisten“ disqualifiziert. Mouffe betont, dass auch die Forderungen von rechtspopulistischen Parteien demokratische Forderungen sind und als solche erkannt werden müssen.

Mouffe geht von einer stetig wachsenden differenzierten Gesellschaft aus, welche einer politischen Artikulation und Repräsentation bedarf. Identifikationsmöglichkeiten sind, wie oben angeführt, für die Individuen in der Bevölkerung von Bedeutung, damit sie sich in der Öffentlichkeit repräsentiert fühlen. Demnach sind verschiedene Parteien mit unterschiedlichen Auffassungen, Interessen und Standpunkten wichtig, damit sich ein möglichst großes Spektrum an Menschen auf politischer Ebene identifizieren kann. Aufgabe der Linken ist es nun, die verschiedenen demokratischen Forderungen unter Beachtung derer Fragmentierung und Vielfalt zu bündeln und in einem radikaldemokratischen Projekt zu repräsentieren, damit Identifikationsmöglichkeiten für die Gesellschaft sichergestellt werden können. Mouffe betont, dass die Bedeutung der sozialen Frage wieder einen höheren Stellenwert für die Linken einnehmen muss.

„Das erfordert die Konstruktion eines ‚Volkes‘ mithilfe eines Projektes, das die verschiedenen Formen der Unterordnung angeht, anhand von Themen wie Ausbeutung, Unterdrückung oder Diskriminierung. Besonderes Augenmerk muss auch auf eine Frage gelegt werden, die im Lauf der vergangenen dreißig Jahre besonders Bedeutung erlangt hat und heute von hoher Dringlichkeit ist: die Zukunft unseres Planeten“ (Mouffe 2018: 73).

Der österreichische Politikwissenschaftler Oliver Marchart definiert die derzeitigen westlichen liberalen Demokratien als oligarchisch geprägte Mischverfassungen, welche bloß über ein demokratisches Element verfügen. Es handelt sich nicht um eine Demokratie, in der das Volk tatsächlich herrscht, sondern es delegiert an Repräsentanten oder Repräsentantinnen, welche anschließend für sie herrschen. Dies würde somit ein Repräsentationssystem darstellen. Historisch betrachtet wäre dies jedoch ein Merkmal von Aristokratie gewesen und keinesfalls in eine demokratische Herrschaftsform eingeordnet worden. Die Moderne reduziert Demokratie auf sein Mindestes, auf sein Institutionenkorsett, so Marchart.

Der Politologe ordnet westeuropäische Gesellschaften in das politische System des Liberalismus ein, welches ein demokratisches Moment beinhaltet. Um Bürgern und Bürgerinnen auf öffentlich-politischer Ebene Entfaltungsmöglichkeiten bieten zu können und sie aus hierarchischen Strukturen zu lösen, ist eine radikale Demokratisierung der Gesellschaft bedeutend. Marchart beschreibt die Radikalität von Demokratie sogar als absolut notwendig, da eine Demokratie ohne Radikalität nicht existent wäre. Radikale Demokratie unterscheidet sich von anderen Demokratien dahingehend, dass sie historisch nicht von Anfang an demokratisch waren, sondern eigene Ideologien waren, welche eine Verbindung mit Demokratie eingingen. Nach Marchart ist die radikale Demokratietheorie die einzige Demokratietheorie selbst. (vgl. Marchart 2022*)

„Die aus der Pluralität des Politischen resultierende grundsätzliche Fragilität politischen Handelns bleibt nicht nur bestehen, sondern wird selbst zum ausgezeichneten Modus, über den politische Ordnungen stabilisiert werden können. Voraussetzung ist freilich, dass die für das Politische konstitutive Pluralität institutionell befördert wird“ (Straßenberger 2020: 311).

Aufgabe der Politik ist es, auf einen solchen gesellschaftlichen Wandel einzugehen und auf Enttraditionalisierungen zu reagieren. Diese Modifikation der Partei hin zu einer Kongruenz mit dem sozialen Wandel hat die sozialdemokratische Partei offenbar nicht wahrgenommen. Dies unterstreicht Mouffes These über die reaktionäre Unfähigkeit linker Parteien. Die Unfähigkeit der sozialdemokratischen Parteien, eine Vorstellung von einer hegemonialen Strategie zu entwickeln, sei einer ihrer größten Schwächen.

Da sich die hegemonialen Verhältnisse stets im Wandel befinden, gibt es demnach kein Ziel von (radikaler) Demokratie. Dies ist auf eine ständige Bewegung der Gesellschaft zurückzuführen. Sowohl die Partikularinteressen als auch der kollektive Wille der Bevölkerung befinden sich in konstanter Veränderung. Daher muss die hegemoniale Gruppe die Interessen

anderer gesellschaftlicher Gruppen aufnehmen, um ein kompromisshaftes Gleichgewicht zu schaffen, indem bestimmte Zugeständnisse gemacht werden. Die Geschichte des Staates kann in diesem Kontext verstanden werden als “a continuous process of formation and superseding of unstable equilibrium [...] between the interests of the fundamental group and those of the subordinate groups – an equilibrium in which the interests of the dominant group prevail, but only up to a certain point, i.e. stopping short of narrowly corporate economic interests” (Gramsci 1971: 182)

Agnes Loidl, 24 Jahre, studiert Politikwissenschaften an der Universität Wien

Quellen

Bakker, Ryan, Liesbet Hooghe, Seth Jolly, Gary Marks, Jonathan Polk, Jan Rovny, Marco Steenbergen, and Milada Anna Vachudova. (2020): 1999 – 2019 Chapel Hill Expert Survey Trend File.

Gramsci, Antonio. (1971): Selections from the Prison Notebooks. London.

Marchart, Oliver. (*voraussichtlich 2022): Der demokratische Horizont: Politik und Ethik radikaler Demokratie. Suhrkamp

Marchart, Oliver. (2017): Die Diskursanalyse der Essex School. Modell und Methode, in: Oliver Marchart (Hrsg.): Ordnungen des Politischen, Berlin: Springer, S. 57-79

Mouffe, Chantal. (2018): Für einen linken Populismus, Bonn: Suhrkamp

Mouffe, Chantal. (2007): Pluralismus, Dissens und demokratische Staatsbürgerschaft, in: Nonhoff, Martin (Hrsg.): Diskurs – Radikale Demokratie – Hegemonie. Zum Politischen Denken von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe, Bielefeld: transcript Verlag, S. 41-53

Straßenberger Grit. (2020) Die Rückkehr des Politischen? Anmerkungen zu re- und destabilisierenden Effekten Radikal demokratischer Protestartikulation, in: (Ent-)Politisierung?: Die demokratische Gesellschaft im 21. Jahrhundert. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 309-329

Krise als Neuanfang?

Über konstruktive Elemente einer destruktiven Situation

Valentin Kasagrande

Heutzutage wird häufig von einer Krise der liberalen Demokratie gesprochen. Argumente, die eine solche Diagnose als berechtigt und begründet erscheinen lassen, gibt es etliche. Im Folgenden soll besonders der Frage nachgegangen werden, welche Rolle der Dominanz des Neoliberalismus zukommt. Dabei steht im Vordergrund, welche Auswirkungen diese Dominanz auf das Element des Neu-Denkens als Grundvoraussetzung des demokratischen Zusammenlebens besitzt. Anschließend stellt sich die Frage, ob das Auftreten anderer Krisen durch deren disruptiven Charakter eine Möglichkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit dem Status quo darstellt. Krisen könnten demnach neben ihren destruktiven Folgen auch als Chance für einen politischen Neuanfang betrachtet werden.

Der demokratische Prozess

Welche konkrete Form eine Gesellschaft annehmen soll, bestimmt in einer modernen Demokratie nicht Gott und auch kein Naturgesetz, sondern der gesellschaftliche Aushandlungsprozess. Geht man von einer Kontingenz des Politischen aus, gibt es für jedes mögliche soziale Problem eine beinahe unendliche Anzahl an möglichen Lösungsansätzen. Die demokratische Praxis erlaubt nun ein Abwägen zwischen diesen denkbaren Alternativen. Die jeweils daraus folgende Entscheidung ist allerdings niemals absolut, sondern stellt lediglich eine Momentaufnahme dar. Die Gestalt der Demokratie ist nie abgeschlossen, sondern erneuert sich in einem stetigen Prozess dauerhaft.

Dieser „Zustand der permanenten Revolution“ (Nancy 2009: 83) hilft dabei, konstruktive Veränderungen innerhalb des Systems herbeizuführen und die Demokratie damit gleichzeitig vor internen und externen Angriffen zu schützen. Ein lebendiger

Diskurs zwischen differierenden Standpunkten in Fragen der sozialen und politischen Gestaltung ist damit sowohl wünschenswert als auch notwendig. Ohne Reflexion und (Weiter-)Entwicklung wird Demokratie lediglich auf einen aktuellen Zustand reduziert. Vergessen wird dabei jedoch, dass ihre wahre Stärke erst in ihrer Form als Prozess wertgeschätzt werden kann. Ein Prozess, der zur Aufgabe hat, „sie unerlässlich loszulassen, um sie neu zu erfinden“ (Süß 2020: 35).

Sichtbar wird Veränderung letztendlich durch konkrete Maßnahmen, die konkrete Auswirkungen auf das Leben der Bevölkerung mit sich bringen. Sie ist allerdings nur möglich, weil zuvor neue Ideen in den diskursiven Raum eingebracht wurden. Politische Umgestaltung kann durch verschiedene Kanäle initiiert werden. Bottom-Up oder Top-Down – gemeinsam haben diese immer, dass sie ihren Ausgangspunkt in den Köpfen von Individuen besitzen. Individuen, die sich – natürlich auch durch den Austausch mit anderen – auf eine kritische Weise mit dem Status quo auseinandersetzen. Nur durch die Reflexion der gegebenen Verhältnisse können Schwachpunkte des Systems erkannt und mögliche Ansätze zur Verbesserung ausgearbeitet werden. Um nun eine tatsächliche, grundlegende Veränderung der vorherrschenden Gegebenheiten zu erreichen, müssen die Ergebnisse dieses individuellen Denkvorgangs ihren Weg in den politischen Diskurs finden.

Die Demokratie ist ständig auf neue, belebende Inputs angewiesen, auf die sie reagieren kann. Ob diese Reaktion positiv oder negativ ist, ob Vorschläge implementiert oder abgelehnt werden, ist zunächst irrelevant. Wichtig ist, dass das politische System offen für Veränderung bleibt. Eine Begrenzung des diskursiven Raumes kann selbstverständlich durch das Aufkommen autoritärer Strukturen geschehen. Hierbei werden abweichende

Meinungen, kritische Auseinandersetzungen und innovative Gedanken nicht mehr geduldet. Neben dieser direkten Form der Einschränkung existiert jedoch eine Weitere, in der der hegemoniale Status quo als beinahe unantastbar erscheint, ohne dass dafür ein konkreter äußerer Zwang notwendig ist. In der Folge wird der Weg zu einem kritischen politischen Diskurs und einer Erneuerung der Demokratie sowie der damit verbundenen Offenheit der Zukunft immer weiter blockiert.

(Neo-) Liberalismus als Ursache?

Die Auseinandersetzung zur Gestaltung der Gesellschaft ist immer auf die Interessen, Vorstellungen und Ideen der „regulären“ Bürger_innen angewiesen. Auch wenn die tatsächliche Durchführung der beschlossenen Maßnahmen schlussendlich auf Regierungsebene geschieht, bleibt das Ideal einer aktiv am Gestaltungsprozess teilnehmenden Bevölkerung als bedeutender Bestandteil der Demokratie bestehen.

Erklärungen dafür, dass die politische Relevanz der Bürger_innen in den vergangenen Jahren jedoch beständig gesunken ist, lassen sich besonders in Colin Crouchs Ausführung zur Postdemokratie erkennen. Demnach fallen die Bürger_innen in eine zunehmend „passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle“ (Crouch 2017: 10).

Ihr Beitrag reduziert sich dabei auf die Stimmabgabe bei Wahlen, während eine „Elite“ aus Politiker_innen, PR-Berater_innen, Fachexpert_innen sowie Vertreter_innen der Wirtschaft über das politische Programm und dessen Umsetzung entscheiden. Durch diese Form des Ausschlusses wird ein wirklich offener Diskurs und eine kritische Auseinandersetzung mit den vorherrschenden Strukturen und Mechanismen erschwert.

Der Input neuer Ideen und Lösungsansätze wird aufgrund der mangelnden Beteiligung breiter Bevölkerungsschichten am Gestaltungsprozess erheblich eingeschränkt. Neben der geringeren Bedeutung „regulärer“ Bürger_innen im politischen Prozess kann zudem eine zunehmende

Konsensorientierung als Ursache für eine Einschränkung des Diskurses und dem Mangel an innovativen Ideen ausgemacht werden. Diese Argumentation lässt sich besonders bei Chantal Mouffe ausmachen.

Die Dominanz des Neoliberalismus und die Übertragung ökonomischer Prinzipien auf soziale und politische Prozesse führen demnach auch im politischen Denken zu einem Bild des ‚homo oeconomicus‘, dessen Verhalten durch Nutzenmaximierung und Eigeninteresse gesteuert wird. Daraus resultiert für sie die Suche nach einem Konsens, dem alle vernünftigen Gesellschaftsmitglieder zustimmen können und der nur Vorteile ohne Ausschluss verspricht, weil sich alle Teilnehmer_innen der positiven Effekte bewusst sind. Der politische Raum wird somit als ein Ort frei von Emotionen beschrieben, in dem Interessen objektiv und neutral konkurrieren können. Eine Verleugnung der für Politik konstitutiven Konflikte und Antagonismen wirkt jedoch „zugleich depolitisierend und entdemokratisierend“ (Mouffe 2018: 13).

Es verhindert eine Weiterentwicklung der ständig notwendigen demokratischen Revolution, weil Kritik am hegemonialen System als irrational wahrgenommen wird. Stattdessen wird versucht, „das Element der ‚Unentscheidbarkeit‘, das in allen menschlichen Verhältnissen gegenwärtig ist, zu eliminieren“ (ebd.: 45).

An die Stelle einer demokratischen Auseinandersetzung zwischen konkurrierenden Ansichten tritt eine nutzen-maximierende Konsensorientierung. Diese erschwert ebenfalls gegenhegemoniales Denken, weil politische und soziale Fragen auf die Suche nach einer idealen, rationalen Lösung reduziert werden. Veränderung erscheint nur innerhalb der Grenzen der hegemonialen Strukturen realistisch. Die Strukturen selbst wirken beinahe unantastbar.

Krisen als Chance?

Krisen bringen negative Folgen mit sich, sie verschlechtern und gefährden etliche Menschenleben und weisen deshalb grundsätzlich einen destruktiven Charakter auf. Paradoxerweise kann die Hoffnung auf

eine Wiederbelebung des kritischen Diskurses jedoch möglicherweise auch im Auftreten anderer Krisen gesehen werden. Dabei ist es egal, ob es sich um eine Umwelt-, Finanz-, Flüchtlings-, Wirtschafts- oder Coronakrise handelt. Jede von ihnen zwingt auf ihre individuelle Weise zu einer Reaktion. Die Krise zwingt zu einer Reflexion darüber, welche Mechanismen sie verursacht haben, welche Personen(gruppen) besonders von ihr betroffen sind und welche Maßnahmen zu ihrer Bewältigung getroffen werden sollen.

Diese Reflexion kann selbstverständlich zum Ergebnis führen, dass lediglich der Zustand vor der Krise wiederhergestellt werden soll – zurück zum Status quo. Es besteht jedoch auch die Chance, dass dieser Zeitpunkt auf eine konstruktive Weise genutzt wird. Das Ziel wäre in dieser Herangehensweise, „die systemischen Defizite der liberalen Demokratie anzugehen“ (Süß 2020: 14).

Jede politische Ordnung „gründet auf dem Ausschluss anderer Möglichkeiten“ und „ist immer Ausdruck partikularer Konfigurationen und Machtverhältnisse“ (Mouffe 2016: 193).

Diese Machtverhältnisse bringen zwangsweise eine Ausgrenzung, Diskriminierung und Ausbeutung gewisser Gruppen mit sich, die durch die vorherrschenden Gegebenheiten benachteiligt werden. Durch das Auftreten einer Krise treten diese Ausschlüsse in den Vordergrund. Vor allem deshalb, weil die betroffenen Gruppen besonders unter den negativen Folgen leiden. Das disruptive Element jeder Krise kann nun die Möglichkeit eröffnen, aus den gewohnten Denk- und Verhaltensmustern auszubrechen, die hegemonialen Strukturen in Frage zu stellen und in der Folge den zuvor beschriebenen Schwachstellen der heutigen liberalen Demokratie entgegenzuwirken. Sie kann demnach – mit Hannah Arendt – als eine Chance auf einen Neuanfang verstanden werden, weil sie „schlechterdings unerwartet und unerrechenbar in die Welt bricht“ (Arendt 2012: 221).

Ein Neuanfang, mit dem Wirtschaft, Umwelt, Bildung, Gesundheit, Arbeit oder Demokratie in den Fokus des (kritischen) öffentlichen Diskurses rücken. Ein Neuanfang, mit dem die Stärken und Schwächen, die Ausgrenzungen und Diskriminierungen dieser

Bereiche herausgearbeitet werden. Und letztendlich ein Neuanfang, in dem diese Bereiche und die Zukunft unseres Zusammenlebens neu gedacht werden.

Valentin Kasagrande, 20, studiert Politikwissenschaft & Publizistik- und Kommunikationswissenschaft an der Universität Wien.

Literatur:

Arendt, Hannah (2012): Zwischen Vergangenheit und Zukunft; München, Berlin, Zürich: Piper.

Crouch, Colin (2017): Postdemokratie. Frankfurt/a.M.: Suhrkamp.

Mouffe, Chantal (2018): Das demokratische Paradox; Wien: Turia + Kant.

Nancy, Jean-Luc (2009): Wahrheit der Demokratie. Wien: Passagen Verlag.

Süß, Rahel (2020): Demokratie und Zukunft. Was auf dem Spiel steht. Wien, Hamburg: Edition Konturen.

Die (Corona-) Krise – eine Chance für einen ökonomischen Paradigmenwechsel?

Franca Nagl

Die Covid-19-Krise stellte große Herausforderungen für die ökonomischen Perspektiven in Europa dar. Europa war gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um verschiedenste soziale und wirtschaftliche Folgen abzufedern. Hierzu schrieb die Kommission:

“The short-term impact (of the crisis) in each Member States will depend on the duration and severity of the lockdown measures, the composition of output and the economic policy measures taken to cushion the immediate impact of the crisis. (...) The risk of a distortion of the level playing field of the Single Market can lead to increasing economic divergences in the Union and aggravate Europe's long-term growth challenges in the absence of decisive policy action.” (Kommission 2021)

Nicht nur die sozial und wirtschaftlich schwierige Lage wurde also erkannt, sondern auch die divergierenden wirtschaftlichen Situationen in den Mitgliedsstaaten. Eine europäische und eine solidarische Lösung war gefragt, um Alleingänge und damit verbundene Missstände zu verhindern. Im Sommer 2020 konnten sich die europäischen Staaten dann auf ein Maßnahmenpaket einigen, das NGEU (Next Generation EU recovery) package“, mit dem Hauptinstrument des RRF (Recovery and Resilience Facility), welcher auf Gelder bis zu 672.5 Milliarden Euro zugreifen kann (Begg 2021). Mit diesem Geld wurde eine neue Zeit eingeleitet, die neue Finanzierungsmöglichkeiten für Staaten eröffnet. Wirtschaftskrisen haben demnach nicht nur Zerstörungskraft, sondern auch ein unglaubliches Potential für politische Veränderungen. Gerade für die europäische Integration waren Krisen wichtige Perioden für weiteren europäischen Fortschritt, ohne den wir wohl heute nicht das Europa hätten, das wir alle kennen (Nicoli 2018). Denn in Krisen werden systematische Fehler oft stärker wahrgenommen, oder treten gar erst in Erscheinung. Die daran anschließenden Diskussionen spiegeln nicht nur die bestehenden ideologischen Weltbilder wider, sondern

müssen sich dann auch mit anderen Ansichten und Kritiken auseinandersetzen, die alte vorherrschende Muster und Normen aufbrechen können (Mackintosh 2014).

Dieser politische Prozess wird von Stuart Hall (1993) als soziales Lernen beschrieben, der von ökonomischen Glaubenslehren und Paradigmen geleitet wird und diese auch widerspiegelt. Anhand Halls Theorie des „Policy-Learning“ kann nun der Frage nachgegangen werden, inwiefern die europäische Wirtschaftsdoktrin sich in den letzten Krisen verändert hat und inwiefern diese Veränderungen der politischen Ordnung ein Wegbereiter für den jetzigen RFF waren.

Widmen wir uns zunächst einmal der Theorie Stuart Halls. Soziales Lernen definiert er als deliberativen Versuch, Ziele und politische Techniken als Antwort auf vorhergegangene Erfahrung zu adjustieren. Demnach bestehen neue politische Maßnahmen auch immer auf einem Gerüst von historischen Erfahrungen und dem davor Erlernten. Hall (1993) teilt diesen Prozess in drei Phasen ein: In der ersten Phase werden Details der Politikinstrumente geändert, jedoch nicht die darunterliegenden politischen Ziele oder Wertevorstellungen. In der zweiten Phase werden makroökonomische Instrumente gänzlich verändert, jedoch noch immer nicht die Hierarchie der dahinterstehenden Ziele. Erst in der letzten Phase wird ein paradigmatischer Wandel vollzogen, bei dem sich nicht nur die Instrumente erneuern, sondern auch die Zielhierarchie der Instrumente. Hall beschrieb 1993 den klaren paradigmatischen Wandel vom Keynesianismus zur Neoklassik (Neoliberalismus) unter Margaret Thatcher (Hall 1993), inwiefern die letzten Krisen im 21. Jahrhundert zu ähnlichen politischen Normveränderungen führen können, wird in Folge analysiert.

Ökonomische Theorie – das ontologische Verständnis der Wirtschaft bei der Erschaffung der Wirtschafts- und Währungsunion

Als die europäische Union gegründet wurde gingen die vorherrschenden Wirtschaftstheoretiker*innen, die sogenannten Monetarist*innen davon aus, dass ein schneller Start der Währungsunion bald alle Ungleichheiten der Mitgliedsländer automatisch ausgleichen würde. Denn die gemeinsame Währung würde als Schubkraft für wirtschaftliche Abstimmungsprozesse dienen. Die vorherrschende Motortheorie folgte dem uns bekannten Denkmuster, das daran glaubt, Wirtschaftsprobleme würden vom freien Markt geregelt werden, wenn genug Wirtschaftsbarrieren abgebaut werden würden (Lipp, Reichert 1991). Die Ökonomien würden sich von magischer Hand selbst regeln und angleichen, demnach müssten Abweichungen oder Probleme der wirtschaftlichen Entwicklung von Handelsbarrieren stammen (Dow 2016). Die Konjunkturzyklen der europäischen Währungsunion sollten sich bald angleichen, was die vorherrschende Theorie in den nächsten Jahren zuerst bestätigte. Doch die EZB konnte nur einen gemeinsamen Leitzins vorgeben, der nun regelmäßig für einige Länder zu hoch und für andere zu niedrig war. In Folge darauf waren einerseits unnötig lange Konjunkturabschwünge mit unnötig hohen Jobverluste zu verzeichnen – wie zum Beispiel Anfang der Nullerjahre in Deutschland oder aktuell in Südeuropa. Andererseits traten unnötig hohe Inflation und mitunter Preisblasen z.B.: auf dem Immobilienmarkt auf – wie vor einigen Jahren in Spanien oder Irland (Gerseman 2011).

Dennoch bezeichnete Stephan Schulmeister (2018) den Euro als das bedeutendste antineoliberale Projekt der EU, da er ein Ergebnis des Gestaltungswillens der Politik war. Die kritischen Jahre davor, in denen zerstörerische Devisenspekulation und Wechselkursinstabilität vorherrschten, sollten durch

Marktschließung überwunden werden (Schulmeister 2018). Doch wurde die Sparpolitik, oder auch das Regelwerk des Neoliberalismus, wie Schulmeister es nennt, in vielen Verträgen mit eingebaut: Die Wichtigsten waren dabei Maastricht 1992, der Vertrag von Amsterdam 1999 und Lissabon 2009. In der letzten Finanzkrise am umstrittensten war die enthaltene „No bailout clause“, welche Mitgliedsländer untersagt, einander in Sachen Staatsfinanzen zu helfen (Schulmeister 2018).

Die erste damit verbundene und schon fast vergessene Krise kam um das Jahr 2003, in der Deutschland, Frankreich und Portugal schon knapp vor finanziellen Sanktionen des Stabilitäts- und Wachstumspakts (Art 126 TFEU) standen. Deutschland – und nicht Griechenland – galt damals als der „kranke Mann Europas“, der die Maastricht-Kriterien nicht mehr erfüllen konnte. Nach einer langen Rezession konnte u.a. Deutschland die europäische Staatsschuldengrenze von 60 Prozent nicht mehr einhalten. Der Ecofin Rat verzichtete dann aber schlussendlich durch Zuspruch Deutschlands und Frankreichs auf die Ausführung der Sanktionen, da die Länder Besserung versprochen und Maßnahmen einführen wollten, die den Staatshaushalt wieder in Ordnung bringen sollten. Insbesondere Deutschland führte harte Sparmaßnahmen ein, welche später als Paradebeispiel für ähnliche Situationen dienen sollten: Sie reduzierten öffentliche Investitionen, es gab Kürzungen von Reallöhnen, Arbeitslosengeld, Renten und anderen Sozialleistungen, es gab Lockerungen des Arbeitnehmerschutzes und die Senkung der Spitzensteuersätze und Unternehmenssteuern (Schulmeister 2018).

Deutschland hatte das Glück, dass es durch seine starke Exportpolitik weniger Staatsdefizit produzierte als andere Länder, weswegen die Austeritätspolitik bei der Schuldenminimierung half. Dennoch musste 2005 nach einem längeren juristischen Streit der Stabilitäts- und Wachstumspakt (englisch SGP: Stability and Growth Pact) angepasst werden, da die strikten Regeln von den damaligen Krisenländern nicht eingehalten werden konnten (Verdun 2016: 301). Nach Hall (1993) ist demnach der erste Schritt

im „Policy learning“ passiert. Es mussten bestehende Instrumente, in dem Fall der Prozess und die Fristen von Sanktionen, verändert werden. Dennoch hat sich an dem Weltbild, also dem Wirtschaftsparadigma noch nichts verändert. Die Zielhierarchie war noch immer die Gleiche und wurde durch den Erfolg Deutschlands womöglich noch bestärkt. Schlechte Staatsfinanzen und Schulden waren noch immer separate Länderangelegenheiten, die auf zu strikte Handelsbarrieren zurückgeführt wurden.

In der Zeit zwischen der ersten Krise der Wirtschaftszone und der Finanzkrise konnten die südeuropäischen Länder das höchste Wirtschaftswachstum verzeichnen: Die Bauindustrie boomte, die Arbeitslosigkeit ging zurück und die Löhne stiegen. Für sie sanken somit auch die Zinsen, es gab eine expansive Wirtschaftspolitik und eine hohe Binnenmarktnachfrage, was gut für das Wirtschaftswachstum und die Staatsfinanzen war. Dieses wurde durch die Finanzkrise jedoch unterbrochen, die Staatsanleihen verloren an Wert, wodurch kurz gesagt das Eigenkapital schrumpft, die Länder noch mehr Staatshilfen benötigten, welches wiederum zu erhöhten Staatsschulden führte. Dabei konnten sich diese Länder nicht wie bei anderen Ländern üblich durch die eigene Notenbank finanzieren (wie z.B.: die FED in den USA). Auch die Finanzierung von außen wurde unbezahlbar, da die Spekulation auf den Staatsbankrott dieser Länder die Zinsen für Staatsanleihen in unfinanzierbare Höhen trieb. Der Anstieg an Staatsschulden für die südlichen Länder war enorm. Wir erinnern uns an Griechenland, welches nach langem Hadern und Diskussionen über Brexit und „Aus des Euros“ dann doch mit mehreren Rettungspaketen am Leben erhalten wurde. Diese Abwärtsspirale an Wirtschaftseignissen in den Jahren 2008-2012 stellte die EU vor massive Herausforderungen, die sie mit dem neoliberalen Paradigma und der „no bailout clause“ nicht zu lösen vermochte. Noch drastischer für den Süden Europas waren jedoch die Lehren der ersten Krise, infolgedessen auch die Finanzkrise nach dem Beispiel Deutschlands nun als Krise des Sozialstaats umgedeutet wurde und mit drastischen Austeritätsmaßnahmen geantwortet wurde. In den

folgenden Jahren klappten die wirtschaftlichen Erfolge der südlichen und westlichen Länder immer mehr auseinander. Fingleton et. al. (2015) meinten, man könne sogar von zwei verschiedenen Euroländern sprechen: „In this respect, there are indeed two Eurolands: a stronger and more stable core zone, and a weaker, less stable southern and peripheral one“ (Fingleton et. al. 2015: 927).

Der entscheidende Richtungswechsel und die zweite Phase des „Social Learnings“

Obwohl die strukturellen Probleme der EU und der neoliberalen Regelungen sichtbar wurden, wurde auch im Vertrag von Lissabon 2009 festgeschrieben, dass die EZB bei Finanzierungsproblemen von Staaten nicht einspringen durfte. Nach den Spekulationen auf Staatsbankrotte in Folge der Finanzkrise und den mit einhergehenden Folgen gerade für die südlichen Länder, stand die Eurozone vor einer Zerreißprobe. Erst mit Mario Draghis Worten „Whatever it takes“ konnte ein Sinneswandel erfolgen (Schulmeister 2018: 57) und das Vertrauen in den Erhalt der Währungszone stabilisierte schlussendlich die Währungsunion. Dennoch war die EU noch nicht bereit, schlechte Staatsfinanzen auch als gemeinsame Aufgabe zu erkennen. Eine der wichtigsten Komponenten dieses Sinneswandels war die Rolle der Europäischen Zentralbank. Sie finanzierte Staaten in Not, obwohl ihr das ursprünglich gar nicht erlaubt war (Tuori 2019). Ein sehr passendes Zitat kommt hier von Mackintosh.

“The spell of the ‘mystical Anglo-Saxon model of liberalisation and deregulation’ was broken [...] Leaving the markets to reach equilibrium by themselves alone was recognised as foolish” (Mackintosh 2014: 406-408).

Als Resultat der Finanzkrise und der Probleme, die nun erkannt wurden, verfolgte die internationale Gemeinschaft einen neuen Kurs, der oft aggressive interventionistische Regularien folgte. In dieser Zeit nach der Finanzkrise und der Eurokrise 2010 wurden nicht nur die Einstellungen der Instrumente geändert, sondern auch neue Politik-Instrumente eingeführt,

was nach Hall (1993) nun auch als „second order change“ bezeichnet werden kann. Das neu eingeführte PSPP (Public Sector Purchase Program), welches der EU erlaubte Staatsanleihen geregelt zu kaufen, war eines dieser Instrumente, die jedoch noch immer die gleichen Ziele wie zuvor hatte: Preisstabilität zu wahren, möglichst wenig Staatsschulden anhäufen und keine zu großen Schwankungen der Inflation zuzulassen (Tuori 2019; Fontan 2018). Die Zielhierarchie hat sich demnach noch nicht verändert, weswegen auch noch nicht von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden kann.

Die Pandemie 2020 – eine Krise ohne Sündenbock

In der zweiten Phase des „Social Learning“ wurden viele neue Instrumente eingeführt, wie der vorher genannte PSPP oder aber auch die Rettungsschirme EFSM und neue Bankenaufsichten (Euractiv 2019). In der Pandemie wurde jedoch schnell klar, dass die wirtschaftlich divergierenden Länder unterschiedlich auf die Krise reagieren würden und unterschiedliche Unterstützung brauchen würden. Es musste Geld her und am besten gemeinsam, um Unterschiede innerhalb der Wirtschaftszone ausgleichen zu können. Auch die Sicherheit der medizinischen Versorgung war abhängig davon, ob Europa zusammenarbeiten würde, oder ob doch Länder im Alleingang Lieferketten unterbrechen und damit auch kritisches Material einbehalten würden. Auch Deutschland hielt für kurze Zeit Maskenlieferungen an Nachbarländer zurück (Vonplon 2020). In der Weltanschauung der Neoklassik glaubte man vor der Finanzkrise noch, dass große Finanzspritzen direkt mit einer großen Inflation einhergehen würden, die es ja unter allen Umständen zu vermeiden gelte. 2020 stand Europa allerdings vor der größten Rezession in ihrer Geschichte, die auch wenn die EU viel Geld drucken würde, zu keiner Inflation führen würde. So konnte von den Restriktionen, die mit dem Niedrig-Inflations-Paradigma einhergingen, abgewichen werden und neue Instrumente wie der RFF (Recovery and Resilience Facility) konnten entstehen. Hierzu schrieb die Kommission: „the RFF wants to make sure

the allocation of the resources are beneficial especially to the countries with a lower per capita income and with high unemployment rate to reflect the high economic and social challenges that these countries face“ (Kommission 2021).

Es galt, die Rezession sowie die sozialen und ökonomischen Auswirkungen der Krise abzufedern und die europäische Wirtschaftspolitik neu zu denken. „Crucially, it will also ensure that these investment and reforms focus on the challenges and investment needs related to the green and digital transitions, thereby ensuring a sustainable recovery. Investing in green and digital technologies, (...) allow the Union to make the most of the first-mover advantage in the global race to recovery. It will also help make the Union more resilient and less dependent by diversifying key supply chains“ (Kommission 2021).

In Bezug auf die Staatsschulden, auf die Finanzen der Länder und auf soziale Aspekte der Wirtschaft wurden massive Änderungen in der Zielhierarchie der Wirtschaftszone vollzogen. Somit könnte in diesem Bereich schon von einem Paradigmenwechsel gesprochen werden. Die „No bailout clause“ wurde ausgesetzt, aber auch andere Restriktionen unter dem SGP mussten abgeändert werden, um die neuen Instrumente 2020 zu ermöglichen. In dieser letzten Phase wurden also nicht nur die Instrumente neu erfunden, sondern es musste sich auch die Zielhierarchie hinter den Instrumenten ändern. Allerdings ist es unklar, wie lange dieser Paradigmenwechsel abseits von einer Niedrig-Inflation gehalten werden kann. Es wird auf europäischer Ebene viel diskutiert, wie lange man von den Maastricht-Kriterien absehen könne, bis es problematisch werde. Sollte schon nach einem Jahr wieder auf den Staatshaushalt und auf niedrige Schulden geachtet werden, könnte das wieder eine enorme wirtschaftliche Unsicherheit mit sich bringen, die nicht dabei helfen würde aus der Rezession herauszukommen. Im Gegenteil, Investitionen – auch Private – würden damit wieder schwächer werden und die Reparatur des Wirtschaftswachstums würde gedrosselt. Um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren und soziale Wohlfahrt wieder zu ermöglichen,

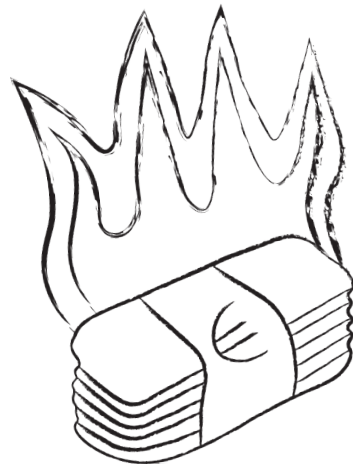
braucht es daher eine längere Abkehr von den Maastrichtkriterien, der No bailout clause und den Kriterien des SGP.

„Confronted by an economic catastrophe of historic proportions, old solutions proved insufficient“ (Mackintosh 2014: 407).

Die Finanzkrise 2008 brachte damals die politischen Entscheidungsträger*innen dazu, von ihrer neoliberalen Marktsicht etwas abzurücken und eine Marktaufsicht sowie Staatshilfen einzuführen.

Die jetzige Krise erfordert diese Art des Lernens erneut und zieht einen weiteren Schritt europäischer Integration mit sich. Es gilt die Erfahrungen dieser Krise in den Diskursen hochzuhalten und dadurch bestmöglich die Ausbesserungen alter Fehler auch in Zukunft zu erhalten, sodass die EU womöglich doch noch eine soziale und nicht nur eine wirtschaftliche Union wird.

Franca Nagl studiert Politikwissenschaft im Master. In ihrer Masterarbeit fokussiert sie sich auf europäische Integration und die Wirtschaftstheorie, die diese begleitet und geprägt hat.



Literatur:

- Begg, Iain. (2021): One Instrument, Many Goals: Some Delicate Challenges. In: CESifo Forum 1/2021 Volume 2 pp9-13. Available at: <https://www.cesifo.org/DocDL/CESifo-Forum-2021-1-begg-NGEU-january.pdf> (seen 21.03.2021)
- Dow, Sheila. (2016): Ontology and Theory for a Redesign of European Monetary Union. In: World Economic Review (6). S. 1-11.
- Fingleton, Bernard; Garretsen, Harry; Martin, Ron. (2015): Shocking aspects of monetary union: the vulnerability of regions in Euroland. In: Journal of Economic Geography 15 S. 907-934. doi:10.1093/jeg/lbu055
- Gerseman, Olaf. (2011): Zehn Gründe, warum der Euro ein Fehler war. URL: <https://www.welt.de/wirtschaft/article13726218/Zehn-Gruende-warum-der-Euro-ein-Fehler-war.html>
- Hall, Peter A. (1993): Policy Paradigms, Social Learning, and the State: The Case of Economic Policymaking in Britain. In: Comparative Politics, Vol.25. No.3. S. 275-296.
- Kommission (2001): Second Report on Economic and Social Cohesion. https://ec.europa.eu/regional_policy/sources/docoffic/official/reports/pdf/conclu1_en.pdf (Seen 21.03.2021)
- Kommission (2021): Proposal for a Regulation of The European Parliament and Of The Council establishing a Recovery and Resilience Facility. Available at <https://eur-lex.europa.eu/legalcontent/EN/TXT/?uri=CELEX%3A52020PC0408> (Seen 04.04.2021)
- Lipp, Ernst-Moritz; Reichert., Horst. (1991): Wirtschaftstheorie: Weber, Manfred (Hg.): Europa auf dem Weg zur Währungsunion, Darmstadt, S.31-48.
- Mackintosh, Stuart. P. (2014): Crises and paradigm shift. The Political Quarterly, Vol.85. No. 4. S.406-412.
- Mackintosh, Stuart. P. (2014): Crises and paradigm shift. The Political Quarterly, Vol.85. No. 4. S.406-412.
- Nicoli, Francesco. (2019): Integration through crises? A quantitative assessment of the effect of the Eurocrisis on preferences for fiscal integration. In: Comparative European Politics.Vol.17 S.397-425. Macmillan Publishers. Amsterdam. doi.org/10.1057/s41295-018-0115-4
- Schulmeister, Sefhan. (2018): Das Richtige im Falschen: Verteidigen wir den Euro. In: Blätter für deutsche Internationale Politik.
- Verdun, Amy. (2016): Economic and Monetary Union. In: Cini, Michelle/Borragán: European Union Politics (eds.). 5th ed. Oxford, Oxford University Press. S.295-307.
- Vonplon, David. (2020): Deutschland lenkt im Exportstreit um die Schutzmasken ein. <https://www.nzz.ch/schweiz/deutschland-lenkt-im-exportstreit-um-die-schutzmasken-ein-ld.1546320> (Gesehen am 02-05-2020)

Warum wir uns nicht aus der Klima- und Umweltkrise „herausinvestieren“ können

Samuel Kempf

Die Corona-Pandemie hat nicht nur zu einem gewaltigen Wirtschaftseinbruch geführt, sondern gleichzeitig auch dafür gesorgt, dass die globalen CO₂-Emissionen wie nie zuvor zurückgegangen sind. Dies ist kein Zufall, ist doch die Wirtschaftsleistung (BIP) einer der stärksten Treiber von CO₂- bzw. Treibhausgasemissionen (Haberl et al. 2020: 29 f., Parrique et al. 2019: 26). Zumindest für das Klima war 2020 also ein gutes Jahr. Doch die Freude währt nur kurz. Denn schon stehen alle Zeichen wieder auf Wachstum. Es ist folglich damit zu rechnen, dass die CO₂-Emissionen bald erneut das Vorkrisenniveau erreichen werden. Dabei müssten wir, wenn wir die Erderwärmung bis zum Ende des Jahrhunderts auf maximal 1,5 Grad Celsius begrenzen wollten, von nun an jedes Jahr solche Emissionsreduktionen wie während des Corona-Jahres 2020 haben (UNEP 2019).

Insbesondere VertreterInnen linker Bewegungen und Parteien setzen sich daher dafür ein, dass die Konjunkturprogramme zur „Wiederbelebung“ der „Wirtschaft“, also zur Generierung von Wirtschaftswachstum, an Nachhaltigkeitskriterien geknüpft sind. Für sie stellen die mit der Corona-Krise verbundenen Konjunkturprogramme nicht nur die Chance zum „Wiederaufbau“, sondern mehr noch zum „Umbau“ der „Wirtschaft“ im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation dar. So fordern etwa Fridays for Future einen „Klima-Corona-Deal“, um „die staatlichen Rettungsgelder intelligent und klimagerecht zu investieren“ und „tausende neue und langfristig sichere klimafreundliche Arbeitsplätze [zu] schaffen“ (Fridays for Future 2020). Julia Herr, Nationalratsabgeordnete der SPÖ, will „Klimaschutzinvestitionen [...] beschleunigen und so den dringend benötigten Kickstart für die Zeit nach der Corona-Krise [...] liefern“ (*frauen.spoe.at* vom

02.04.2020). Und für die grüne Umweltministerin Leonore Gewessler ist Klimaschutz „das beste Konjunkturprogramm“ (*kirchenzeitung.at* vom 09.03.2021). Es ist zwar absolut richtig, Staatshilfen für schmutzige Industrien zu unterbinden und „grüne“ Technologien zu fördern. Allerdings wird das alleine nicht ausreichen, um die bevorstehenden ökologischen Krisen zu bewältigen. So schön die Vorstellung auch sein mag: Wir werden uns nicht aus der Klima- und Umweltkrise „herausinvestieren“ können. Aber wieso eigentlich nicht?

Das Problem ist, wie oben schon angedeutet, dass die Investitionen in klima- und umweltfreundlichere Branchen gleichzeitig mit dem Ziel verbunden sind, Wirtschaftswachstum zu generieren. „Grünes Wachstum“ nennt sich diese Idee, der sich mittlerweile alle großen Volkswirtschaften verschrieben haben. Über verschiedenste Mechanismen und Investitionen – der Klimabonus etwa wird im Beitrag von Josef Mühlbauer auf Seite 55 in diesem Heft angesprochen – soll die „Wirtschaft“ wachsen, während der Energie- und Ressourcenverbrauch bzw. die damit verbundenen negativen Umweltauswirkungen sinken sollen. Man spricht in diesem Zusammenhang von *absoluter Entkopplung*. Diese Herangehensweise steht im Kontrast zu bisherigen Wachstumsprozessen, bei denen allenfalls eine *relative Entkopplung* beobachtet werden konnte, das BIP und die negativen Umweltauswirkungen also beide gestiegen sind, Letzteres jedoch langsamer als Ersteres.

Bei genauerem Hinsehen entpuppt sich „grünes Wachstum“ allerdings als fromme Hoffnung. Denn leider gibt es keine Belege dafür, dass absolute Entkopplung möglich ist. Zum einen konnte eine absolute Entkopplung der CO₂-Emissionen in dem

Ausmaß, wie sie zur Erreichung der Pariser Klimaziele notwendig wäre, in der Vergangenheit noch nie auch nur ansatzweise beobachtet werden (Haberl et al. 2020: 29 f., Parrique et al. 2019: 24-27, Hickel & Kallis 2019). Und selbst wenn man zugutehalten würde, dass politisch bisher schlicht noch keine ernsthaften Versuche zur Realisierung absoluter Entkopplung unternommen worden wären, mangelt es dem Konzept des „grünen Wachstums“ zum anderen auch an einer plausiblen theoretischen Grundlage.

So wird beispielsweise das Potential einer Kreislaufwirtschaft stark überbewertet (Parrique et al. 2019: 46-48, Kern 2019: 48 f., Korhonen et al. 2018). Auch Erneuerbare Energien sind nur begrenzt nutzbar (Kern 2019: 60-77). Zudem führt deren massiver Ausbau bisweilen nur zur Verlagerung ökologischer Probleme (Paech 2019: 81-84, Parrique et al. 2019: 40). Ebenso wird die Möglichkeit zu Effizienzsteigerungen durch technischen Fortschritt (Parrique et al. 2019: 49-52, Kern: 52-58, Hickel & Kallis 2019: 481 f.) sowie der ökologische Nutzen einer Dienstleistungswirtschaft überschätzt (Parrique et al. 2019: 42-45, Kern 2019: 49-52). Unterschätzt wird hingegen der erhöhte Energie- und Materialaufwand, der in Zukunft für die immer schwerer zu extrahierenden Rohstoffe aufzuwenden sein wird (Parrique et al. 2019: 32-35). Zusätzlich ist die Klima- und Umweltbilanz vieler Industrieländer durch das Outsourcing energie- und materialintensiver Industrien in „Schwellen- und Entwicklungsländer“ geschönt (Parrique et al. 2019: 53-55, Wiedmann et al. 2015). Daher kann eine absolute Entkopplung von BIP-Wachstum und Umweltauswirkungen bestenfalls regional, zeitlich begrenzt und sektoral festgestellt werden.

Ein weiteres Problem von Investitionen in „grüne“ Sektoren und effizientere Technologien ist, dass die dadurch entstandenen Einsparungen im Energie- und Ressourcenverbrauch durch einen Anstieg der Nachfrage wieder aufgefressen werden können (Schmelzer & Vetter 2019: 79, Parrique et al. 2019: 36-39, Paech 2019: 75-92). Dieses Phänomen wird in der Fachliteratur als *Rebound-Effekt* bezeichnet. So führen neue, effizientere Technologien und Produkte nicht selten auch zu einem Zuwachs an „materiellen

Bestandsgrößen“ (Paech 2019: 75). Zudem wird die fossile Grundstruktur vieler Volkswirtschaften durch die neuen Technologien und Produkte oftmals nur ergänzt und nicht ersetzt. Niko Paech stellt diesen „materiellen Additionseffekt“ aus Überkompensation und Ergänzung anstatt Ersatz anschaulich am Beispiel der Kombination von Elektromobilität und regenerativer Energie dar und fragt: „Welche zusätzlichen Produktionsstandorte, Stromtrassen, Industrien für Speichermedien, IT-Endgeräte zwecks Automatisierung und Smart Metering, Versorgungsstationen für Elektromobile, Entsorgungsindustrien für ausgediente Akkus bilden die Voraussetzung bzw. Folge derartiger Lösungen?“ (ebd.: 76).

Neben diesen „materiellen Rebound-Effekten“ (ebd.: 75) sind aber auch „finanzielle Rebound-Effekte“ (ebd.: 84) am Wirken. Einerseits führen Effizienzsteigerungen zu Kostenersparnissen bei den VerbraucherInnen – die dadurch entstandene zusätzliche Kaufkraft wird jedoch zumeist an anderer Stelle wieder energie- und materialintensiv verausgabt (ebd.: 84f). Als „Einkommenseffekt ökologischer Investitionen“ beschreibt Paech andererseits den Umstand, dass durch Investitionen in „grüne“ Wirtschaftsbranchen, etwa den Ökostromsektor, die Einkommen der in diesen Branchen Beschäftigten steigen, welche wiederum für Güter aller Art, also auch energie- und materialintensive Güter, ausgegeben werden. Selbst wenn es gelänge, die Ausgaben der zusätzlichen Einkommen vollständig in den (vermeintlich) energie- und materialärmeren Dienstleistungssektor zu lenken, etwa den Bildungsbereich, so könne keineswegs davon ausgegangen werden, dass auch die damit verbundenen Einkommenszuwächse in diesen Sektoren wiederum nur für energie- und materialarme Dienstleistungen verausgabt würden (ebd.: 86-88). Was also tun?

Es muss zunächst einmal festgehalten werden, dass Investitionen in „grüne“ Sektoren und Technologien nicht grundsätzlich falsch sind. Wenn wir beispielsweise den Umstieg auf die Erneuerbaren Energien schaffen wollen, brauchen wir zwingend Investitionen. Da diese Investitionen

jedoch gleichzeitig auch zu Wirtschaftswachstum führen sollen (welches nicht in ausreichendem Maße von negativen Umweltauswirkungen entkoppelt werden kann) und zusätzliche Rebound-Effekte auszulösen drohen, ist zu erwarten, dass große Teile der Effizienzeinsparungen durch das anhaltende Wirtschaftswachstum einfach wieder aufgehoben werden. Der Ruf nach Investitionen muss daher zugleich auch durch das Ziel begleitet werden, unseren gesamtwirtschaftlichen Output so schnell wie möglich zu verringern oder zumindest auf dem jetzigen Niveau zu halten. Nur im Zusammenspiel von Effizienzsteigerungen und Wirtschaftsschrumpfung ist die Einhaltung der Pariser Klimaziele, geschweige denn anderer planetarer Grenzen, überhaupt denkbar.

Die Frage, wie wir die ökologische Krise abwenden wollen, berührt damit aber auch unser Grundverständnis einer funktionierenden Wirtschaft und Gesellschaft. Da nämlich alle kapitalistischen Systeme einem Wachstumszwang unterliegen (Binswanger 2019), sie also ohne kontinuierliches Wachstum zusammenbrechen würden, wäre ein dauerhaft stagnierendes oder gar schrumpfendes BIP nur in einem nicht-kapitalistischen System vorstellbar. Schließlich sind es die in ständiger Konkurrenz zueinanderstehenden Einzelkapitalien – Staaten, Regionen, Städte, Unternehmen, Individuen – die nach dem Prinzip „wachse oder weiche“ gezwungen sind, ihre Produktivität immer weiter zu steigern (Kern 2019: 27-29). In einem auf Kooperation und Solidarität basierenden System hingegen gäbe es keinen Zwang zum Wachsen, da sich jede der Einzelkapitalien sicher sein könnte, dass sie ihren gerechten Anteil an den verfügbaren Ressourcen erhält, sie also nicht durch die stetig wachsende Konkurrenz in ihrer Existenz bedroht wäre.

Bevor wir also kopflos in alles Mögliche investieren, um das Wachstum anzukurbeln, sollten wir uns ganz grundsätzlich darüber verständigen, wie es in Zukunft weitergehen soll. Wollen wir noch weiterwachsen und wenn ja, wieviel? Welchen Zweck hat weiteres Wachstum? Kann Wohlstand auch anders verstanden werden als über den Konsum von immer mehr Gütern? Und ist ein auf Wachstumszwang basierender

Kapitalismus wirklich das geeignete Mittel zur Lösung der Klima- und Umweltprobleme? Oder führt er uns sehenden Auges direkt in den Abgrund?

Zur Verdeutlichung: Ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum von 2 Prozent pro Jahr, wie es die meisten industrialisierten Länder (auch Österreich) mindestens anstreben, hätte eine Verdopplung der Wirtschaftsleistung alle 35 Jahre zur Folge. In 70 Jahren, bis zum Jahr 2090, hätte sich das BIP in Österreich dann vervierfacht. Und in 140 Jahren, im Jahr 2160, hätten wir gar ein 16 Mal höheres BIP als jetzt. Bei 3 Prozent jährlichem BIP-Wachstum hätte sich unsere Wirtschaftsleistung im Jahr 2090 sogar verachtfacht und im Jahr 2160 wäre sie um den Faktor 64(!) größer als jetzt. Abgesehen davon, dass ein solches Wirtschaftswachstum den Energie- und Materialverbrauch in unvorstellbare Höhen treiben würde, muss auch den größten BefürworterInnen von kontinuierlichem Wirtschaftswachstum eine Vervielfachung der Wirtschaftsleistung in dieser Dimension absurd erscheinen. Irgendwann werden wir uns als Gesellschaft fragen müssen, wieviel genug ist (Skidelsky & Skidelsky 2014). Zumindest für Österreich bzw. die EU gibt es keinen Grund, wieso dieser Punkt nicht jetzt schon erreicht sein sollte.

Effektiver Klima- und Umweltschutz, das hat uns die Corona-Krise gelehrt, geht am besten mit einer drastischen Reduktion von Produktion und Konsum. Forderungen nach Investitionen in Klima- und Umweltschutz sind zwar berechtigt – sie müssen aber zugleich in eine breitere Debatte über Wirtschaftswachstum und unser kapitalistisches Wirtschafts- und Gesellschaftssystem eingebettet sein. Ansonsten wird der Beitrag „grüner Investitionen“ zum Klima- und Umweltschutz marginal bleiben. Zu glauben, wir könnten uns aus der Klima- und Umweltkrise „herausinvestieren“, führt am Kern des Problems vorbei. Wir können die Klima- und Umweltkrise letztlich nicht lösen, ehe wir nicht die Frage beantworten, wieviel wir noch wachsen wollen. Im Kapitalismus – ob „grün“, „blau“ oder sonst wie gefärbt, ob keynesianisch oder neoliberal – ist nachhaltiger Klima- und Umweltschutz unmöglich. Ein immerfort expandierendes System kann es auf einem begrenzten Planeten schlichtweg nicht geben.

Indem wir die Schrumpfung als Chance sehen, so ungewohnt es klingen mag, tun wir der Umwelt – und nicht zuletzt uns selbst – den größten Gefallen.

Samuel Kempf studiert Politikwissenschaft im Master. In seiner Masterarbeit beschäftigt er sich mit wachstumskritischen Perspektiven im Europäischen Parlament.

United Nations Environment Programme (2019): Emissions Gap Report 2019. Global progress report on climate action. <https://www.unep.org/interactive/emissions-gap-report/2019/>; (Zugriff: 06.05.2021).

Wiedmann, Thomas O. et al. (2015): The material footprint of nations. In: Proceedings of the national academy of sciences 112/20, S. 6271–6276.

Literatur- und Quellenverzeichnis:

Binswanger, Mathias (2019): Der Wachstumszwang. Warum die Volkswirtschaft immer weiterwachsen muss, selbst wenn wir genug haben. Weinheim: Wiley-VCH.

Fridays for Future (2020): Klima-Corona-Deal. Für einen klimagerechten Gesellschaftsvertrag in Österreich. https://vi.fridaysforfuture.at/uploads/Klima-Corona-Deal_19.05.2020.pdf, (Zugriff: 04.05.2021).

Friedlingstein, Pierre et al. (2020): Global Carbon Budget 2020. In: Earth System Science Data 12, S. 3269–3340.

Haberl, Helmut et al. (2020): A systematic review of the evidence on decoupling of GDP, resource use and GHG emissions, part II. Synthesizing the insights. In: Environmental Research Letters 15/6, p. 65003.

Hickel, Jason/Kallis, Giorgos (2019): Is Green Growth Possible? In: New Political Economy 25/4, S. 469–486.

Kern, Bruno (2019): Das Märchen vom grünen Wachstum. Plädoyer für eine solidarische und nachhaltige Gesellschaft. Zürich: Rotpunktverlag.

Korhonen, Jouni/Honkasalo, Antero/Seppälä, Jyri (2018): Circular Economy. The Concept and its Limitations. In: Ecological Economics 143, S. 37–46.

KirchenZeitung Diözese Linz (09.05.2021): „Klimaschutz ist das beste Konjunkturprogramm“. <https://www.kirchenzeitung.at/site/themen/gesellschaftsoziales/klimaschutz-ist-das-beste-konjunkturprogramm>, (Zugriff: 05.05.2021).

Paech, Niko (2019): Befreiung vom Überfluss. Auf dem Weg in die Postwachstumsökonomie. 11. Auflage, München: Oekom-Verlag.

Parrique, Timothée/Barth, Jonathan/Briens, François/Kerschner, Christina/Kraus-Polk, Alejo/Kuokkanen, Anna/Spangenberg, Joachim H. (2019): Decoupling debunked. Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. European Environmental Bureau.

Schmelzer, Matthias/Vetter, Andrea (2019): Degrowth/Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius-Verlag.

Skidelsky, Robert/Skidelsky, Edward (2014): Wie viel ist genug? Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. 2. Auflage, München: Wilhelm Goldmann Verlag.

SPÖ (02.04.2020): Herr: Nach Corona mit Klimainvestitionen durchstarten. <https://frauen.spoe.at/2020/04/02/herr-nach-corona-mit-klimainvestitionen-durchstarten/>, (Zugriff: 05.05.2021).



Degrowth by design – Wege aus der multiplen Klimakrise hin zur Postwachstumsgesellschaft

Josef Mühlbauer, BA

Die Gletscher schmelzen dahin, Wälder vertrocknen und Äcker bringen aufgrund von Starkregen und Dürreperioden geringere Ernten (vgl. Lindner/Schuster 2019). Die Zeichen der Zeit stehen im wahrsten Sinne des Wortes auf Sturm. Die Klimakrise ist eine der größten globalen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts (Umweltbundesamt Österreich 2021).

Und das Wissen darüber besteht spätestens seit den 1970ern, mit dem Bericht des *Club of Rome*, der aufzeigte, dass unser auf Wachstum basierendes Wirtschaftssystem die planetaren Grenzen sprengt und Verwüstungen im unvorstellbaren Ausmaß verursachen könnte (Meadows et al. 1972). Zusätzlich zur Umweltkrise beobachten wir weltweit autoritäre und rechtspopulistische Tendenzen, Ressourcenkämpfe (Colgan 2013), Umstrukturierungen aufgrund der Digitalisierung und *last but not least* wirtschaftliche Krisen. Die derzeitige Corona-Krise könnte hierbei als Wendepunkt dieser multiplen Krise (Brand 2009) angesehen werden, weil große gesellschaftspolitische Fragen gleichzeitig in den Vordergrund treten: Wie müssen gesellschaftliche Naturverhältnisse gedacht werden, um nicht zu bloßen Lippenbekenntnissen degradiert zu werden? Wie muss Wohlstand konstituiert sein, damit er nicht auf Kosten anderer geht? Ist das gute Leben für alle auch ohne permanentes Wirtschaftswachstum möglich?

Im Zeitalter des Anthropozäns ist der Mensch zwar verantwortlich für das Artensterben und die Klimakrise, ein Umbruch ist jedoch möglich und umsetzbar. Doch es bedarf eines grundlegenden Umdenkens – einer sozial-ökologischen Transformation (vgl. Brand 2016). Die Klimakrise zeigt die grundlegenden Widersprüche unseres Wirtschaftssystems auf: Die derzeitige

Wirtschafts- und Produktionsweise basiert nämlich überwiegend auf fossilen Energieträgern und der Logik des permanenten Wachstums. Wohlstand wird heute überwiegend am Wirtschaftswachstum (BIP) gemessen (Latouche 2010). Die Erwartung eines ständig steigenden BIPs ist gekoppelt mit einer, den Naturgesetzen diametral entgegengesetzten Prämisse. Exponentielles bzw. unendliches (Wirtschafts-) Wachstum führt zu Ressourcenknappheit und Umweltschäden und kann dauerhaft aufgrund planetarer Grenzen nicht gehalten werden (vgl. ebd.). Nachgedacht werden muss also, wie Klimaschutzmaßnahmen nicht nur transparent und sozial gerecht eingeführt werden, sondern wie sie von partizipativen Gesellschaftsprozessen begleitet werden können.

Der Klimabonus wird in diesem Kontext seitens des „Klimavolksbegehrens“ in Österreich als adäquate Lösung angeboten. Klimaschädliche Subventionen müssen demnach abgebaut und sozial gerechte Klimasteuern auf Treibhausgase eingeführt werden. Dieser Klimabonus löst einerseits einen sozial-gerechten Umverteilungseffekt aus, indem sozial-ökonomisch Benachteiligte davon profitieren. Andererseits ermöglicht er zugleich eine grundsätzliche Handlungsfreiheit, denn eine gerechte Kostenverteilung der einzelnen Konsumentenscheidungen wird ganz im Sinne des Verursacherprinzips geregelt.

Auf der anderen Seite läuft man hier jedoch Gefahr, die Rebound-Effekte des „grünen Wachstums“ zu übersehen. Der Glaube an den technologischen Fortschritt, der hier mitschwingt, muss ebenfalls problematisiert werden. Zur Erinnerung: Der Rebound-Effekt bezeichnet jenen Rückschlageffekt bei dem eine Effizienzsteigerung dafür sorgt, dass es zu einem Anstieg des Energieverbrauchs kommt.

Hier geht es darum, dass Verbraucher*innen geringere Ausgaben haben und weitere Produkte erwerben bzw. Produzent*innen mehr erzeugen. Am Kernkonzept unserer Wirtschaftsweise, also am permanenten Wachstumsdrang, wird nicht gerüttelt (Alt Vater 2015). Hier schließe ich mich den Vertreter*innen der Degrowth-Bewegung (Latouche 2010; AK Postwachstum 2016; Schmelzer 2019) an, die keine relative, sondern eine absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs und der Emissionen anstreben. Für einen sozial-ökologisch und gerechten Strukturwandel braucht es daher eine demokratisch legitimierte Verfassung, die Umwelt als gesellschaftliches Naturverhältnis, also nicht getrennt vom Menschen und seiner Wirtschaftsweise betrachtet (vgl. Görg 1999).

Strategien zum Klimaschutz müssen darüber hinaus zum Ziel haben, unsere externalisierende Art des Wirtschaftens grundlegend zu verändern und zwar nach den Prinzipien von Suffizienz („das richtige Maß“), Solidarität und der Bedürfnisorientierung (vgl. Schmelzer 2019).

Im Zuge der Digitalisierung müssen auch Maßnahmen zur Sicherung des sozialen Wohlstands und eine Demokratisierung der Wirtschaft in der Verfassung verankert werden. Mit diesen Maßnahmen würde man breite soziale Schichten ansprechen und dem Rechtspopulismus und autoritären Tendenzen entgegensteuern können. Der Umbruch hin zur Postwachstumsgesellschaft beinhaltet alternative Wohlstandsindikatoren (z.B. Zeitwohlstand), eine ökologische Fiskalpolitik, Emissionsbegrenzungen, gemeinschaftliche Infrastrukturen und nicht zuletzt die Förderung regionaler Selbstversorgung (Autonomie).

Das gute Leben für alle in der Postwachstumsgesellschaft kann ermöglicht werden durch: gemeinwohlorientierte Wohnprojekte, Ernährungsräte, demokratische und selbstverwaltete Energieversorgung, regionale Wirtschaftskreisläufe, Agrarkooperativen und durch kleinere Projekte, die auf Commoning (vgl. Federici 2019), Sharing

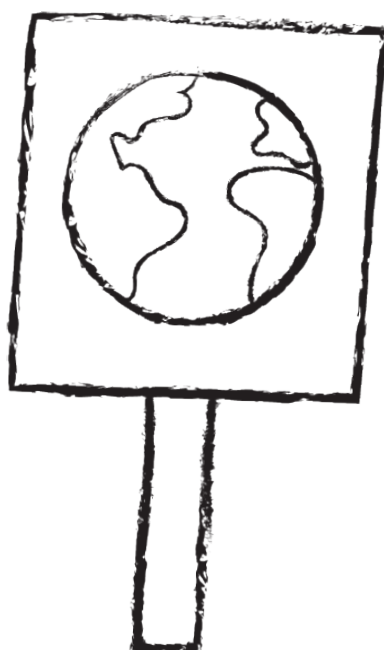
und Solidarität basieren (I.L.A. Kollektiv 2019). Man kann von diesen Leitlinien auch ganz konkrete Policy-Vorschläge ableiten: Ein Beispiel hierfür wäre der öffentliche Verkehr. Gemeinschaftliche Investitionen in den öffentlichen Verkehr kommen der Allgemeinheit zugute und sind umweltfreundlicher als die staatlichen Subventionen zu Gunsten der Automobil- und Flugindustrie.

Zur Conclusio

oder was können wir von der Corona-Krise in Bezug auf die multiple Krise lernen? Nachdem im Zuge der Coronapandemie große Teile der umweltbelastenden Industrien stillgelegt wurden, ist die Luft nicht nur in China sauberer (Bar 2020).

Wissenschaftliche Studien belegen, dass sich Fischbestände und Flüsse regenerieren und die Luftverschmutzung abnimmt (ebd.). Das Wirtschaftswachstum wurde dramatisch gebremst und hatte zwar positive Folgen für die Umwelt, jedoch Prekäre für weniger privilegierte soziale Gruppen. Personen mit niedrigem sozialen Status und weniger Einkommen sind stärker von den gesundheitlichen Folgen der Krise betroffen (Heisig 2020). Die Arbeitsbelastung für Personen in Pflegeberufen, in einer Branche, die ohnehin schon schlecht bezahlt ist, ist durch die anhaltende Coronakrise extrem hoch (ebd.). Allein in Österreich sind fast eine Million Menschen entweder ohne Lohnarbeit oder in Kurzarbeit (AMS 2021). Vom Anstieg des Alkoholkonsums oder Psychopharmaka ganz zu schweigen. Dies ist ein klassischer Fall von *Degrowth by disaster*. Degrowth by design – also der Umbruch zur Postwachstumsgesellschaft – muss hingegen gesamtgesellschaftlich und über demokratische Mechanismen wie z.B. Volksabstimmungen etabliert werden.

Josef Mühlbauer, BA studiert im Master Politikwissenschaft und nebenbei Philosophie, ist Mit-Initiator von Students for Future Vienna und arbeitet ehrenamtlich für das Varna Institute for Peace Research (VIPR).



Quellen

AK Postwachstum (Hrsg.) (2016): Wachstum - Krise und Kritik. Die Grenzen der kapitalistisch-industriellen Lebensweise. Frankfurt/New York: Campus.

Altvater, Elmar (2015): Der Grundwiderspruch des 21. Jahrhunderts. Der globalisierte Kapitalismus ist auf eine stetig wachsende Wirtschaft angewiesen, nun stößt er an natürliche Grenzen. In: Le Monde Diplomatique. Atlas der Globalisierung. Weniger wird mehr. Berlin: Taz.

AMS (2021): Jänner-Arbeitsmarkt: Covid-19-Krise lässt Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit weiter steigen, abgerufen am 15.2.2021, unter: <https://www.ams.at/regionen/osterreichweit/news/2021/02/arbeitsmarkt-jaenner-covid-19-krise-laestt-arbeitslosigkeit-und-kurzarbeit-weiter-steigen>.

Bar, Harekrishna (2020): COVID-19 lockdown: animal life, ecosystem and atmospheric environment. In: US National Library of Medicine. Nature Public Health Emergency Collection (PMC7527264). S. 1-18.

Brand, Ulrich (2009): Die multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimension, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.

Brand, Ulrich (2016): Sozial-ökologische Transformation. In: Bauriedl, Sybille (Hg.): Wörterbuch Klimadebatte. Bielefeld: transcript. S. 277-282.

Colgan, Jeff D. (2013): Petro-Aggression. When Oil Causes War. Cambridge: Cambridge University Press.

Federici, Silvia (2019): Re-enchanting the World. Feminism and the Politics of the Commons. Oakland: PM Press.

Görg, Christoph (1999): Gesellschaftliche Naturverhältnisse. Einstiege. Münster: Westfälisches Dampfboot.

Heisig, Jan Paul (2020): Corona-Krise: Was sind soziale Folgen der Pandemie? In: Bundeszentrale für Politische Bildung, abgerufen am 2.2.2021, unter: <https://www.bpb.de/politik/innenpolitik/coronavirus/307702/soziale-folgen>.

I.L.A. Kollektiv (Hrsg.) (2019): Das Gute Leben für Alle. München: Oekom Verlag.

Latouche, Serge (2010): Degrowth. In: Journal of Cleaner Production. Vol.18 (6). S. 519-522.

Lindner, Michael & Schuster, Antonia (2019): Zehn Fakten zum Klimawandel. In: Zeit Online, abgerufen am 11.1.2021, unter: <https://www.zeit.de/wissen/umwelt/2018-11/klimagipfel-in-katowice-klimawandel-fakten-mythen-globale-erwaermung-wissenschaft>

Meadows, Dennis/ Meadows Donella & Randers, Jorgen (1972): The Limits of Growth. Virginia: Potomac Associates.

Schmelzer, Matthias/ Vetter, Andrea (2019): Degrowth/ Postwachstum zur Einführung. Hamburg: Junius.

Umweltbundesamt Österreich (2021): Wege aus der Klimakrise, abgerufen am 19.1.2021, unter: <https://www.umweltbundesamt.at/wege-aus-der-klimakrise>.

Real ≠ Ideal: „Inseratenkorruption“ und die Zukunft der Medien in Österreich

Mag. Barbara Sommerer

Liest man den aktuellen „Österreichischen Journalismus-Report“ des Medienhauses Wien staunt man nicht schlecht, wenn man erfährt, dass in zehn Jahren rund 25 Prozent der „originär journalistischen Arbeitsplätze“ eingespart und verloren gingen – Redaktionen somit kleiner und älter wurden und sich andererseits „Kanäle“ vervielfacht haben. Werbebudgets der öffentlichen Hand hingegen haben sich knapp verzehnfacht und die PR- und Kommunikationsabteilungen in Ämtern und Regierungsbehörden sind größer als so manche Redaktion einer Tageszeitung. Man staunt auch, dass vor diesem Hintergrund Redaktionen immer noch arbeiten (können) und Medienprodukte erscheinen, obwohl sie AbonnentInnen, unter anderem an „Alternativmedien“, verlieren und sich gleichzeitig um neue Distributionswege, Absatzmärkte, Medienkanäle sowie neue digitale MitbewerberInnen kümmern müssen (mehr dazu in: Kaltenbrunner/Lugschitz/Karmasin/Luef/Kraus 2020).

„Inseratenkorruption“ – was ist das?

In Österreich ist, zusätzlich zu den bereits erwähnten Erschwernissen, die direkte Abhängigkeit „der Medien“ von Inseraten öffentlicher Auftraggeber ein disruptiver Keil, der eine zukunftsgerichtete Loslösung dieser finanziellen Abhängigkeit hin zu einer neuen Medienförderung blockiert. Diese finanzielle Abhängigkeit „der Medien“ von Inseraten wird hinlänglich als „Inseratenkorruption“ bezeichnet.

Der Nationalratsabgeordnete Helmut Brandstätter (NEOS) beschrieb diesen Begriff in seiner Rede am 24.02.2021 folgendermaßen: *„Das Zuckerbrot ist natürlich die Inseratenkorruption. Ich habe schon so oft*

Inseratenkorruption gesagt und es sagt auch niemand etwas dagegen. Was heißt Inseratenkorruption? – Dass man sagt: Du bekommst ein bisschen mehr Geld, aber dann erwarten wir schon eine freundliche Berichterstattung. – Das ist Medienpolitik der Firma Kurz, und ich weiß, dass es so ist.“ (Parlament 2021).

Zuletzt wurden auch mehrere Nachweise dieser Begehrlichkeiten bekannt, unter anderem der Vorschlag für mediales „Wohlfühlen“ am 16.01.2019 im Bundesministerium für Finanzen unter Hartwig Löger (veröffentlicht in den Chats des Ibiza-Untersuchungsausschusses): *„Aktuell wird über das sehr üppige Medienbudget (weit mehr als die Medienförderung) des BMF viel Wohlfühlen für persönliche Zwecke gesichert. Es wäre toll, wenn dieses dem Bundesministerium bzw. dem Bundesminister zugute kommen würde.“* (Walach 2021). Ein weiterer konkreter Hinweis hierzu findet sich in der Aussage der ehemaligen Außenministerin Karin Kneissl am 04.05.2021 im „Ibiza-Untersuchungsausschuss“: *„Der Zweck dieser Regierungsinserate ist sicher unter anderem – so habe ich es verstanden – den guten Willen der Berichterstattung zu kaufen.“* (Klenk 2021). Frau Kneissl wurde nach Ihrem Entschluss, das Inseratenbudget um € 1,8 Mio. zu reduzieren, auch von RegierungskollegInnen gewarnt: *„Das würde zu Negativberichterstattung und schlechter Berichterstattung führen“* (Klenk 2021).

Das Recherchekollektiv *Dossier* widmete der Thematik *„Wie Korruption Österreich prägt“* ein ganzes Heft und beschrieb darin detailliert die Ergebnisse seiner Recherchen: *„Wie DOSSIER-Recherchen zeigen, greifen*

Regierungsmitglieder insbesondere in Wahlkampfzeiten in die Steuertöpfe, um Inserate zu schalten und sich die Gunst der Medien zu erkaufen.“ (Dossier 2019)

In einem Interview bestätigte auch Ex-Bundeskanzler Christian Kern (SPÖ) die geläufigen Methoden der Absprachen und des „Inseratenspiels“. *„Im Grunde ging es um die Frage: Wer regiert das Land? Österreich und die Krone oder die Politik? Fellner ging es wohl um das Geld, das die Krone bekommt, um ihren Status, ihre Macht. Mein Verhältnis zu beiden Zeitungen war restlos zerrüttet. Das war vermutlich auch wahlentscheidend. Krone-Redakteure sind vor meiner und nach meiner Zeit im Kanzleramt ein- und ausgegangen. Die wollten wieder zurück nach der Vertreibung aus ihrem Paradies. Das hat sie unglaublich provoziert.“ (Sankholkar 2019).*

Selbst der österreichische Nationalratspräsident Wolfgang Sobotka (ÖVP) äußerte sich am 10.12.2020 in der Sendung „Fellner! Live“ (oe24) zur Frage der Inserate: *„Sie kennen das Geschäft ja: Für's Inserat gibt es ein Gegengeschäft! Ja, natürlich“ (oe24 2020).*

Es ist, wie sich zeigt, also nicht nur eine Krise, es ist ein Bündel an Krisen, das „Medien“ in ihrem Umbruch aktuell beschäftigt und formt. In diesem Krisenmilieu und vor dem Hintergrund ihrer Abhängigkeitsverhältnisse stellen sich die Fragen: Wie arbeiten österreichische Medien unter diesen Bedingungen und welche Wirkungen entfalten diese Abhängigkeitsverhältnisse? Wie wirken sich mediale, politische Begehrlichkeiten auf die journalistischen Produkte aus? Und wie weit reicht „Gefälligkeitsjournalismus“, der dieses Wohlwollen auch umsetzt?

Die Bezeichnung „Gefälligkeits- bzw. Zuckerjournalismus“ bezieht sich einerseits auf das oben beschriebene „Wohlwollen“ und andererseits auf das Verhältnis von Medienförderung – ca. € 9 Mio. – zu Inseratevolumen – ca. € 200 Mio. (Fiedler 2019) – und dessen mögliche Auswirkung auf die Berichterstattung. Im Corona-Krisenjahr wurden diese Volumina noch durch zusätzliche Sonderförderungen von € 32 Mio. ergänzt (Fiedler, 4/2020). Ende 2020 wurde bekannt, dass weitere € 210 Mio. für Regierungskampagnen, Inserate und Kreativleistungen über vier Jahre vergeben werden (Fiedler 11/2020).

Zu beobachten ist allgemein eine Fokussierung der Parteien und öffentlichen Stellen bei Print-Werbebeiträgen in der „Kronen Zeitung“, „Heute“ und „Österreich“. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang darauf, dass laut Fallstatistik des österreichischen Presserates, einige dieser Medien gleichzeitig die Fallstatistik der Verstöße gegen den Ehrencodex der österreichischen Presse anführen. 2020 entfielen laut Statistik des österreichischen Presserates von 418 Beschwerdefällen 62 auf die „Kronen Zeitung“, 57 auf „Österreich/Oe24“ und 52 auf „der Standard“ (siehe dazu Österreichischer Presserat: Die Fallstatistik für das Jahr 2020).

Zu verweisen ist hier auch gleichzeitig auf den Unterschied zwischen Journalismus und anderen Formen der Kommunikation: Dieser wird dadurch definiert, dass Journalismus keine interessengesteuerte Information verfolgt (im Vergleich bspw. zu PR), sondern möglichst ausgewogen Informationen bieten und auch über Fehlentwicklungen informieren möchte, um LeserInnen bzw. SeherInnen Entscheidungsmöglichkeiten bieten zu können. Vollständige Zahlen zu Beschäftigten in der politischen PR (Ämter, Beratungsmandate etc.) liegen aktuell nicht vor (Sommerer, 2020).

Im österreichischen Kontext ist beispielsweise auch die Aufstockung von PR-MitarbeiterInnen Thema der Berichterstattung. *„Allein im Bundeskanzleramt beschäftigen sich laut aktueller Geschäftseinteilung mehr als 80 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit Medien.“ (Huber 2021).* Darüber hinaus war auch eine Entwicklung, die als „Rückkehr der Parteipropaganda“ (Schmidt-Vierthaler 2019) bezeichnet wurde, zu beobachten. Seit 2019 wurde diese Entwicklung durch die Gründung des ÖVP-Parlamentsklub-Mediums „zur-sache.at“ ergänzt.

Unzweifelhaft sind auch im 21. Jahrhundert „Medien“ notwendige Instrumente der Politik. Parteien, KandidatInnen und Regierungen nutzen sie zur Vervielfältigung und Verbreitung ihrer Informationen und Botschaften und letztendlich ihrer „Darstellungen“ um ihre jeweiligen Zielgruppen in Gesellschaft und Zuhörerschaft zu erreichen.

Doch die Dokumentation und Reflexion der, vor allem im politischen Umfeld angewandten, Techniken und Methoden medialer Kommunikation, Gestaltungs- und Darstellungstechniken, findet in der journalistischen Berichterstattung immer noch sehr wenig Raum. Dabei ist die Untersuchung der hier eingesetzten Mittel und Techniken ein überaus spannendes Feld.

Mittel, Methoden und Mechanismen der Darstellung

Eine zentrale Methodensammlung geht zurück auf die Kampagnen und Kommunikationsarbeit Edward Bernays, der vor knapp 100 Jahren, mit seinem 158 Seiten starken Büchlein „Propaganda – Die Kunst der Public Relations“ die Methoden der „neuen Propaganda“ – oder „Public Relations“ – sammelte, Strategien und Mechanismen erläuterte und auch die Effekte von „gelenkter öffentlicher Meinung“ beschrieb. *„Vielleicht klingt es übertrieben zu behaupten, dass die meisten öffentlich diskutierten Themen in Amerika der Bevölkerung auf diese Weise vorgekaut werden. Und doch: Propaganda ist der Mechanismus, mit dem Ideen im großen Stil gesteuert werden, hier im weiteren Sinne verstanden als der wohlorganisierte Versuch, einen bestimmten Glauben oder eine Doktrin zu verbreiten“* (Bernays 1928/2007: 28).

Man staunt auch hier bei der Lektüre des Büchleins nicht schlecht, wie erschreckend aktuell Bernays' Methodensammlung auch heute noch ist. Ebenso überraschend ist das Spektrum der Fachgebiete, über welche sich die Methodenvielfalt heute erstreckt: Dieses reicht, bekanntermaßen, von Wiederholung und Festigung (Pädagogik) über die Zusammensetzung von Textbausteinen, „Botschaften“ und Darbietung sowie verwendeter Wortwahl und Atemtechnik (PR & Rhetorik), Bildauswahl und Bildwirkung (Gestaltung), dramaturgischen Inszenierungselementen bei Pressekonferenzen, Interviews, Statements (Darstellungstechniken), Körpersprache, Ritualen und Spannungsverhältnissen (Körpertraining, Fitness) bis zur Generierung und Orchestrierung von Berichterstattungsanlässen. Alles zur Lenkung

des Nachrichtenzyklus – gemeinhin auch als „Message Control“ bezeichnet (Inszenierung und Medienmanagement).

Doch diese Mittel und Techniken sind nicht neu. Sie entwickelten sich teilweise aus den Erkenntnissen der Kunst- und Kulturgeschichte, jahrtausendealten Gestaltungsprinzipien (bspw. Symmetrie, Farbwirkung, Proportion, etc.) und auch aus Erkenntnissen der Soziologie und Psychologie, unter anderem in Bezug auf die Wahrnehmungs- und Reflexionsfähigkeit, dem Ablauf von Denkprozessen, der Generierung von Gefühlen und vielem mehr.

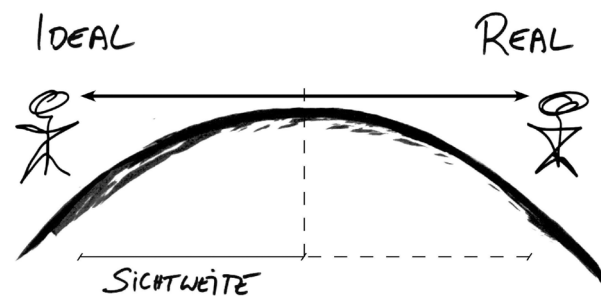
Bernays' „Propaganda“ ist, neben Gustav Le Bons „Psychologie der Massen“, Walter Lippmanns „Die öffentliche Meinung“ und Ludwik Flecks „Entwicklung und Entstehung einer wissenschaftlichen Tatsache“, ein technisches Handbuch, das die Methoden der politischen Kommunikation und des Marketings/PR, mit seinen Gestaltungsmethoden und Darstellungstechniken bis heute prägt *„Wenn wir den Mechanismus und die Motive des Gruppendenkens verstehen, wird es möglich sein, die Massen, ohne deren Wissen, nach unserem Willen zu kontrollieren und zu steuern.“* (Bernays 1928/2007: 31).

Eine Vielzahl dieser Mechanismen hatte Bernays bereits 1928 offengelegt. Ihre Effekte beeinflussen und „manipulieren“ unsere Wahrnehmung allerdings auch fast ein Jahrhundert später unverändert. Selbst das Wissen über die Auswirkungen bewusst und gezielt eingesetzter Falschinformation, wie sie in der Vorkriegs- und Kriegspropaganda des Zweiten Weltkrieges und anderer dogmatischer, autokratischer oder diktatorischer Entwicklungen des 20. und 21. Jahrhunderts Verwendung fanden und finden, schützt nicht davor, abermals den Effekten dieser, sehr wirksamen, Techniken zu unterliegen. Denn bei jeder neuen Anwendung von Propagandatechnik wurde diese erweitert und verfeinert und liefert so bis heute Vorlagen für nachfolgende AnwenderInnen. Solange nicht die Mechanismen und Techniken der „Propaganda“, jenseits eines relativ kleinen Kreises von PR- und Marketingfachleuten, forschenden WissenschaftlerInnen und kundigen JournalistInnen, auch der allgemeinen Bevölkerung bekannter sind, bleibt deren Verführungsmacht also unverändert bestehen.

Genau hier bestünde aber auch die Chance, mit eben diesen Methoden und Techniken, dem eingangs beschriebenen Bündel an Medien-Krisen im Branchenumbbruch, entgegenzutreten. Denn nicht zuletzt finden sich neben politischer Kommunikation auch in Fake News, Hate Speech, Bashing und Shitstorms genau diese Techniken und Methoden wieder – und deren manipulative Kraft ist ungebrochen.

Seit Kurzem finden sich in einzelnen Medien auch immer öfter Hinweise und Analysen zu den eingesetzten Methoden. Zu erwähnen sind hier unter anderem, die regelmäßigen Kolumnen und Beiträge zum Thema der Wiener Wochenzeitung *Falter*, die Videoanalysen zum politischen Geschehen von Thomas Walach auf zackzack.at, die Beiträge und Artikel von Petra Bernhardt zu Bildanalysen und Bildstrategien, Natsanalysen.at von Natascha Strobl zu politischen Strategien, die Beiträge von Laura Wiesböck zu öffentlichen Darstellungen von Fragen der Sozialforschung, das monatliche Medienmagazin *#Doublecheck* und die genauen Beobachtungen des Mediengeschehens von Nadja Hahn, Rosanna Atzara und Stefan Kappacher auf Ö1/ORF sowie laufende Veranstaltungen und Veröffentlichungen des Presseclubs Concordia, um nur einige zu nennen.

Darstellungstechnik zwischen „Ideal“ und „Real“



„Wenn das Reale langsam hinter dem Horizont des Idealen verschwindet.“ (Grafik: Sommerer)

Deutlich beobachtbar sind Tendenzen politischer Kommunikation, innerhalb welcher Parteien, AmtsträgerInnen und politisches Spitzenpersonal auch außerhalb von Wahlkämpfen bemüht sind, einen möglichst optimalen Eindruck und ein „ideales Bild“ von sich und den jeweiligen, proklamierten „Zielen“ in den Medien zu generieren. Dies wird gemeinhin als übliche Vorgehensweise dargestellt und soll von den definierten Zielgruppen als „Professionalität“ wahrgenommen werden. Die Erzeugung eines professionellen Bildes kann mit Hilfe einer Vielzahl, der bereits erwähnten, Techniken auch gut gelingen. Festzuhalten ist ferner, dass in Zeiten politischer Spannungen, verursacht durch Enthüllungen, strafrechtliche Verfolgungen, öffentlich gewordene Faktenlagen, für Personen des öffentlichen Lebens oft unangenehme „Skandale“ – ein deutlicher Gegensatz zwischen der zuvor angestrebten Erscheinung und dem tatsächlich Vorhandenen – festzustellen ist. Denn das gewünschte „Ideale“ muss und kann nicht immer zugleich das „Reale“ sein, genauso wie das Bild des „Idealen“ oder „Idealisierten“ nicht zugleich dem Bild des „Realen“ entspricht. Die Distanz zwischen „Ideal“ und „Real“ muss dementsprechend eruiert werden.

In jüngster Zeit wurde auch mehrfach beobachtet, dass politische SpitzenrepräsentantInnen in Interviews JournalistInnen zunehmend häufiger darauf hinweisen bzw. bitten, eine andere „Formulierung“ oder „Darstellung“ zu wählen. Zuletzt beispielsweise sogar Bundeskanzler Sebastian Kurz (ÖVP) im Kontext von Korruptionsvorwürfen: „Das ist eine unredliche Form der Darstellung.“ (Oberascher 2021) oder in einem Interview mit Armin Wolf in der ZiB2 am 12.05.2021

LEGENDE

Anzweifeln und abstreiten. Sind die Dokumente nicht manipuliert oder gefälscht? Werden Chats da nicht aus dem Zusammenhang gerissen? Und ist das alles nicht ein einziges großes Missverständnis? „Muddying the waters“ nennen Litigation-PR-Strategen es, wenn beim Auftauchen eines Skandals zuerst einmal die Quellen infrage gestellt werden. Das verwirrt und sät Zweifel



Gegenskandal zünden und in die Opferrolle schlüpfen. Alles nur eine politische Intrige! Wir wurden Opfer einer wildgewordenen Behörde oder eines uns feindlich gesinnten Mediums! Wenn man im Eck steht, hilft meist nur mehr der Gegenangriff. Nicht wir sind die Bösen, sondern die anderen wollen uns Böses. Damit schließt man auch die eigenen Reihen



Einschüchtern, mit Klagen drohen und klagen. Jeder, der etwas anderes behauptet, wird geklagt! Klassische Medien kann man auf Linie zu bringen versuchen. Aber der Kampf um Deutungshegemonie ist schwieriger geworden, vor allem im Dickicht der sozialen Medien. Klagsandrohungen schüchtern Privatpersonen ein, auch Medien lassen sie



Ablenken und manipulieren. Schon schlimm, diese Vorwürfe, aber Moment einmal, ist da nicht ein falscher Vorname im Akt? Und gab es da nicht eine falsche Berechnung? Im Englischen gibt es den schönen Begriff des „Whataboutism“ für diese Propagandatechnik. Um von eigenen Missständen abzulenken, spricht man über angebliche Missstände beim Angreifer



Flüsterpropaganda und Hintergrundgespräche. Ob ein Skandal zu einem Skandal wird, daran wirkt die öffentliche Meinung maßgeblich mit. Um sie zu beeinflussen, werden Chefredaktionen persönlich angerufen oder „Hintergrundgespräche“ veranstaltet, zu denen nur ausgewählte Medien eingeladen werden. Dort wird die eigene Version der Geschichte „gespinnt“



Alternative Fakten und Lügen. Manchmal muss man sich als Politiker für nichts zu schade sein. Einfach frech behaupten, dass die Dinge so sind, wie man sie selbst gerne haben möchte – selbst wenn inzwischen das Gegenteil bewiesen wurde. Und die Unwahrheiten immer wieder wiederholen, als Bestätigung für die eigenen Reihen, die



Aus: *Falter* 8/21 S.18, „Wie man einen Skandal loswird“

in Bezug auf die ungenügende Aktenlieferung aus dem Bundeskanzleramt für den Ibiza-Untersuchungsausschuss: *„Ich bitte Sie da auch eine andere Formulierung zu wählen.“* (Wolf 2021). Diese expliziten Erwähnungen sind insofern interessant, da sie einen Hinweis auf unterschiedliche „Darstellungen“ erkennen lassen. Doch worin liegt nun genau der Unterschied und wie kann man ihn definieren?

Carl Bernstein, einer der Aufdecker der Watergate-Affäre (1969-1974), benannte den Unterschied zwischen Journalismus und anderen Formen der Kommunikation folgendermaßen: Aufgabe von Journalismus ist „the best obtainable version of the truth“ zu schildern. Diese offensichtliche Diskrepanz zwischen „Idealem“ und „Realem“ festzustellen und herauszuarbeiten ist eine der Aufgaben unabhängiger Medien. Denn erst der unabhängige Journalismus mache es möglich, die von Richard Nixon forcierte „Idealdarstellung“ eines nicht existierenden Skandals, mittels „Realdarstellung“ der Vorgänge im Abhörskandal rund um „Watergate“ zu widerlegen.

In Analogie zur Kunstgeschichte kann man die Strategien politischer Idealdarstellungen von Sachverhalten und Gegebenheiten auch mit „Trompe-l'œil“ oder Schein- bzw. Illusionsdarstellungen in Verbindung bringen. Diese Darstellungsformen fanden vor allem in der Architektur und Malerei der Renaissance und des Barock Anwendung und verfolgten die Vortäuschung realer Gegenstände, Räume und Gegebenheiten. Mit der Zeit fand diese Darstellungstechnik zu einer derartigen Meisterschaft, dass sie nicht nur erhebliche Baukosten einsparte, sondern auch der Gegenreformation und der „Congregatio de propaganda fide“ – der Kongregation

zur Verbreitung des („richtigen“) katholischen Glaubens – ein mächtiges Propagandawerkzeug bereitstellte. Mit wenig Aufwand konnte Illusion und somit Herrlichkeit erzeugt werden.

In diesem Zusammenhang kann auch der Begriff der „Darstellungstechnik“ eingehender illustriert werden. Dieser Begriff ist aus dem technischen Zeichnen und der Perspektivkonstruktion entlehnt und beschreibt sehr anschaulich die Möglichkeiten und Methoden der Darstellung und gleichermaßen die angewandten technischen Mittel.

Die Verwendung im Kontext politischer Kommunikationsstrategien ist insofern interessant, da erst durch eine räumliche Vorstellung bewusst wird, wo, wie und warum bspw. Teile fehlen, Nebensächlichkeiten plötzlich im Zentrum stehen, Mehrdimensionales eindimensional wird und Ansichten im Verhältnis zum Gesamtbild geschönt, idealisiert oder manipuliert sind.

Darstellungstechniken orientieren sich vorwiegend an einer technischen Sichtweise, die mehrere Perspektiven einnimmt und ein vollständiges Bild zu vermitteln sucht. Eine Vielzahl von medialen Phänomenen lässt sich auch sehr schnell und einfach mit Hilfe dieser technischen Betrachtungsweise und den damit verbundenen Fragen erklären: Standort der Betrachtung, Vollständigkeit, Rückenansicht, Vorderansicht und mehr. Methoden wie „Dirty Campaigning“, „Negative Campaigning“ wenden diese Darstellungstechniken an, indem der Blick auf ein Thema oder eine bestimmte Gegebenheit am Rande, ein Detail, gelenkt wird und der hauptsächliche Teil, die Gesamtsicht, ausgeblendet wird.

Analog zur technischen Beschreibung finden sich auch zahlreiche Beispiele in der politischen Kommunikation. Der Unterschied zwischen realen Gegebenheiten und idealem Erscheinen wurde bspw. im Nationalratswahlkampf 2017 in Bezug auf die Plausibilität der Wahlwerbungskosten zum Thema. Vor der Wahl wurde von der Wahlkampfmanagerin Elisabeth Köstinger, in einem ATV-Aktuell Interview vom 28.09.2017, eine ideale Darstellung der finanziellen Situation des Wahlkampfbudgets gewählt: *„Wir haben klar gesagt, dass wir planen, die Wahlkampfkostenobergrenze einzuhalten. Die liegt bei 7 Millionen Euro, und wir sind sehr*



Illusionsdarstellungen: Andrea Pozzo, Kirche Sant'Ignazio 1685-94

gut im Plan.“ (Horaczek/ Konzett/ Matzinger/ Redl/ Tóth 2019). Wie sich nach der Wahl zeigte, standen die tatsächlichen „realen“ Kosten der drei Parteien ÖVP, SPÖ und FPÖ im Gegensatz zur „idealen Darstellung“, der Einhaltung der Kostengrenze vor der Wahl. Die ÖVP überzog um € 6 Mio., die SPÖ um € 0,4 Mio. und die FPÖ um € 3,7 Mio. (Sommerer 2020).

Bedeutungsperspektive und die Zukunft des Betrachtungspunktes

Die Gegenüberstellung „Real“ - „Ideal“ und die Reflexion gängiger Kommunikationsmethoden bieten als eigenständige Disziplinen eine Vielzahl an Möglichkeiten, Medienkompetenz und Medienwissen bei Erwachsenen wie auch bei Jugendlichen auszubauen.

So stellt sich die Frage, ob nicht die Vermessung der Distanz zwischen dem „Realen“ und „Idealen“ eine Möglichkeit darstellt, um Medien etwas Luft zu verschaffen. Einerseits mit einfachen, technischen und methodischen Analysen – quasi einem täglichen „Propaganda IXI“ – die Methodenvielfalt der politischen Kommunikation von politischen Inhalten in der Berichterstattung trennen. Andererseits zeigt sich schon heute, dass technische und methodische Analyse der Generierung von „Alternativen Fakten“, „Fehlerhaften Fakten“ oder „Fake-News“ mehr entgegenzusetzen vermag als reine Faktenchecks und inhaltliche Beweisführung.

Im Weiteren muss allerdings auch hinterfragt werden, inwiefern JournalistInnen, Redaktionen und HerausgeberInnen die eingesetzten Mittel und Techniken der politischen Kommunikation und deren Effekte selbst (er)kennen, zum Thema der Berichterstattung machen können und diese auch hinterfragen wollen.

Medien müssen sich bewusst machen, dass die aktuelle Akzeptanz, der von Seiten der politischen Kommunikation eingesetzten Mittelintensität und Methodenvielfalt, dazu da ist, ihre eigenen Ressourcen zu binden. In 100 Tagen Berichterstattung gibt es 100 Titelseiten zu füllen. Der Wettbewerb, wer mit welchem Thema den täglichen Titel erringt, ist

nicht ein Wettstreit der besten politischen Ideen oder Ereignisse, sondern ein Wettkampf der effizientesten politischen Kommunikationsstrategien, inklusive geeignetem Portefeuille für die Bedienung der eingangs beschriebenen „Inseratenkorruption“ um gewünschtes „Wohlwollen“ zu generieren.

Angewandte Darstellungstechniken finden sich überall. Sie formen unseren Blick auf die Welt, lenken unsere Interessen und manipulieren dabei unsere Wahrnehmung. Sie können Kleines groß machen und Großes klein halten. Man nennt dies „Bedeutungsperspektive“. Kinderzeichnungen sind ein sehr schönes Beispiel dafür, wie einer bestimmten Sache welche Bedeutung beigemessen wird – es wird einfach GROSS gemacht, Unwichtiges wird einfach weggelassen.

Die 24/7-Steuerung des Nachrichtenzyklus, durch die Orchestrierung von Berichterstattungsanlässen („Message Control“) gezielte Skandalisierung, laute Provokationen, Banalisierung von unangenehmen Fakten, rhetorische Vermeidung von Signalwörtern und vieles mehr führt uns heute in eine neue Hyper-Propaganda, die vermutlich sogar Edward Bernays zum Staunen gebracht hätte.



Fritz Hausjell
@Hausjell

...

Antwort an @ThomasWalach und @EukeFrank

**Brauchen wir also im Journalismus
Inszenierungsanalysen, weil Fakten-Checks nicht
reichen?**

11:41 nachm. · 10. Mai 2021 · Twitter for iPhone

<https://twitter.com/Hausjell/status/1391870928611577859>
(Abruf: 6.06.21)

Die Antwort lautet: ja.

**Mag. Barbara Sommerer ist Kulturmanagerin
sowie Gerichtssachverständige für Medienwesen,
Projektmanagement und Kunst & Kultur des 20. & 21.
Jhdt. / www.sommerer.cc**

Quellenverzeichnis / Literaturliste

Le Bon, Gustav (1912 / 2016): Psychologie der Massen

Bernays, Edward (1928): Propaganda - die Kunst der PR

Fleck, Ludwik (1935): Entwicklung und Entstehung einer wissenschaftlichen Tatsache

Lippmann, Walter; Ötsch, Walter (Hg); Graupe, Silja (Hg) (1949 / 2018): Die öffentliche Meinung

Klee, Paul (1956): Das bildnerische Denken: Schriften zur Form- und Gestaltungslehre

McLuhan, Marshall (1967): The Medium is the Message: An Inventory of Effects

Bono, Edward de (1970): Lateral Thinking

Watzlawick, Paul (1967): Wie wirklich ist die Wirklichkeit

Schulz von Thun, Friedemann (1981): Miteinander Reden 1-3

Watzlawick, Paul (1985 / 1999): Die erfundene Wirklichkeit

Förster, Heinz v. (1998): Wahrheit ist die Erfindung eines Lügners

Kranz, Gene (2000): Failure is not an option, Mission Control from Mercury to Apollo and beyond

Dörpinghaus, Andreas; Helmer, Karl (2002): Rhetorik, Argumentation, Geltung

Plasser, Fritz (2004): Politische Kommunikation in Österreich

Hofer, Thomas (2005): Spin Doktoren in Österreich: Die Praxis amerikanischer Wettkampfberater. Was sie können, wen sie beraten, wie sie arbeiten

Pörksen, Bernhard (2006): Die Beobachtung des Beobachters: Eine Erkenntnistheorie der Journalistik

Dahinden, Urs (2006): Framing: Eine integrative Theorie der Massenkommunikation

Bernhardt, Petra; Hadj-Abdou, Leila; Liebhart, Karin; Pribersky, Andreas (2009): Europäische Bildpolitiken

Hofer, Thomas (2010): Die Tricks der Politiker

Jalocha, Sylwia (2010): Die Inszenierung der Politik durch die Massenmedien

Sickinger, Hubert (2011): Politikfinanzierung in Österreich – Ein Handbuch

Zeitschrift Dossier No 1 (2019): Wer hat Angst vor der Kronen Zeitung?

Sickinger, Hubert (2013): Politisches Geld - Parteienfinanzierung und öffentliche Kontrolle in Österreich

Bohn, Ralf; Wilharm, Heiner (Hg.) (2015): Inszenierung und Politik

Wehling, Elisabeth (2016): Politisches Framing: Wie eine Nation sich ihr Denken einredet - und daraus Politik macht

Brodnig, Ingrid (2016): Hass im Netz - Was wir gegen Hetze, Mobbing und Lügen tun können

Frick, Marie Luisa (2017): Zivilisiert streiten - Zur Ethik der politischen Gegnerschaft

Brodnig, Ingrid (2017): Lügen im Netz, Wie Fake News, Populisten und unkontrollierte Technik und manipulieren

Ötsch, Walter; Horacek, Nina (2017): Populismus für Anfänger

Pörksen, Bernhard (2018): Die große Gereiztheit

Wiesböck, Laura (2018): In besserer Gesellschaft - Der selbstgerechte Blick auf die Anderen,

Stämpfli, Regula (2018): Trumpism - Ein Phänomen verändert die Welt

Horacek, Nina (2018): Informiert Euch! Wie Du auf dem Laufenden bleibst, ohne manipuliert zu werden

Tóth, Barbara; Hofer, Thomas (2019): Wahl 2019 - Strategien, Schnitzel, Skandale

Zeitschrift Addendum: Nr.7 (2019): Wählen wir wirklich?

Zeitschrift Dossier No 2 (2019): Wie Korruption Österreich prägt

Schmidt-Vierthaler, Rosa (3.5.2019): Wie parteiisch ist der ORF? Über linke Journalisten und rechte Wünsche (<https://www.diepresse.com/5621923/>) am 5.5.2021

Fidler, Harald (21.8.2019): Wie Parteien künftig Medien fördern wollen (<https://www.derstandard.at/story/2000107608299>) am 2.2.2021

Horacek, Nina; Konzett, Eva; Matzinger, Lukas; Redl, Josef; Tóth, Barbara (4.9.2019): Die geheime Buchhaltung der Liste Kurz Falter 36/19

Sankholkar, Ashwien (10.12.2019): „Mit Herrn Fellner und der Krone arrangieren“ - Ex-Bundeskanzler Kern (SPÖ) im Gespräch über Attacken des Boulevards und Inseratenkeilerei (<https://www.dossier.at/dossiers/korruption/mit-herrn-fellner-und-der-krone-arrangieren/>) am 2.2.2021

Kaltenbrunner, Andy; Lugschitz, Renée; Karmasin, Matthias; Luef, Sonja; Kraus, Daniela (2020): Der österreichische Journalismus-Report

Herter, Georg (2020): Die Medien: Ihr Einfluss und Ihre Wirkung auf den Menschen

Bernhardt, Petra (2020): Wie Bilder Wahlkampf machen

Fiedler, Harald (2.4.2020): Corona: 32 Millionen Sonder-Medienförderung beschlossen; Der Standard (<https://www.derstandard.at/story/2000116451364/>) am 2.3.2021

Fiedler, Harald (26.11.2020): Bis zu 210 Millionen Euro für Regierungskampagne – über 4 Jahre, Der Standard (<https://www.derstandard.at/story/2000121993789/>) am 2.3.2021

Sommerer, Barbara (2020): Gutachten laut § 11a Parteiengesetz 2012 betreffend die Plausibilität der Einhaltung der Beschränkung der Wahlwerbungsausgaben der wahlwerbenden Parteien bei der Nationalratswahl am 29.9.2019. Sachbereich Medienwesen

Oe24 (10.12.20) „Fellner! Live“ - Wolfgang Sobotka im Interview (min 24:28) (<https://youtu.be/aqMu6RM6CPo>) am 5.5.2021

Oberascher, Karl (15.2.2021): Kurz zu Korruptionsvorwürfen: „Heiße nicht Martina“; Kurier online (<https://kurier.at/politik/inland/kurz-zu-korruptionsvorwurfen-heisse-nicht-martina/401189428>) am 5.5.2021

Walach, Thoma: (2.4.2021): Finanzministerium zahlt für das „Wohlfühlen“ der Medien, zackzack.at (<https://zackzack.at/2021/04/02/finanzministerium-bezahlt-fuer-das-wohlwohlen-der-medien/>) am 3.4.2021

Huber, Johannes (20.4.2021): Mediengröße Kanzleramt; DieSubstanz.at Analysen und Hintergründe zu Politik <https://diesubstanz.at/regierung/mediengroesse-kanzleramt/>

Klenk, Florian (12.5.21): Inserate für nette Berichte: Ist das Bestechung?, Falter Wochenzeitung, S 15

Parlament, österreichisches (24.2.2021): Protokoll der 85. Sitzung XXVII am 24.2.2021 (https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVII/NRSITZ/NRSITZ_00085/A_-23_14_45_00237872) am 4.5.2021

Wolf, Armin (12.5.2021): Zib 2 Kurz zu Ermittlungen wegen Falschaussage; ORF Mediathek (<https://youtu.be/upIoGQKj8Jk>) am 14.5.2021

Die kleinste gemeinsame Wirklichkeit der wissenschaftlichen Allgemeinbildung Droemer Verlag, 2020

Carla Maria Friederike Diem

Einleitung

Wir leben in einer Zeit, in der die Unwörter der letzten vier Jahre „alternative Fakten“, „Datenschutzgrundverordnung“, „b'soffene G'schicht“ und „Corona-Party“ waren und wir alle seit einem geschlagenen Jahr unser Leben damit verbringen, auf den Verlauf einer Kurve zu achten und unser Leben nach dieser zu richten. All diese Umstände können als Sinnbild einer Krise verstanden werden, in welcher wir leben. Sei es die der Wissenschaft, der Demokratie oder der Gesundheit, ausgelöst durch unseren täglichen Begleiter – das Corona-Virus. In genau dieser Zeit wurde das zweite Buch *Die kleinste gemeinsame Wirklichkeit – Wahr, falsch, plausibel? Die größten Streitfragen wissenschaftlich geprüft* von Mai Thi Nguyen-Kim im Droemer Verlag veröffentlicht. Auf 342 Seiten diskutiert die Wissenschaftsjournalistin und Chemikerin, die wohl am häufigsten vorkommenden Auslöser für Streitgespräche im Privaten wie auch in der Öffentlichkeit. Dabei widmet sich die Autorin der Frage, ob die Schädlichkeit von Drogen über ihre Legalisierung entscheiden soll, wie gewalttätige Videospiele und Amokläufe korrelieren und was sich daraus über ihre tatsächliche Gefährlichkeit für unser Gesellschaft aussagen lässt. Aber auch der Gender-Pay-Gap und DAS Thema des Jahres 2021 – Impfungen – werden wissenschaftlich beleuchtet. Sinn und Zweck des Buches ist es, eine Basis für ein konstruktiveres Streiten zu sein und der breiten Gesellschaft die Wissenschaft zugänglicher zu machen. Dies meistert Mai-Thi Ngyuen-Kim mit Bravour: ihre einfach verständliche Schreibweise, die hochrelevante Themenauswahl, aber auch der Humor, mit dem sie teils komplexe Zusammenhänge erklärt, machen dieses Buch zu einem unverzichtbaren Werk für jede*n



die*der sich von der Wissenschaft Antworten erhofft. Vor allem das letzte Kapitel, welches denselben Titel wie das Buch trägt, ist eine wahre Offenbarung für jede*n und auch der Anlass für diesen Text.

Nachdem in den acht vorhergehenden Kapiteln akribisch die Themen, welche üblicherweise bei konsensorientierten Familienfeiern lieber umgangen werden, aus unterschiedlichen wissenschaftlichen Perspektiven betrachtet werden, beschäftigt sich der letzte Teil des Buches mit Fragen wie: Wozu brauchen wir eine kleinste gemeinsame Wirklichkeit? Was macht den wissenschaftlichen Konsens aus und welche Voraussetzungen braucht es für diesen? Außerdem spricht die Autorin von einer „Informationskrise“ (S. 342) und der „Konsensdiskriminierung“ (vgl.: 335 ff.), die in den Medien vorherrscht.

Informationskrise und Konsensdiskriminierung

Auch wenn das Wort „Informationskrise“ erst im letzten Absatz des Buches vorkommt, beschreibt die Autorin bereits davor den, auf die Beschaffung von Informationen bezogenen, Widerspruch unserer Zeit. „Je mehr Informationen verfügbar sind, desto schwieriger wird es, sich zu informieren.“ (S. 318). Und je schwieriger es wird, sich zu informieren, desto schwieriger wird es auch, jede andere Krise zu bewältigen. Mai-Thi Ngyuen-Kim sieht die Informationskrise demnach als mitverantwortlich für das verstärkte Ausbrechen von Krisen. Dieser Umstand geht einher mit der Konsensdiskriminierung durch den Großteil der Medien. Dabei handelt es sich um die beschränkte Sicht auf die Wissenschaft

und ihre Darstellung im medialen Diskurs. In ihm wird zumeist zu wenig Zeit darauf verwendet, Grundlagen zu erklären und auf wissenschaftliche Methodik einzugehen. Auch um Studien, die dem wissenschaftlichen Konsens widersprechen, wird größeres Aufhebens gemacht, als angemessen wäre. Der Diskurs ist in der Wissenschaft immerhin eine zentrale Methodik zu (Weiter-)entwicklung von Wissen. Im Großen und Ganzen wird so für Personen, die nicht über das Privileg eines Zugangs zu akademischer Bildung verfügen, ein verfälschtes Bild der Wissenschaft gezeichnet. Sie wird als ein unglücklich verheiratetes Elternpaar dargestellt, das besser daran täte, sich endlich scheiden zu lassen, da es sich ohnehin nicht mehr einig werden kann. Genau dies ist jedoch in der Wissenschaft und auch im wissenschaftlichen Konsens nicht der Fall. Wie kann nun aber dieses irreführende Bild der unglücklich verheirateten Eltern überwunden werden? Und vielleicht noch viel wichtiger, welche Rolle nimmt hierbei die Politik, die Wissenschaft und die Politikwissenschaft ein?

Wie politisch darf die Wissenschaft sein?

Mai Thi Nguyen-Kim (328) schreibt „Wissenschaft muss doch sachlich sein und frei von Ideologie. Wie politisch darf Wissenschaft denn sein? Na ja, wenn man mich und wahrscheinlich auch die anderen Unterzeichnenden [der Stellungnahme von *Scientists for Future*; Anm. C. D.] fragt, fragen wir zurück: Wie unwissenschaftlich darf denn Politik sein?“. Genau dieser Frage möchte ich mich im Folgenden widmen.

Wenn das Wort *politisch* mit Wissenschaft zusammen verwendet wird, dann meist in der Form, dass Akademiker*innen vorgeworfen wird, dass ihre wissenschaftlichen Ergebnisse voreingenommen wären, nicht richtig sein könnten oder dass ihnen sogar eine politische Agenda zugrunde läge.

Doch ist im Umkehrschluss eine unpolitische Wissenschaft eine Wissenschaft, welche sich durch ihre Objektivität und Ideologiefreiheit charakterisiert? Und viel mehr noch: ist es überhaupt möglich, eine solche Wissenschaft zu praktizieren?

Ich meine nicht. Zumindest keine der Sozialwissenschaften kann sich vollständig von jeglichem Einfluss von außen lossagen.

Wenn man sich mit der Politikwissenschaft, also der Wissenschaft der Politik, beschäftigt, wird schnell klar, dass die Definition von politisch und Politik nicht so eindeutig ist, wie sich das viele wünschen. So verstand Platon unter Politik eine gerechte Ordnung, Machiavelli die Technik des Machterwerbs und des Machterhalts. Neuere Denker*innen wie Dahl und Beck oder Gruppen wie die Frauenbewegung haben sogar noch einen viel weiteren Politikbegriff definiert – nämlich einen, welcher jeden menschlichen Zusammenschluss, Beziehung und das Private als politisch ansieht.

Und auch die Wissenschaft ist nicht so objektiv und klar, wie wir sie uns wünschen würden. Meiner Erfahrung nach wird uns Studierenden an der Universität in sozialwissenschaftlichen Studien fortwährend die Debatte rund um Objektivität und Subjektivität vor Augen geführt. Vor allem in der qualitativen Forschung wird uns vehement vermittelt, dass es keine endgültigen und verallgemeinerbaren Ergebnisse geben kann. Jedoch bedeutet dies nicht, dass die Ergebnisse ungültig oder unverwertbar sind. Sie müssen nur immer in ihrem Kontext gelesen werden, die Methodik und Reflexivität muss deutlich gemacht werden und vor allem muss es ein Verständnis von wissenschaftlichem Arbeiten geben. Vor dem Hintergrund dieser Erkenntnisse – dass *politisch sein* mehr ist als nur Voreingenommenheit und dass die im Alltag gemeinte Politik, unter der wir zumeist die Bundesregierung verstehen, aber eben über diese hinaus geht – sollten wir folgende Fragen reflektieren: Soll eine politische Wissenschaft nicht viel mehr ihre Ergebnisse in den politischen Diskurs einbetten? Soll sie nicht im besten Fall der Politik die wissenschaftlichen Erkenntnisse liefern, um fundierte politische Entscheidungen zu treffen?

Hierbei finde ich auch die Bezeichnung „Expert*innenregierung“ sehr beachtenswert. Der Begriff suggeriert beinahe, dass der Berufsstand „Politiker*innen“ das Expert*innentum auf ihrem eigenen Gebiet ausschließt. Sollte eine fortschrittliche

und gerechte Politik nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen (die von Expert*innen ihres Faches geliefert werden) basieren?

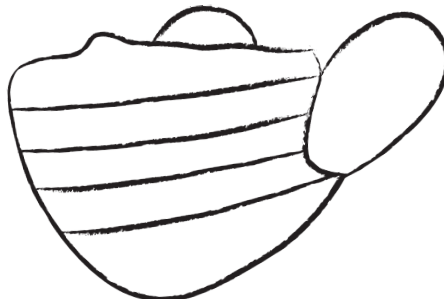
Um wieder auf die derzeitige(n) Krise(n) zurückzukommen: Die Erwartung, dass es ein einziges letztgültiges Ergebnis gibt, ist tief in den Köpfen vieler Leute verankert. Diese Erwartung begründet auch das Irritationspotential, welches mit dem „ständigen Ändern“ der wissenschaftlichen Erkenntnisse einhergeht. Doch wie kann dieses Irritationspotential verringert werden?

Wichtigkeit der wissenschaftlichen Allgemeinbildung

Was Mai Thi Nguyen-Kim durch ihre Arbeit leistet – sei es auf YouTube, in Talkshows oder mit diesem Buch – ist Bildungs- und Aufklärungsarbeit. Sie versucht uns ein Verständnis für Wissenschaft zu geben. Dass dies unerlässlich ist, wird in ihrem Buch detailliert erklärt und sollte, ähnlich wie jede kleinste gemeinsame Wirklichkeit, als wissenschaftlicher Konsens gelten.

Wie genau die Umsetzung jedoch stattfinden soll, ist ein weiterer guter Grund zu streiten. Jedoch nicht wie unglücklich verheiratete Eltern, sondern auf einer diskursorientierten, methodenbewussten Basis, mit deren Hilfe abgewogen und reflektiert werden kann umso zu einem Konsens zu kommen.

Carla Maria Friederike Diem (20) steht kurz vorm Abschluss dreier Studien: Kultur- und Sozialanthropologie, Soziologie und Politikwissenschaft an der Universität Wien.



Literatur

Nguyen-Kim, Mai Thi (2020): Die kleinste gemeinsame Wirklichkeit. Wahr, falsch, plausibel? Die größten Streitfragen wissenschaftlich geprüft. München: Droemer Verlag.

Impressum

HerausgeberIn: Institut für Politikwissenschaft (ipw)

MedieninhaberIn, VerlegerIn: ipw, 1010 Wien, Universitätsstr. 7

Chefredaktion: Johannes Greß

Redaktion: Anna Wintersteller, Christina Walchenberger, Franca Nagl, Jana-Sophie Heumader, Katharina Prielinger, Madeleine Kirner und Melvin Tricoire, Claire Kardas

Autor*Innen dieser Ausgabe: Nora Hansl, Christoph Poschner, Elias Weiss, Anna-Katharina Wintersteller, Lina Schmid, Kyra Schmied, Jana-Sophie Heumader, Melvin Tricoire, Agnes Loidl, Valentin Kasagrande, Franca Nagl, Samuel Kempf, Josef Mühlbauer, Carla Maria Friederike Diem, Barbara Sommerer

Kontakt: politix.politikwissenschaft@univie.ac.at

Grafik & Layout: Claire Kardas, Katharina Hegedüs

Onlinepublikation unter: www.univie.ac.at/politikwissenschaft | Offenlegung gem. §25 MedienG.

Erscheinungsweise: 2x/Jahr

Blattlinie: politix informiert über institutsbezogene Aktivitäten sowie über aktuelle Entwicklungen in der Politikwissenschaft. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht der Auffassung der Redaktion entsprechen.

Bilder: Melvin Tricoire (Seiten 31-37), Andrea Pozzo, Kirche Sant'Ignazio 1685-94, CC BY 3.0 (Seite 62)



AUFRUF ZUR MITARBEIT BEI politix

Wir, die politix-Redaktion – die die Zeitschrift des Instituts für Politikwissenschaft gestaltet – suchen Mitarbeiter*innen zur Erweiterung unseres Teams.

Wir suchen engagierte und gesellschaftskritische Student*innen, als auch Absolvent*innen und Mitarbeiter*innen am Institut für Politikwissenschaft.

Die Redaktionstätigkeit ermöglicht sowohl das Verfassen eigener Artikel, als auch die Betreuung von Artikelanfragen. Die Tätigkeit ist unentgeltlich, kann aber als Praktikum angerechnet werden.

Das politix gibt es online unter:
<https://politikwissenschaft.univie.ac.at/ueber-uns/institut/institutszeitschrift-politix/aktuelle-ausgabe>

ipw

Hast Du Interesse an einer Redaktionssitzung teilzunehmen oder generelle Fragen, dann schick einfach eine Mail an politix.politikwissenschaft@univie.ac.at